

Der orchestrierte Meinungswandel: das institutionelle Projekt der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft unter neo-institutionalistischer Perspektive

Molzberger, Kaspar

Veröffentlichungsversion / Published Version

Diplomarbeit / master thesis

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Molzberger, K. (2010). *Der orchestrierte Meinungswandel: das institutionelle Projekt der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft unter neo-institutionalistischer Perspektive*. Frankfurt am Main. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-361520>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Diplomarbeit

Der orchestrierte Meinungswandel

Das institutionelle Projekt der Initiative Neue Soziale
Marktwirtschaft unter neo-institutionalistischer
Perspektive

Eingereicht von Kaspar Molzberger

am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

der Johann Wolfgang Goethe-Universität

September 2010

Kurzfassung

Der orchestrierte Meinungswandel. Das institutionelle Projekt der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft unter neo-institutionalistischer Perspektive.

Die vorliegende Diplomarbeit untersucht ausgehend vom sich wandelnden Muster organisierter Interessenvertretung die Reformagentur „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM). Hierzu werden in einem ersten Schritt die strukturellen Bedingungen der Möglichkeit dieser als Organisation verstandenen Initiative ergründet, indem nach den gesellschaftlichen Erwartungen aus Politik, Beratung, Zivilgesellschaft und Medien – verstanden als relevantes organisationales Feld – gefragt wird. Es soll dargelegt werden, wie Institutionen und ihre spezifischen „scripts“ derartige wissenschaftliche Politikberatungseinrichtungen (sog. Think-Tanks) in Erscheinung und Aktivität wesentlich mitprägen. Nach dieser Verortung folgt im zweiten, wesentlichen Schritt eine rekonstruktive Analyse der Wirkmächtigkeit, der feldspezifischen Effekte, die die Reforminitiative entfaltet.

Besonderes Augenmerk möchte die neo-institutionalistische Arbeit dabei im empirischen Teil auf den dynamischen Zusammenhang von institutionellen Logiken, Machtkonstellationen und strategischen Interessen legen. Dieser wird für die INSM historisch spezifisch rekonstruiert, um so zu einer komplexen Sicht auf die sich wandelnden, teils paradoxen Vermittlungsmechanismen zwischen Politik, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft zu gelangen.

Diese Aufgabe soll im empirischen Teil der Arbeit eine von Reiner Keller entlehnte *wissenssoziologische Diskursanalyse* leisten. Sie analysiert anhand wesentlicher, textbasierter Ereignisse (wie etwa Thesenpapiere, Podiumsbeiträge, Zeitungsartikel, Buchveröffentlichungen, Skriptaufzeichnungen, Award-Verleihungen) des öffentlichen Reformdiskurses der letzten zehn Jahre einerseits, welche Wissenspolitik die INSM inhaltlich verfolgt. Andererseits will sie im Zuge der Analyse der durch die INSM hervorgebrachten Organisationspraktiken aufzeigen, welche diskursiven Prozesse den Wandel der politischen Öffentlichkeit konstituieren und worin letztlich die direkte Leistung der INSM dabei besteht.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	01
2.	Organisierte Interessenvertretung im Wandel	06
2.1	Neue Akteure und Vermittlungsformen in der öffentlichen Arena	07
2.2	Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“: erste Rezeption	09
2.2.1	Die INSM: bisherige Erkenntnisse und blinde Flecken	12
2.2.2	Eine neo-institutionalistische Perspektive auf die INSM	14
3.	Theorie: Der soziologische Neo-Institutionalismus	17
3.1	Wegbereiter: Berger & Luckmann – Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit	17
3.2	Grundlegende Beiträge des SNI	21
3.2.1	Legitimität, Rationalität und Isomorphie in organisationalen Feldern	21
3.2.2	Scott: Die drei Säulen von Institutionen	26
3.3	Weiterentwicklungen zur Erklärung institutionellen Wandels	28
3.3.1	Friedland/Alford: Institutionelle Logiken	28
3.3.2	DiMaggio: „institutional entrepreneurship“	30
3.4	Resümee und Ausblick	32
4.	Methodik: Diskursanalyse und Institutionalisierung	34
4.1	Diskursives Modell von Institutionalisierungsprozessen	35
4.2	Wissenssoziologische Diskursanalyse	41
5.	Operationalisierung: Die INSM – Zustand und Prozess	49
5.1	Die institutionelle „embeddedness“ der INSM – eine deskriptive	

Analyse des organisationalen Feldes „politische Öffentlichkeit“	50
5.1.1 Wissenschaftliche Expertise	52
5.1.2 Bewegungsästhetik	54
5.1.3 Strategische Kommunikation	56
5.1.4 Zusammenfassung der organisationalen Feldanalyse	59
5.2 Das institutionelle Unternehmertum der INSM	60
5.2.1 Wissenspolitik: Strategisches Interessenpolitikmanagement	62
5.2.2 Fassade und Krisis: Die Legitimität der diskursiven Praktiken und das „neue“ Reform-Dispositiv	65
5.3 Zusammenfassung	69
 6. Diskursanalyse	 71
6.1 Inhaltliche Strukturierung: Die Wissenspolitik der INSM	71
6.1.1 Problemstruktur: Der Reformdiskurs der INSM	72
6.1.2 Deutungsmuster: „Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft“ und Klassifikation „Reformpolitik als Chance“	76
6.1.3 Narrative Struktur: „Neue“ Soziale Marktwirtschaft	83
6.2 Materialität des INSM-Diskurses	91
6.2.1 Legitimität der diskursiven Praktiken: Die Causa „Marienhof“	91
6.2.2 Diskursive Formation: Akteurskonstellationen und Sprecherpositionen im öffentlichen Reformdiskurs	99
6.2.3 Reform-Dispositiv: Die Opportunitätsstrukturen der INSM	105
 7. Konklusion und Ausblick	 116

Literaturverzeichnis

Anhang

Diskursanalytische Arbeit am Datenmaterial: Memos, Kategoriebildung und Sequenzanalyse als Schritte der kontrollierten Textinterpretation

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Organigramm der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft 11

Abbildung 2: Diskursives Modell von Institutionalisierungsprozessen 39

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Problemstruktur des INSM-Reformdiskurses 74

Abkürzungsverzeichnis

ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
BRD	Bundesrepublik Deutschland
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christliche Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
d.h.	das heißt
DRPR	Deutscher Rat Public Relations
ebd.	ebenda

etc.	et cetera
FAQ	Frequently Asked Questions
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
ggf.	gegebenenfalls
Hg.	Herausgeber
IK	Integrierte Kommunikation
INSM	Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
IW	Institut der Deutschen Wirtschaft
MIT	Mittelstands und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU
MTV	Music Television
NRW	Nordrhein-Westfalen
OK	Orchestrierte Kommunikation
PA	Public Affairs
S&F	Scholz&Friends
PR	Public Relations
SNI	Soziologischer Neo-Institutionalismus
sog.	sogenannt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
u.a.	unter anderem
WDA	Wissenssoziologische Diskursanalyse
z.B.	zum Beispiel

1. Einleitung

Im Januar des neuen Jahrzehnts war es soweit: die berühmt-berüchtigte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“¹ verließ das Gustav-Heinemann Ufer zu Köln und schlug seine Strategiezelte im Zentrum der Macht, dem Berliner Regierungsviertel, samt neuem Geschäftsführer, neuer Lead-Agentur und mit weiteren 5 Jahren zugesicherter Finanzierung² im Gepäck neu auf. Die politische Öffentlichkeit Deutschlands blickt nun auf schon 10 Jahre des intensiven Werbens um ein marktwirtschaftlich reformiertes Deutschland zurück. So manche preisgekrönte³ und prestigeträchtige⁴ Kampagne ist in all den Jahren vom kleinen Stab der Initiative entwickelt und forciert, die BRD und ihre „Besitzstände“ ein ums andere Mal überprüft, mit dem scharfen Messer der Ordnungspolitik regelrecht sezirt und kartografisch nach Unterschieden im bislang erreichten Abbau des „Reformstaus“ vermessen worden. Menschen wurden abwechselnd zum „Reformer des Jahres“ oder zum „Blockierer des Jahres“ ernannt und immer waren Presse und ranghohe Politiker stets vor Ort, um zu verleihen, zu beglückwünschen, um rhetorische Tiraden zum Besten zu geben, zu inszenieren oder um einfach nur zu berichten und abzunicken, welche Erkenntnisse die wissenschaftlichen Studien der INSM zu Tage gefördert hatten, von welchem Partikularinteresse (aus diesem falschen Anreiz und jener noch nicht überkommenen Altlast) zum Wohle der wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands man sich dieses Mal verabschieden sollte.

„Und?“ wird man Fragen, hat all das Werben und Sezieren, hat all die PR-Schlacht um ein neues Steuersystem, Arbeitsmarktpolitik, Sozial- bzw. Hartz-4 Gesetzgebung, Bürokratie- und Subventionsabbau, ein anderes Bildungssystem und dergleichen mehr, Deutschland „schlanker“, „fitter“, ja: willfähriger für die Umbrüche, die mit der Globalisierung, dem demografischen Wandel und der Komplexität eines bis dato nicht gekannten

¹ Im Folgenden immer durch „INSM“ abgekürzt oder mit „die Initiative“ synonym verwendet.

² 8,8 Millionen Euro per anno, geleistet durch die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie sowie anderer Wirtschaftsverbände und Unternehmen.

³ Politikaward 2004 in der Kategorie „Motiv“ für die INSM-Kampagne „brain drain“. Vgl. INSM-Kampagne-1a; 1b.

⁴ Die Plakatierung „Höchste Zeit für Reformen“ am Bundespressestrand in Berlin erhielt neben einer überwältigenden Medienresonanz auch Aufmerksamkeit von Seiten der Polizei, vgl. INSM-Kampagne-2.

Informations- und Kommunikationsnetzes einhergehen, gemacht? Die Antwort dürfte – wie immer im politischen Geschäft, in dem man sich trotz (oder gerade wegen?) der emotionalisierenden und passionierten Werbeunterhaltung tatsächlich befindet – ganz von der politischen Perspektive des Betrachters und nicht zuletzt von seiner rhetorischen Beschlagenheit – seiner *Doppelzüngigkeit* – abhängen. Eins dürfte jedoch unbestritten sein: Die INSM ist – vielleicht neben der Bertelsmann-Stiftung – die mit Abstand erfolgreichste, renommierteste Reformagentur Deutschlands (vgl. Speth 2006; Gammelin/Hamann 2005, Nuernbergk 2005; Wieking 2003). Und das, obwohl die Welle der Reformbewegungen um die Jahrtausendwende doch so zahlreich und wild entschlossen erschien, Deutschland – seine Politiker *und* Bürger – endlich „umzukrempeln“, ihnen ein für allemal den Reformschlendrian auszutreiben.

Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der Initiative wird dem Erfolgsmodell in vertiefend-rekonstruktiver Weise nachgespürt. Hierzu werden die Umbrüche der medialisierten Öffentlichkeit, die sich wandelnden Vermittlungsprozesse zwischen organisierter Interessenvertretung und politischer Klasse sowie die Rolle ebenjener Organisationen thematisiert, die durch und mit ihren wissenschaftlichen Erkenntnissen und den daraus sprechenden Gesetzen der „Wahrheit“ in die intermediäre Position des politisch-medialen „Einflüsteres“ zu schlüpfen suchen. Es wird in dieser Arbeit anhand der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ im Wesentlichen historisch-spezifisch um die Verortung, Organisation, Leistungsfähigkeit und Positionierung dieses „Reformdampfers“, der als wissenschaftliches Politikberatungsinstitut (sog. Think-Tank) klassifiziert werden kann, im politischen System der BRD gehen. Welcher (oftmals *zugesprochene*) Einfluss kann der Initiative für die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung dabei attestiert werden? Woran bemisst sich der relative Erfolg der „wissenschaftlichen Öffentlichkeitsarbeit“ der INSM und wie sieht er konkret aus? Welche Schlüsse lassen sich ferner aus den untersuchten Mechanismen des *organisierten Sprechens* von marktwirtschaftlicher Reformpolitik ziehen?

Verändern die „Mutmacher“ (Nuernbergk) der INSM dadurch das politische Geschäft, sowie das bürgerliche Selbst-Empfinden? Und wenn ja: wie?

Die Arbeit verfolgt dabei theoretisch, wie auch empirisch, eine doppelte Strategie: sie will *einerseits* die strukturellen Bedingungen der Möglichkeit dieses Organisationstyps als Zustandsbeschreibung nachzeichnen, um darauf aufbauend, *andererseits* nach dem Einflusspotenzial, den Machteffekten desselben in einer dynamischen Prozessperspektive zu fragen. Mit anderen Worten: Wie lässt sich das Aufkommen von Think-Tanks nach dem Vorbild der INSM erklären, konkreter: welchen gesellschaftlichen Erwartungen gemäß entwickeln sich diese sozialen Gebilde? Und weiter: wie lässt sich davon ausgehend die gesellschaftliche Wirkung⁵ solcher Organisationen in einer Prozessanalytik fassen, d.h. rekonstruktiv erfahrbar machen und anhand eines empirischen Zugangs messen?

Nach der kurzen theoretischen Abhandlung wesentlicher politologischer Entwicklungen in der Verbändeforschung, wird daran anknüpfend auf das theoretische Rüstzeug des soziologischen Neo-Institutionalismus⁶ zurückgegriffen. Mit seiner Hilfe soll eine *zustandsbeschreibende* Position entwickelt werden, von der aus man die INSM in einem ersten wesentlichen Schritt fassen und in ihrer regelbasierten organisationalen Umwelt verorten kann. Es wird der kognitiv-normative Regelcharakter von Institutionen als *Ergebnis* von Institutionalisierungsprozessen ins Auge gefasst und zur Erklärung wesentlicher Strukturausprägungen der INSM herangezogen. Die INSM wird demgemäß in einem abgrenzbaren Feld von Relationen verortet werden, welches ich „politische Öffentlichkeit“ nenne und später explizieren werde. Der zweite, wesentlichere und darauf aufbauende Teil der Argumentation macht es sich *qua* neuerer theoretisch-methodischer Entwicklungen des SNI zum Ziel, eine Position *institutioneller Dynamik* einzunehmen. Der empirische Fokus wird daher auf der interpretativen Rekonstruktion eines dynamischen Zusammenspiels verschiedener institutioneller Logiken - verstanden als laufende *Prozesse* der De-/Institutionalisierung -, Machtkonstellationen und strategischen

⁵ Dieser sehr allgemeine Zuschnitt wird in einem weiteren Schritt an geeigneter Stelle konkretisiert.

⁶ Im Folgenden mit SNI abgekürzt.

Interessen liegen. Ziel ist es hierbei, die historische *Spezifität* der sequenziell verlaufenden Ereignisse herauszuarbeiten und erklärbar zu machen. Es soll untermauert werden, dass Institutionen sowohl begrenzende („constraining“) als auch ermöglichende („enabling“) Effekte entfalten können und ferner expliziert werden, wie dies im konkreten Fall der Arbeit der INSM, welche fortwährend als *institutionelles Unternehmertum* gefasst wird, geschieht. Gemäß dieser Forschungsstrategie gliedert sich der theoretische Zugang in zwei Hauptkapitel (2-3). Davon ausgehend wird einige Arbeit in die vorbereitenden Schritte der empirischen Analyse fließen, was sich konkreter in einem nach Kapitel differenzierten Zugang zur Methodik (4) und der Operationalisierung (5) erstreckt. Die zentrale empirische Analyse wird nach diesen nötigen methodologischen Akzentuierungen in Form einer wissenssoziologischen Diskursanalyse (6) präsentiert.

Kapitel 2: Hier wird zunächst in gebotener Kürze die politologische Diskussion zum Wandel der organisierten Interessenvertretungsmuster reflektiert. Es werden neue Akteure und Vermittlungsformen beleuchtet, sowie die Bedeutung, d.h. der Bedingungscharakter pluralistischer Erklärungsmodelle für das Feld der politischen Öffentlichkeit akzentuiert.

Kapitel 3: Die Theorie zu Organisationen aus neo-institutionalistischer Perspektive wird in seinen grundlegenden Beiträgen im Hinblick auf die Zustandsbeschreibung vorgestellt. Darauf aufbauende dynamische Betrachtungsweisen der Theorie (institutionelle Logiken, institutionelles Unternehmertum) sollen für die Prozessperspektive der Arbeit fruchtbar gemacht werden und bedürfen daher einer Explikation.

Kapitel 4: Das explorative Modell von Institutionalisierungsprozessen sowie die wissenssoziologische Diskursanalyse werden beschrieben und in ihrem forschungsrelevanten Kontext dargestellt. Sie verkörpern das prozessuale Forschungsdesign dieser Arbeit.

Kapitel 5: Die gesammelten theoretisch-methodischen Entscheidungen werden in die Operationalisierung der Zustands- und der Prozessanalyse überführt. Die Vorstellung der Ergebnisse der Zustandsanalyse erlaubt die genauere organisationale Verortung der INSM. Für die Prozessperspektive wird die Diskursanalyse vor diesem Hintergrund in seiner inhaltlichen und materialen Dimension operationalisiert.

Kapitel 6: Im zentralen Kapitel des empirischen Teils werden die Ergebnisse der wissenssoziologischen Diskursanalyse, differenziert nach inhaltlicher und materialer Dimension, vorgestellt.

Abschließend finden sich eine konkludierende Betrachtung sowie der Ausblick auf theoretische wie auch aus der Diskursanalyse gewonnene Einsichten und Folgeüberlegungen zur Problemstellung der sich wandelnden organisierten Interessenvertretung ein.

2. Organisierte Interessenvertretung im Wandel

Seit geraumer Zeit herrscht in der politologischen Verbändeforschung Konsens darüber, dass die Bindekräfte von politikübergreifenden Bündnissen zwischen Verbänden sowie zwischen Verbänden und politischen Parteien nach korporatistischen Mustern deutlich schwächer geworden sind (vgl. Burgmer 2003; Sebaldt/Straßner 2004; Winter/Willems 2009). Es habe sich eine auf konkrete „issues“ bzw. „policies“ bezogene Koordination von Interessen und deren Vermittlung mit hoher struktureller Varianz entwickelt, die sich immer mehr durch ihre inhaltlich-pragmatische Fokussierung und immer weniger durch tradierte, in parteipolitischen Ideologien (vgl. Mayntz/Scharpf 1995; Schiller 1997) verhaftete Beziehungsgeflechte auszeichnet. So konstatiert Thomas von Winter, dass eine „Rationalisierung der verbandlichen Beziehungsmuster festzustellen (ist), die die traditionellen Machtgrundlagen der Großverbände unsicher werden lässt.“ (Winter 2007, 221). Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Neben der Ausdifferenzierung der Verbändelandschaft, respektive der Interessen, und damit einhergehender Schwierigkeiten der Realisierung einer für die Mitglieder befriedigenden Interessenaggregation durch die Verbände nach innen sowie einer durch gestiegenen Konkurrenzdruck zunehmend schwierigen Interessenartikulation nach außen, reflektiert der Wandel der Interessenvertretung auch andere gesellschaftliche Wandlungsprozesse, wozu Sebaldt/Straßner (vgl. 2004, Tabelle S.292) den politischen, sozial-kulturellen (hier vor allem: das massive Aufkommen zivilgesellschaftlicher Akteure wie soziale Bewegungen), ökonomischen und ökologischen Wandel hinzuzählen. Letztlich werde in der BRD (und anderen westlichen Demokratien) die *Pluralisierung* der Interessen – die beiden Autoren sprechen von *organisiertem Pluralismus* – zu Lasten neokorporatistischer Arrangements unaufhaltsam voranschreiten (vgl. Sebaldt/Straßner 2004, 307f.).

Auch als Reaktion auf die somit gezeichnete Erosion institutionalisierter Interessenvertretungsmuster (vgl. Winter/Willems 2009, 24) kann das Aufkommen der viel zitierten, zumeist wirtschaftsnahen, bürgerlichen „Reformbewegungen“ in der öffentlichen Diskursarena gegen Ende der

1990er Jahre verstanden werden. Mit einer - wenn nicht *der* - herausragenden Reforminitiative und ihrem Werdegang seit Gründung im Jahr 2000 möchte ich mich nun in meiner Arbeit beschäftigen. Bevor dies jedoch in einer ersten Phase (Kap. 2.2 – 2.4) geschehen kann, werden für den Kontext dieser Arbeit wesentliche Veränderungen, die der organisierte Pluralismus mit sich bringt, kurz skizziert.

2.1 Neue Akteure und Vermittlungsformen in der öffentlichen Arena

Im Zuge der Pluralisierung der organisierten Interessenvertretung treten neben die der Erosion ausgesetzten verbandlichen Interessenvertretungsmuster zunehmend neue Akteure und assoziierte Vermittlungsformen⁷. Die Dynamisierung des Feldes im Hinblick auf die gestiegenen Partizipationsmöglichkeiten sowie die schiere Zahl organisierbarer Interessenspektren führt wie Eingangs erwähnt zu einem erhöhten Bedarf nach rationalisierter Interessenvertretung. Zum Einen kann dahingehend ein verstärktes Aufkommen kommerzieller Lobbyisten, also profitorientierter Dienstleister wie PR-/PA-Agenturen, Consultants und auf politische Expertise spezialisierte Rechtsanwaltskanzleien, beobachtet werden. Zum Anderen nimmt unternehmerisches Lobbying in Form firmeneigener Repräsentanzen in politischen Zentren wie Brüssel oder Berlin stetig zu und signalisiert gestiegenen Konkurrenzdruck und Diversifizierung innerhalb des Systems der organisierten Interessenvertretung (vgl. Sebaldt/Straßner 2004, 302ff.). Beide Akteursgruppen stehen eher für kurzfristiges, entscheidungsorientiertes, informelles, auf Diskretion und persönliche Bindung setzendes, Lobbying bei politischen Mandatsträgern oder der zuständigen Ministerialbürokratie (vgl. Leif/Speth 2006). Klassische (Groß-)Verbände sehen sich neben diversifizierten Interessen und neuen Akteursgruppen, auch neuen Mobilisierungs- und Organisationsformen entgegen. Für den Kontext dieser Arbeit relevant ist beispielsweise der Bedeutungsgewinn *advokatorischer* Interessenvertretung. Diese Organisationen setzen sich zumeist für

⁷ Für eine ausführliche Darstellung, siehe: Sebaldt/Straßner 2004, 268-302.

„schwache Interessen“ ein, also für Interessen derjenigen, die sie selbst nicht artikulieren können, wie es etwa für die „Klientel“ von Umwelt-/Tier- oder Naturschutz- oder Behindertenvereinigungen zu konstatieren ist. Des Weiteren und infolge der erfolgreichen Implementierung durch letztgenannte Vertreter „schwacher Interessen“ steigt der Anteil von Non-Membership-Vereinigungen, die sich auf Basis von Fördervereinen finanzieren. Fördermitglieder können so der oftmals als Last empfundenen formalen Zugehörigkeit als volles Mitglied eines Verbands entgehen und durch regelmäßige Spende ein Interesse und dessen Artikulation unterstützen. Die INSM hat einen solchen fünf Jahre nach ihrer Entstehung ebenfalls gegründet. Auch dienstleistungsorientierte Angebote verbandlicher Akteure breiten sich zunehmend aus und tragen zur ökonomischen Kundenorientierung bei und unterlaufen damit, wie alle anderen pluralisierenden Effekte auch, die klassischen Machtgrundlagen der Spitzen- und Großverbände (vgl. Burgmer 2003, 36-39).

Die sich somit weiter zuspitzenden institutionalisierten Zugangsmöglichkeiten zur etablierten Politik veranlassen die Verbände (als auch Unternehmen) neben dem reflexhaften Rückgriff auf informelle Lobbyingaktivitäten unter Zuhilfenahme der Leistungen kommerzieller Lobbyisten, auch zur stärkeren Orientierung an den Kanälen der öffentlichen Resonanzerzeugung (vgl. Schauerte 2008, 125f.). Im Zuge der geringeren Regulierung organisierter Interessenvermittlung in Form neokorporatistischer Arrangements und des dadurch intensivierten Interessenvertretungs-Wettbewerbs steigt die Bedeutung dieses zunächst flankierenden, seit den 1950er Jahren zunehmend von privatwirtschaftlichen Interessen kolonisierten (vgl. Habermas [1962] 1990, 275-293), gesellschaftlichen Kommunikationstopos namens „politische Öffentlichkeit“. Sowohl Vertreter „schwacher“ wie auch „starker“, d.h. mit hohem Konfliktpotenzial ausgestattete, Interessen akzentuieren ihre medienstrategischen Interventionen zunehmend. Bestes Beispiel hierfür sind sicherlich Greenpeace mit seinen gezielten Medienaktionsformen oder die europäischen Bauernverbände mit ihren spektakulären Inszenierungen vor den Brüsseler EU-Institutionen.

Vor dem Hintergrund dieses sich weiter ausdifferenzierenden systemischen Mechanismus der organisierten Interessenvertretung muss nun die INSM in Betracht gezogen werden. Dazu werden zunächst ihre Organisation und ihr Auftrag erläutert.

2.2 Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“: erste Rezeption

„In der Wirtschaft gewinnen die selbstbewussten Kräfte an Gewicht, die organisierten Interessen verlieren an Boden. Dieses neue Gleichgewicht gilt es auszutarieren und an die Flexibilität der Globalisierung anzupassen. Damit sind sicher Machtfragen berührt, aber in erster Linie ist es eine Frage der ökonomischen Vernunft. Manches spricht dafür, dass sich die Neue Soziale Marktwirtschaft schrittweise aus ihrer von kollektivistischen Vorstellungen geprägten Vergangenheit löst“
(Rodenstock 2001, 83)

Die INSM ist eine vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall im Jahr 1999 geplante und im darauf folgenden Jahr gegründete Organisation, die es sich nach eigenen Angaben zur Aufgabe gemacht hat, die gesellschaftliche Akzeptanz marktwirtschaftlicher Reformen sowie der deutschen Wirtschaft insgesamt zu verbessern. Die Initiative ist damit in einer Reihe mit anderen, im gleichen Zeitraum entstandenen, Reforminitiativen zu sehen, die allesamt nach dem Ende der Kohl-Ära und dem Beginn des Rot-Grünen Projektes unter Gerhard Schröder mit aller Vehemenz darauf drängen, den sog. „Reformstau“⁸ zu beheben.

Und doch sticht sie aus dem Gros der vielen „Reform Start-Ups“ heraus: sie ist Gegenstand kontroverser Diskussionen und kann eine beträchtliche Medienresonanz vorweisen; ihr wird bescheinigt, seit ihrer Gründung zu einem immer bedeutenderen Akteur im Sinne einer (lobbyistischen) Interessenvertretung in der politischen Arena geworden zu sein (vgl. Nuernbergk 2005; Speth 2004; Wiekling 2003). Nicht zuletzt ist die hohe Sichtbarkeit⁹ in Form permanenter PR-Arbeit der Initiative auf die durchaus üppige und stabile Finanzierung zurückzuführen: mit einem jährlichen

⁸ Ausgangspunkt für die Reformdebatte war die Berliner Rede von Bundespräsident Roman Herzog vom 26.04.1997, bekannt geworden als „Ruck-Rede“, da ein „Ruck durch Deutschland“ gehen müsse, so Herzog. Näheres siehe Kap. 6.1

⁹ Sichtbarkeitsstudie nach: Speth 2006a, 20.

Volumen von etwa 8,32 Millionen Euro (vgl. INSM-FAQ) nach Abzug von Steuern rangiert sie an vorderster Stelle der Reforminitiativen, was die finanzielle Ausstattung anbelangt.

Die Initiative greift dabei auf zahlreiche Mittel zur Erreichung ihrer kommunikativen Absichten zurück. Sie forciert mit einer integrierten („orchestriert“ genannten), wissensbasierten, kampagnenförmigen Kommunikationsstrategie, vielfältiger PR-Arbeit und mit einiger Prominenz in Botschafter-Funktion ein nach eigenen Aussagen (vgl. ebd.) dezidiert ordnungspolitisches Verständnis von Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik in die gesellschaftlichen Diskurse und stellt demgemäß wirtschaftswissenschaftliche Expertise bereit. Dabei beschreibt sich die Initiative selbst als kommunikativen Think-Tank, dessen Reformarbeit sich sowohl auf die Entscheidungseliten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft richtet, als auch eine breite Bevölkerung mit seinen Reformideen erreichen möchte. Die INSM kann mit Martin Thunert derjenigen Gruppe von Think-Tanks zugeordnet werden, die weniger wissenschaftlich ausgerichtet agieren, sondern sich vielmehr „verstärkt in der politischen Anwaltschaft für bestimmte Themen, sachpolitische Lösungsansätze oder für die von ihnen vertretenen wissenschaftlich-weltanschaulichen Paradigmen (soziale Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit usw.) sehen“ (Thunert 2003, 31).

Die Arbeit der INSM zeichnet sich durch eine enge Zusammenarbeit mit dem Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln (IW) aus, welches gleichsam für die Erarbeitung wissenschaftlicher Studien und die Publikation von INSM-assoziierten Schriften zuständig ist. Letztlich firmieren beide Unternehmen unter einem Dach (vgl. Nuernbergk, 2005; Speth 2006a). Ferner werden häufig Medienkooperationen mit namenhaften überregionalen wie auch regionalen Medienträgern aus Print (z.B. FAZ, Wirtschaftswoche, Financial Times Deutschland, Die Zeit, sowie regionale Tageszeitungen), TV (MTV, ARD, Dritte) und Internet (allen voran der eigene, sorgfältig ausgearbeitete Web-Auftritt, vgl. INSM1) initiiert, über die das Gedankengut der Initiative mal mehr, mal weniger ungefiltert¹⁰

¹⁰ Für eine Input-Output-Analyse und die Überprüfung einer Induktionshypothese von Pressemitteilungen der INSM, siehe: Nuernbergk, 2005, Kap. IX

verbreitet wird. Auch das gesellschaftspolitische Engagement der Initiative ist beachtlich. So betreibt sie unter dem Motto „Wirtschaft und Schule“ (vgl. INSM2) ein Schulprojekt, in dem Lehrer gezielt mit eigens aufbereitetem Lehrmaterial versorgt werden und in netzwerkartigen Kooperationsmodellen zwischen gemeinnützigen Bildungseinrichtungen (wie Bildungswerken, Studienkreisen, etc.) und den jeweiligen Schulträgern regelhafte Austauschstrukturen aufgebaut werden. Ein anderes Beispiel ist die Medienkooperation mit dem Jugend- & Musiksender MTV namens „Was Soll Werden“ (vgl. INSM3), in dem jugendlichen Schulabgängern Tipps zur beruflichen Qualifikation und Ausgestaltung einer Bewerbungsmappe gereicht werden. Abschließend werden die bisherigen Ausführungen durch die Darstellung eines Organigramms der INSM verdeutlicht:

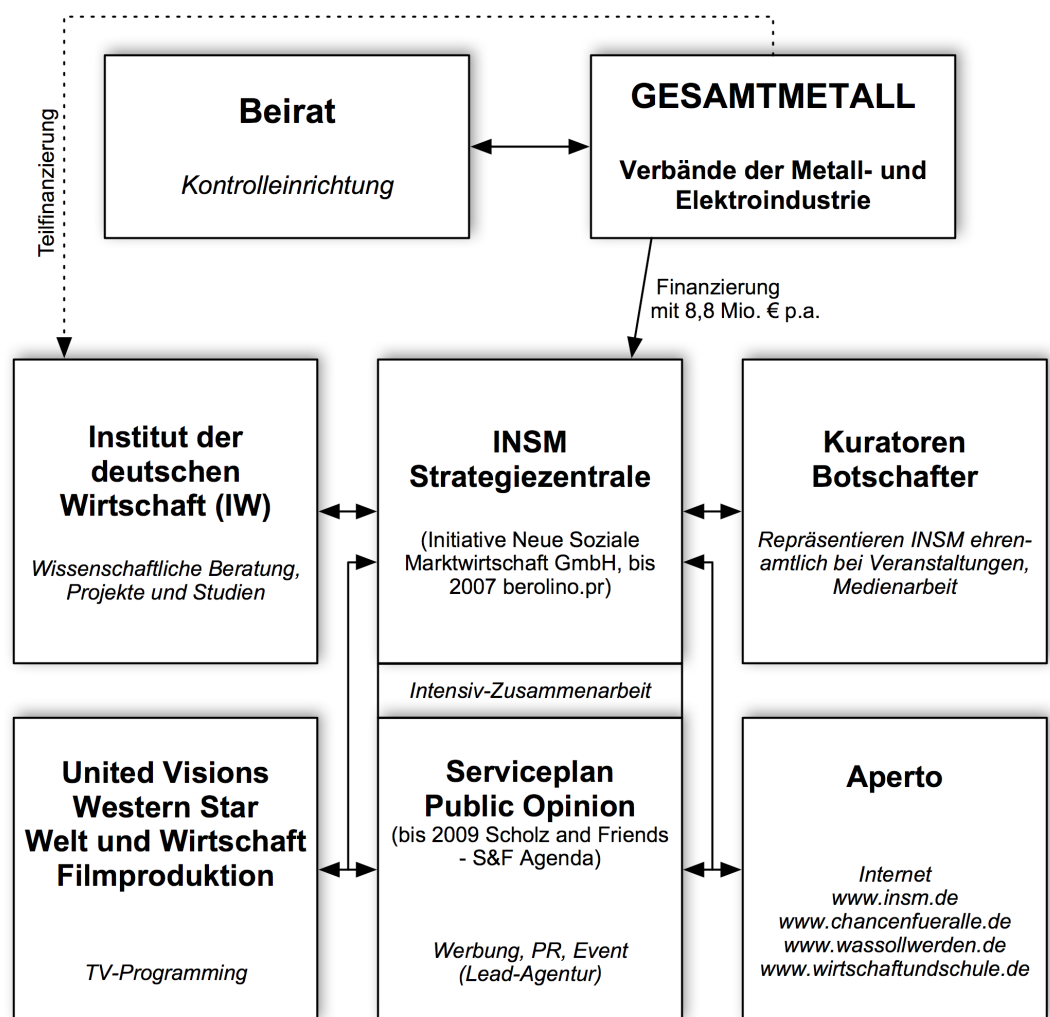


Abbildung 1: Organigramm der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
(eigene Darstellung in Anlehnung an Nuernbergk 2005, 85)

2.2.1 Die INSM: bisherige Erkenntnisse und blinde Flecken

Wissenschaftliche Arbeiten, die sich ausschließlich mit der INSM beschäftigen, sind bislang eher rar. Allen voran Rudolf Speth hat sich in ausführlicher, deskriptiver Art sowie durch Experteninterviews mit wichtigen Vertretern und Funktionären der Initiative genähert, eine komplette Studie der INSM gewidmet (vgl. Speth 2004) und sich in anderen Studien bzw. Arbeitspapieren (Leif/Speth 2006, 302-316; Speth 2006a; Speth 2006b) mehrmals auf sie bezogen. Speth begreift die INSM als „politisch-ideologisch festgelegten privaten“ (Speth 2004, 16) Think-Tank, im Sinne eines auf Diskurse und Agenda-Setting ausgerichteten Kommunikationsbetriebes, dem es darum geht, „Begriffe und Sichtweisen zu prägen, Meinungen zur Vorherrschaft zu verhelfen, kurz: Deutungsmacht zu entfalten“ (Speth 2004, 15). Er sieht in der Initiative ein hoch professionelles, neuartiges¹¹ politisches Marketingkonzept enthalten, dass anderen Think-Tanks überlegen zu sein scheint und von den Unterlegenen alsbald in die eigenen Strukturen integriert werden könnte (vgl. ebd.). Sein zentraler Fokus scheint mir in Bezug auf die INSM der von Lobbyismus und PR zu sein, begreift er die Initiative doch maßgeblich als „PR-Agentur der Wirtschaft, speziell des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall“, an der „beispielhaft die zunehmende Verbindung von Lobbying, Journalismus und PR studiert“ (Leif/Speth 2006, 303) werden könne.

Des Weiteren ist Christian Nuernbergk zu nennen, der im Rahmen seiner Magisterarbeit „Die Mutmacher“ eine explorative Studie zur Öffentlichkeitsarbeit der Initiative angefertigt hat, dabei aber einen weniger umgreifenden Fokus wählt: er beschränkt seine in der Methodik inhaltsanalytische Studie auf die Grauzone zwischen PR und Journalismus. Politologische Erwägungen finden nur am Rande Erwähnung. Doch sind seine Erkenntnisse aus einer Input-Output-Analyse und zur

¹¹ Allerdings betont er auch, dass die Initiative Parallelen zu sozialen Bewegungen und einer zur damaligen Zeit äußerst innovativen Werbekampagne für die soziale Marktwirtschaft – gewissermaßen der Vorläufer der INSM –, genannt „Die Waage“, aufzeigt. Vgl. ebd.

Themeninduktion durch die INSM sehr aufschlussreich. Nuernbergk stellt fest, dass es der INSM „gelingen ist, die Aktions- und Interaktionsbedingungen mit mehreren Medienorganisationen strategisch und effizient zu nutzen und eine Berichterstattung zu ihrem überwiegenden Vorteil zu generieren“ (Nuernbergk 2005, 134). Seine Input-Output-Analyse kommt zu dem Schluss, dass die Medienberichterstattung über die INSM „wenig differenziert berichtete und sich in der großen Mehrzahl der Fälle als völlig unkritisch erwies“ (ebd., 122). Die Arbeiten von Speth und Nuernbergk verhalten sich komplementär zueinander, während Speth wichtige Hintergrundinformationen liefert und die INSM auf Evidenz-/Phänomenalniveau unter elitenkritischer Perspektive analysiert, liefert Nuernbergk eine kommunikationswissenschaftliche Explorationsstudie, die dem Zusammenhang von PR-Tätigkeit und Journalismus näher auf den Grund geht.

Beide streifen dabei organisationssoziologische Aspekte, die zu einer vollkommeneren Darstellung der Reformbewegung nötig wären, nur am Rande; eine Auseinandersetzung mit den Regelstrukturen innerhalb der Arena „politische Öffentlichkeit“ und dem Erklärungspotenzial, die eine institutionelle Perspektive für die wissenschaftliche Analyse der Initiative bereithielte, werden nicht ins Auge gefasst. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Diskurspolitik der Initiative fällt letztlich ebenfalls recht oberflächlich aus. Daher ist es mein Anliegen das Verständnis von der Initiative zu mehren und zu vertiefen, indem ich sie mit dem methodischen Rüstzeug des soziologischen Neo-Institutionalismus (SNI) sowie angrenzender Forschungsprogrammatik der wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) analysiere. Der SNI erlaubt es, eine Organisation wie die INSM sowohl als Zustand (Organisationsstruktur als eingebettet in feldspezifisch institutionalisierte Regeln und Erwartungen) als auch als Prozess (Organisations- und Diskurspraktiken als mythische Zeremonielle zur Legitimitätsförderung und strategisches institutionelles Unternehmertum) zu begreifen, in einem theoretischen Rahmen unterzubringen und einer diskursanalytischen Überprüfung zugänglich zu machen. Dabei ist hier bereits angemerkt worden, dass die Prozessperspektive den Vorzug gegenüber der

Zustandsbeschreibung erhält, da letztere allen voran zur besseren Fundierung und Orientierung ersterer dienen soll und im Hinblick auf die hier verfolgte Argumentation als nützlich erachtet wird.

2.2.2 Eine neo-institutionalistische Perspektive auf die INSM

Zusammenfassend sind die bereits in der Einleitung gestellten Fragen erneut aufzugreifen:

- Wie lässt sich das Aufkommen von Think-Tanks nach dem Vorbild der INSM erklären, konkreter: welchen gesellschaftlichen Erwartungen gemäß entwickeln sich diese sozialen Gebilde?
- Wie lässt sich davon ausgehend die gesellschaftliche Wirkung solcher Organisationen in einer Prozessanalytik fassen, d.h. rekonstruktiv erfahrbar machen und anhand eines empirischen Zugangs messen?

Aus den vorgestellten Analysen von Speth (2004; 2006a; 2006b sowie Leif/Speth 2006) und Nuernbergk (2005) lassen sich nun folgende Anknüpfungspunkte und genauere forschungsleitende Fragestellungen für eine neo-institutionalistische Perspektive auf die INSM herausarbeiten:

(a) *Diskurshoheit* : Die Entwicklung und Prägung von politischen Parolen, Begrifflichkeiten und Programmatiken durch die INSM, welche für den massenmedial vermittelten politischen Diskussions- und Deutungsprozess Relevanz erlangt haben, müssen genauer untersucht werden. Dabei geht es um die Ausleuchtung des Zusammenhangs von institutionellen Topoi der INSM und ihrer diskursiven Artikulationspraxis in Anbetracht der wesentlichen inhaltlichen Ausrichtung des Leitbildes „Neue Soziale Marktwirtschaft“. Folgende Fragen erscheinen weiterhin erklärungsbedürftig:

- Welcher Stellenwert kommt dem Netzwerk aus Botschaftern, Wissenschaftlern, Financiers und Beratern der INSM sowie den

sie umgebenden politischen, medialen und Verbands-Organisationen zu?

- Was charakterisiert den Inhalt des INSM-Diskurses und wie hängt die Form der kommunizierten Botschaften damit zusammen?
- Was ist „neu“ an Form und Inhalt des politischen Lobbying der INSM?
- Erfährt der Diskurs durch die Interventionen der INSM einen Wandel? Wenn ja, wie ist er zu fassen? Was wandelt sich?
- Welcher Typik entspricht die Art und Weise, wie die INSM zur strategischen Entfaltung von Deutungsmacht gelangen möchte?

(b) *Legitimität: Fassade und Krisis*: In Konkordanz mit den Erkenntnissen von Nuernbergk (2005), ist in vertiefender Art und Weise nach der Verquickung von PR und Journalismus zu fragen. Aufschlussreich sollten dabei Grenzfälle sein, die die von Nuernbergk herausgearbeiteten Ergebnisse einer erfolgreichen Diskursarbeit und die zugrunde liegenden Mechanismen durch die Fokussierung auf umstrittene Praktiken und vermeintliche Kommunikationspannen konterkarieren. Dabei sollen vor allem folgende Fragen forschungsleitend sein:

- Wie und weshalb wurde eine Kommunikationskampagne zur Kommunikationspanne? Wer behauptet dies und wer widerspricht?
- Wie funktioniert die Aufmerksamkeitsgenerierung medialer Kooperationen und welchen Logiken unterliegen sie?
- Welche diskursive Positionierung lässt sich für die INSM in der politischen Öffentlichkeit ermitteln?
- Welche Rolle spielen Gesichtspunkte der Effizienz und Legitimität bei Themensetzungspolitiken (Agenda-Setting)?

Um dem Phänomen „INSM“ in vertiefender Weise weiter nachgehen zu können, bedarf es also meiner Ansicht nach einer Analyse der organisationalen Strukturen und institutionellen Prozesse *durch* eine Applikation des soziologischen Neo-Institutionalismus, der die „Initiative

Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ als eine im Austausch mit sich – also seinen Mitgliedern und Bezugsgruppen – und seiner institutionellen Umwelt – respektive seines organisationalen Feldes – befindlichen *Organisation* konzipiert. Im Folgenden soll nun das Feld der neoinstitutionalistischen Organisationsforschung in Grundzügen dargelegt und die wichtigsten Begrifflichkeiten, Weiterentwicklungen und theoretischen Implikationen nachgezeichnet werden.

3. Theorie: Der soziologische Neo-Institutionalismus

In diesem Kapitel ist es jetzt daran, die theoretische Reflexion für ein adäquates Verständnis des soeben skizzierten Forschungsvorhabens zu leisten. Wie bereits erwähnt, soll hierzu der soziologische Neo-Institutionalismus verwendet werden. Dieser in den 1970er Jahren entwickelte Ansatz stellt beleibe keine stringente soziologische Theorie dar, auch ist das Nachdenken über Institutionen keiner einzelnen Wissenschaft zuzuordnen. Gleichwohl lässt sich ein Beitrag, die wissenssoziologische Arbeit „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ von Berger & Luckmann, als zentraler Bezugspunkt des SNI begreifen. Er wird sogleich vorgestellt. In einem weiteren Schritt sollen die grundlegenden Artikel des SNI herausgegriffen und expliziert werden (3.2.) und im Anschluss diejenigen Weiterentwicklungen thematisiert werden, welche für den Forschungsprozess von besonderem Interesse sind (3.3). Zuletzt folgt ein kurzes Resümee der dargestellten Aspekte des SNI (3.4).

3.1 Wegbereiter: Berger & Luckmann – Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit

Als wesentlichen und für das hiesige Forschungsinteresse entscheidenden Beitrag zur Institutionenforschung ist die wissenssoziologische Arbeit „Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit“ von Peter L. Berger und Thomas Luckmann zu nennen. Das im Jahre 1966 erstmals erschienene Werk gilt mittlerweile als Klassiker der Soziologie und magnum opus des Sozialkonstruktivismus. Nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, dass sie das bis dahin von Max Scheler¹² und Karl Mannheim¹³ geprägte Terrain der Wissenssoziologie neu absteckten, d.h. in seinem gesellschaftstheoretischen Umfang wesentlich erweiterten. Hatten sich Scheler und Mannheim noch recht einseitig mit epistemologischen Problemen und der gesellschaftlichen Bedingtheit¹⁴ von *theoretischen* Wissensgehalten beschäftigt, formulieren

¹² Vgl. Scheler 1926.

¹³ Vgl. Mannheim [1919] 1969.

¹⁴ Von Mannheim als das Problem der „Seinsge- oder -verbundenheit“ (ebd.) jedweden Denkens bezeichnet, womit er sich von Marxens Ideologiebegriff und –kritik entfernt.

Berger/Luckmann ein Interesse an allen Formen des Wissens, die in einer Gesellschaft Gültigkeit besitzen. Es soll die Art und Weise untersucht werden, wie Wissensformen in der Alltagswelt – das „Allerweltswissen“ (Berger/Luckmann [1966] 2004, 16) - erschaffen und verteilt werden und wie dadurch eine gesellschaftlich *konstruierte* Vorstellung von Wirklichkeit entsteht. Ihr fundamentales Verständnis von Institutionen und dem Menschen entnehmen sie der anthropologischen Philosophie eines Helmut Plessner¹⁵ und Arnold Gehlen¹⁶, sowie der phänomenologischen Soziologie ihres akademischen Lehrers Alfred Schütz¹⁷. Der Auftrag: Den Prozess der Entstehung von Wissen – der gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit - verstanden als *fait social* (Durkheim) durch eine Analyse deutenden Verstehens (Weber) der subjektiv gemeinten Sinnorientierung, die menschlichem Sozialhandeln zugrunde liegt, nachzuvollziehen. Der Versuch also, Durkheim's Strukturalismus mit Weber's verstehend-historischer Soziologie zu verbinden, um zu einem Verständnis gesellschaftlicher Realität „*sui generis*“ (Durkheim [1895] 1995, 187) zu gelangen. Zur Erklärung dieser *eigenartigen* Realität sollen die Mechanismen aufgedeckt werden, welche in den Wissensformen der „Alltagswirklichkeit“ (Berger/Luckmann [1966] 2004, 21) – der wichtigsten aller Wirklichkeiten - enthalten sind und das alltägliche „Miteinander“ anleiten und steuern.

Die entscheidende Frage lautet also: durch welche Mechanismen erschließen sich die gesellschaftlichen Akteure sinnhaft ihre Alltagswelt und welche Rekursionen gehen wiederum von diesem interpretativen Verhalten aus? Nun, den grundlegenden Mechanismus identifizieren Berger/Luckmann als Institutionalisierung; ihr Anliegen als „Theorie der Institutionalisierung“ (Berger/Luckmann [1966] 2004, 56). Institutionalisierung findet statt, wenn „habitualisierte Handlungen durch Typen von Handelnden reziprok typisiert werden“ (Berger/Luckmann [1966] 2004, 58), denn: „Jede Typisierung, die auf diese Weise vorgenommen wird, ist eine Institution“ (ebd.). Institutionen haben

¹⁵ Für die Begriffe „Exzentrische Positionalität“ und „natürliche Künstlichkeit“ vgl. Plessner 1928.

¹⁶ Für den Begriff „Weltoffenheit“ vgl. Gehlen 1940; 1956.

¹⁷ Vgl. Schütz 1932; 1971-72.

demgemäß ihren Vorläufer in gewohnheitsmäßigen, als modellhaft¹⁸ wahrgenommenen Interaktionsprozessen von mindestens zwei Menschen; sie bedürfen ferner eines reziproken Verhältnisses von gewissen Handlungen zu gewissen Handelnden, denen gleichermaßen *distinkte* Kategorien (Typen) in der gesellschaftlichen Ordnung zuteil sind. Um zu spezifischen Typen von Handlungen und Handelnden zu werden, müssen sich wechselseitige, habitualisierte Tätigkeiten im Rahmen einer „dauerhaften gesellschaftlichen Situation“ (Berger/Luckmann [1966] 2004, 61) abspielen, in der *Rollen* das Scharnier zwischen objektivierten Verhaltenskategorien und subjektiver Akteuridentität darstellen. Ihr Modell der Institutionalisierung mündet dann in einem dialektischen Prozess aus Externalisierung, Objektivation – verstanden als konstitutiv für die objektive Wirklichkeit – und Internalisierung¹⁹ – der Formung subjektiver Wirklichkeit durch Verinnerlichung von objektivierter gesellschaftlicher Welt –, welcher vermittelt der transzendierenden und integrierenden Macht der Sprache zum Bezugspunkt vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger, sich selbst überdauernder gesellschaftlicher Situationen geriert (vgl. Berger/Luckmann [1966] 2004, 41; 58f.). Und erst dann, wenn die zwischen mindestens zwei Menschen (bspw. ein Ehepaar) entstandenen Institutionen an eine nächste Generation in Form von Sozialisation weitergeben wurden – wenn Kindern von „significant others“²⁰ objektiverte Wirklichkeit vermittelt wird, sie sie internalisieren und als legitim und daher unhinterfragbar²¹ erachten – und sich die Sozialisatoren des objektiven, gesellschaftlichen Charakters ihrer eigenen eingespielten Interaktionsprozesse gewahr werden, gerinnt die institutionale Welt zu einer *festen, gemeinsam konstruierten, gegenständlichen* Wirklichkeit.

Zum Phänomen der Tradition von Institutionen gesellt sich zugleich, wie bereits vermerkt, die Frage der Rechtfertigung, der Legitimation einer

¹⁸ Analog dazu wird später von „scripts“, „mental models“ und „shared logics of action“ noch ausführlich die Rede sein.

¹⁹ Dem dritten Element der Institutionalisierung (vgl. Kap. III) – der Internalisierung, den dazugehörigen Sozialisationsstufen und Identitätstannahmen – kann hier aufgrund des gewählten Fokus keine ausführliche Reflexion zuteil werden.

²⁰ Der Begriff stammt aus der sozialbehavioristischen Schule von George Herbert Mead und seinem Hauptwerk „Geist, Identität und Gesellschaft“ (1934), dessen sozialpsychologische Befunde die beiden Autoren in ihrer hier besprochenen Arbeit verarbeiten.

²¹ Berger/Luckmann sprechen von Institutionen, die „gegeben, unveränderlich und selbstverständlich“ wirken (vgl. ebd., 63). Dieser Umstand spielt unter dem label „taken-for-grantedness“ eine gewichtige Rolle in der neo-institutionalistischen Organisationstheorie und wird später weiterer Explikation bedürfen.

Institution. Diese ist verlangt, sobald – um erneut auf die Bedeutung von Sprache für das Werk einzugehen – „ein System sprachlicher Objektivationen menschlicher Erfahrungen *weitergegeben* wird“ (Berger/Luckmann [1966] 2004, 100, Hervorhebung K.M.). In Abgrenzung von anderen Zeichensystemen – wie etwa Gesten-Systemen (vgl. Mead 1968; Goffman 1963) –, identifizieren sie die Sprache als wichtigstes Zeichensystem des Menschen, da nur sie in ihrer Komplexität in der Lage ist, subjektiven Sinn und Bedeutung abzulösen und kommenden Generationen als „Sinnzonen“ (Berger/Luckmann [1966] 2004, 42) in Form von Wissensspeichern intersubjektiv zugänglich zu machen. Die beiden Autoren legen besonderes Augenmerk auf Symbolsysteme, die durch Sprache vermittelt, Sinn in der Alltagswelt über Zeit, Raum und soziale Grenzen hinweg beliebig disponieren können. Sie sind „tragende Säulen der Alltagswelt und der ‚natürlichen‘ Erfahrung ihrer Wirklichkeit“ (ebd.), denn vermittels Sprache könnten Symbole nicht nur transzendieren, sondern auch *vice versa* in die Alltagswelt reintegriert werden und dort neues Wissen generieren (vgl. ebd.)

Durch Attribution „kognitiver Gültigkeit“ (Berger/Luckmann [1966] 2004, 100) und²² normativer Verbindlichkeit qua sprachlich-symbolischer Mittel legitimiert sich die institutionale Ordnung in unterschiedlichen (analytisch trennbaren) Graden und entwickelt ihr enormes Kontrollpotenzial gegenüber all jenen, die am Wissensvorrat der Alltagswirklichkeit teilhaben und somit den „programmierten‘ Handlungsabläufen“ (Berger/Luckmann [1966] 2004, 66) einer institutionalen Ordnung unterstehen.

Auf diese Darstellung folgt nun eine organisationswissenschaftliche Ausbuchstabierung in Form des soziologischen Neo-Institutionalismus.

3.2 Grundlegende Beiträge des SNI

²² Die Verbindung zeigt es bereits an: Kognitive und normative Elemente sind nicht nur gemeinsam für die Legitimation von Institutionen wichtig, eine Spezifizierung der interdependenten „Dimensionen“ oder Elemente von Institutionen erfolgt im nächsten Kapitel, wenn unter 3.2.2 auf das von W. Richard Scott (2001) entwickelte Drei-Säulen-Modell rekuriert wird.

Zunächst werden die für das hiesige Forschungsvorhaben und den SNI als solchen grundlegenden Beiträge (3.2.1) vorgestellt. Anschließend werden relevante Weiterentwicklungen zur Erklärung institutionellen Wandels (3.2.2) hervorgehoben und in den Kontext meiner Arbeit eingefügt.

3.2.1 Legitimität, Rationalität und Isomorphie in organisationellen Feldern

Als eine der meist zitierten Beiträge der Organisationstheorie gilt „Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony“ von John W. Meyer und Brian Rowan (1977) und „The Iron Cage Revisited: Institutional Isomorphism and Collective Rationality in Organizational Fields“ von Paul J. DiMaggio und Walter W. Powell (1983). Beide Artikel zusammen stellen den zentralen Referenz- und Dynamisierungspunkt neo-institutionalistischer Organisationstheorie dar – bis heute. Als griffige Definition, was den organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus den Grundzügen nach auszeichnet, soll nachfolgendes Zitat von DiMaggio/Powell dienen:

„The new institutionalism in organization theory and sociology comprises a rejection of rational-actor models, an interest in institutions as independent variables, a turn toward cognitive and cultural explanations, and an interest in properties of supraindividual units of analysis that cannot be reduced to aggregations or direct consequences of individual's attributes or motives.“ (DiMaggio/Powell 1991, 8).

Organisationen, ihre Strukturen und Aktivitäten, sowie die Ziele und Motivationen ihrer Mitglieder werden demnach als abhängige Variablen gefasst, als durch institutionelle Elemente konstituierte und in Form erwartungsstabiler Verhaltensweisen aufrechterhaltene, restringierte soziale Programme oder Regelsysteme verstanden (vgl. auch: Jepperson 1991, 149). Als zentralen Stimulus für die neo-institutionalistische Organisationsforschung verstehen beide Autoren den sog. „cognitive turn“,

der durch ethnomethodologische Forschung und kognitive Psychologie ausgelöst wurde (vgl. DiMaggio/Powell 1991, 17f.).

Dies illustriert in ansehnlicher Weise der konstitutive Beitrag von Meyer/Rowan (1983) und die dort vorgetragene Kritik, welche sich am gängigen Organisationsverständnis der 1950er und 60er Jahre entzündete. Die Nachkriegstheorien orientierten sich an Max Webers Bürokratiemodell und suchten daher die Verbreitung (und damit den Erfolg) formaler Organisationen in modernen Gesellschaften mit der *effektiven* Koordination und Kontrolle komplexer interner und externer Beziehungsnetzwerke – ergo: einer technischen Effizienz – zu erklären. Die vorherrschenden Theorien wie etwa die Kontingenztheorie²³ zeichneten ein (an Webers Idealtypus der legalen Herrschaft angelehntes) instrumentalistisches Bild von Organisationen, das wie folgt aussehe: „coordination is routine, rules and procedures are followed, and actual activities conform to the prescriptions of formal structure.“ (Meyer/Rowan 1977, 85). Dieser „blueprint“ (ebd.) von Organisationen werde aber durch zahlreiche empirische Ergebnisse konterkariert, in denen sich zeige, dass formale und informale Struktur oftmals auseinanderfielen: „rules are often violated, decisions are often unimplemented, [...] technologies are of problematic efficiency, and evaluation and inspection systems are subverted or rendered so vague as to provide little coordination“ (ebd.). Meyer/Rowan – stimuliert von ihren Erkenntnissen aus der jahrelangen Erforschung von Bildungseinrichtungen - ziehen demgegenüber eine andere Webersche Erklärung für das Aufkommen formaler Organisationen heran, nämlich jene, die für eine aus *Legitimationsgründen* erwachsene Formalstruktur optiert. In Anlehnung an eine Überlegung von Max Weber entwickeln sie die These: Organisationen bilden formale Strukturen heraus, um ihre Legitimität zu erhöhen. Dabei spiegeln die Formalstrukturen weniger effizienzorientierte Gesichtspunkte wieder, als vielmehr in der Umwelt der Organisation fluktuierende *Rationalitätsmythen*, die in Form institutionalisierter Regeln, geteilte, sozial sanktionierte Vorstellungen davon transportieren, wie eine moderne Organisation zu funktionieren und

²³ Zur Kontingenztheorie siehe überblickshaft: Donaldson 2001; für eine deutsche Aufarbeitung – dort ist der Begriff „situativer Ansatz“ geläufig - ist insbesondere Alfred Kieser verantwortlich, exemplarisch: Kieser/Walgenbach 2007.

sich darzustellen hat. Meyer/Rowan identifizieren daraufhin zwei Haupteigenschaften von Mythen:

„First, they are rationalized and impersonal prescriptions that identify various social purposes as technical ones and specify in a rulelike way the appropriate means to pursue these technical purposes rationally.” (Meyer/Rowan 1977, 86).

Rationalitätsmythen sind demnach vorschrittmäßige Glaubenskalküle, die Verfahren²⁴ und die angemessenen Mittel angeben, um bestimmte soziale Zwecke zu erreichen. Zweitens seien diese Mythen hochgradig institutionalisiert, was bedeutet, dass sie fern jedweder individuellen oder organisationalen Befindlichkeit lägen – also emergente Phänomene darstellen – die deshalb „[...] must [...] be taken for granted as legitimate, apart from evaluations of their impact on work outcomes“ (ebd.).

Zu diesen hochgradig institutionalisierten mythischen Elementen der Formalstruktur zählen die beiden Autoren bspw. Professionen, Programme und Technologien (vgl. ebd.; hierzu auch Meyer/Scott 1992). Jene werden oftmals in die formale Struktur einer Organisation implementiert und zeremoniell zur „Schau“ gestellt, um als auf der „Höhe der Zeit“ zu erscheinen, um den Erwartungen und Identifikationsanforderungen einer gesellschaftlichen Umwelt an eine rationale Organisation zu genügen. Berger/Luckmann dazu allgemeiner:

„Gewisse Dinge tut man, nicht weil sie nützlich, sondern weil sie ‚richtig‘ sind, und zwar richtig im Sinne der absoluten Bestimmungen von Wirklichkeit, wie sie die Welt-Spezialisten verkünden.“ (Berger/Luckmann [1966] 2004, 125).

Dies Verhalten führe zu einem Isomorphismus – einer Strukturgleichheit – mit der institutionellen Umwelt der Organisation, was wiederum, so argumentieren die beiden Autoren, letztendlich deren Legitimität diene und

²⁴ Hier ließe sich auch eine Verbindung zu Niklas Luhmann's (1969) „Legitimation durch Verfahren“ herstellen.

zu Stabilität und größeren Überlebenschancen beitrüge (vgl. Meyer/Rowan 1977, 90).

Dieses Postulat vom isomorphen Charakter der formalen Organisationsstruktur aufgrund zirkulierender, kulturell legitimer Überzeugungen und geteilter Vorstellungen, führen beide Autoren auf die oben erläuterte, soeben zitierte Wissenssoziologie von Berger/Luckmann zurück, nach der (auch) Organisationen das Resultat einer gesellschaftlich konstruierten Wirklichkeit sind, welche sich sodann in ihren Strukturen widerspiegelt (vgl. Meyer/Rowan 1977, 88). Meyer/Rowan geben drei Effekte des Isomorphieprozesses an: es kann zu einer Entkopplung (1) von formaler Struktur, ihren Untereinheiten und informalen Aktivitäten in der Organisation kommen. Es können sich Rituale (2) des Vertrauens und des „good faith“ (Meyer/Rowan 1977, 361) im Hinblick auf die institutionale Ordnung einstellen und ferner kann es zu Vermeidungsstrategien (3) kommen, die eine rational-sachgerechten Evaluation der organisationalen Aktivitäten zu verhindern suchen (vgl. ebd.).

Doch wie lassen sich diese institutionellen Umwelten und ihre „isomorphic pressures“ in Relation zur Organisation konkreter fassen? Dazu haben DiMaggio/Powell (1983) die analytische Kategorie des organisationalen Feldes²⁵ vorgelegt. Mit einem organisationalen Feld bezeichnen die Autoren Organisationen, die,

„[...] in the aggregate, constitute a recognized area of institutional life: key suppliers, resource and product consumers, regulatory agencies, and other organizations that produce similar services or products.” (DiMaggio/Powell 1983, 148).

Der Blick weitet sich also auf sämtliche Organisationen als institutionelle Anspruchsgruppen aus, welche in einem *legitimitätsrelevanten* Verhältnis zueinander stehen. Organisationale Felder existieren allerdings nur unter weiteren folgenden Bedingungen: Es müssen:

²⁵ Analog zu diesem Konzept existieren weitere sehr ähnlich gelagerte Typologien, etwa „industry system“ von Hirsh (1972), „interorganizational network“ von Benson (1975) und vor allem „societal sectors“ von Scott/Meyer (1991), für eine Diskussion der Ansätze siehe: Scott (1983) „The Organization of Environments: Network, Cultural, and Historical Elements“, in: Meyer, John W./Scott, W. Richard (Hg.) „Organizational Environments“, Beverly Hills.

- (1) sich verstärkende Interaktionen zwischen den für das Feld konstitutiven Organisationen zeigen
- (2) klare, scharf abgegrenzte Herrschafts- und Koalitionsstrukturen innerhalb des Feldes erkennbar sein
- (3) sich steigende Informationslasten für die im Feld befindlichen Organisationen entwickeln
- (4) sich Strukturen der beidseitigen Beobachtung und Perzeption ergeben, nach denen die im Feld befindlichen Organisationen ein gemeinsames Anliegen verfolgen, sie also ein gemeinsames Deutungssystem herausbilden (vgl. DiMaggio/Powell 1983, 149).

Die grundlegende Frage, die sie sich weiterhin stellen, ist: „What makes organizations so similar? (DiMaggio/Powell 1983, 147). Sie nehmen sich also ebenfalls dem Isomorphismus-Postulat von Meyer/Rowan an und charakterisieren hierzu drei Mechanismen, die isomorphe Prozesse (Organisation als abhängige Variable) anleiten. Sie lauten, Isomorphismus durch:

- Zwang
- Mimesis
- Normativen Druck.

Alle drei Mechanismen werden als analytisch distinkt, in der Empirie jedoch als sich vermischende Kategorien verstanden. Isomorphismus durch *Zwang* beschreibt den formalen und informalen Druck, den Organisationen im Feld auf andere Organisationen ausüben und der u.a. durch hierarchische Differenzen ermöglicht wird. Ein Beispiel hierfür sind neu erlassene Gesetze (z.B. welche der ökologischen Modernisierung), die Organisationen zwingen, ihre Strukturen und Praktiken anzupassen (vgl. DiMaggio/Powell 1983, 149f.) Isomorphie durch *Mimesis* beschreibt die Situation, in der unter hoher Unsicherheit, unklarer Technologien und mehrdeutiger Zielvorstellungen die Organisationen dazu verleitet werden, sich erfolgreiche Lösungen bei feldrelevanten Organisationen abzukupfern oder aber sich durch Technologie- oder Personaltransfer einzuverleiben. Der

letzte Mechanismus des *normativen Drucks* beschreibt den Vorgang der Strukturangleichung durch Prozesse, die mit der Professionalisierung von Gesellschaften einhergehen. Der definitorische Einfluss von Professionen auf organisationale (Re-)Strukturierungsprozesse steige stetig an. Professionen seien für die kognitiv-normative Konstruktion von Exklusivitätskriterien für berufliche Tätigkeitsprofile, ihrer Inhalte und dem assoziierten beruflichen Ethos – dem Selbstverständnis, das mit der jeweiligen Profession und ihrem Tätigkeitsbereich verbunden ist – verantwortlich. So treiben Berufsverbände und formale Bildungssysteme die Professionalisierung von Berufen voran, geben Lizenzierungs- und Akkreditierungskriterien vor und entwickeln so nach innen – durch die Vernetzung innerhalb und zwischen den Professionen und ihren Interessenträgern – und außen – in Organisationen und ihre Planstellen – die selbst- und fremdlegitimatorische Norm einer durch professionelle Angestellte geführten rationalen Organisation. Professionalisierungsmechanismen haben in dieser Hinsicht strukturierenden Einfluss auf organisationale Felder (vgl. DiMaggio/Powell 1983, 152f.). Der Rolle von Professionen im Kontext der Arbeit der INSM wird nachfolgend eine genauere Analyse gewidmet.

3.2.2 Scott: Die drei Säulen von Institutionen

Mit seinen „three pillars of institutions“ legt Scott (2001) ein tragendes Analysekonzept der neueren neo-institutionalistischen Forschung vor. Er identifiziert drei unterschiedliche Elemente von Institutionen, was aber rein analytische Gründe hat, da in der Empirie meist Wechselwirkungen vorliegen. Jedes einzelne Element zeichnet sich durch distinkte Mechanismen aus, die zur (Re-)Produktion von Institutionen beitragen. Er unterteilt Institutionen in folgende drei Elemente:

- regulative
- normative und
- kulturell-kognitive.

Regulative Elemente (vgl. Scott 2001, 51-53) betonen den verhaltensbestimmenden Charakter von Institutionen. Dazu werden formale/informale Regeln in Form von Gesetzen und Vorschriften formuliert und in direkten Bezug zu (gesetzlichen) Sanktionen gestellt. Überwachende und hinreichend potente, d.h. legitimierte, Instanzen zur *zwanghaften* Durchsetzung dieser Regeln sind beispielsweise Gerichte oder Polizeieinheiten. Auch die gesetzgebende Gewalt eines Parlaments kann dahingehend als regulative Instanz bezeichnet werden. Dieses Element korrespondiert mit dem von DiMaggio/Powell benannten *zwanghaften Isomorphismus* (vgl. 2.2.2).

Normative Elemente (vgl. ebd., 54-56) von Institutionen beinhalten verbindliche Erwartungen über die *angemessene* Erreichung von sozial formulierten Normen. Die *Angemessenheit* bemisst sich daran, was als *wünschenswertes* Ziel definiert und durch Anwendung legitimer Mittel erreicht wird. Die Befolgung von positiv sanktionierten Normen erfolgt oft in standardisierten Formen des sozialen Austausches, wie sie sich exemplarisch in Rollenkonzeptionen finden. Jene beinhalteten Erwartungen werden gemeinhin als moralische Kategorien wahrgenommen und in Interaktionen reziprok als Verpflichtung empfunden und ggf. artikuliert. Die Ausübung von Rollen²⁶ bspw. signalisiert die Anerkennung dieser verbindlichen Erwartungen.

Kulturell-kognitive Elemente (vgl. ebd., 57f.) beziehen sich auf geteilte Vorstellungen, Bedeutungssysteme und symbolische Techniken, enthalten in tradierten Glaubens- und Handlungsorientierungen. In Form von „frames“ – Rahmen gesellschaftlich vermittelter Wahrnehmung – kommen grundlegende Schemata einer spezifischen Kultur zum Ausdruck, die die subjektiven Deutungsprozesse ihrer Mitglieder prägen und als Teile einer starken Internalisierung selbstverständliche, unterstützenswerte Teile des geteilten Wissensfundus werden. Instruktiv dazu sind die Arbeiten von Clifford Geertz (1973), Harold Garfinkel (1967) und die oben besprochene Wissenssoziologie von Berger/Luckmann (1966), sowie John W. Meyer (1977) und Lynn G. Zucker (1977; 1991). Die Bestimmung der drei konstitutiven Elemente fließt auch in Scotts Definition von Institutionen ein,

²⁶ Dazu auch ausführlich und für die weiteren Arbeiten instruktiv: Berger/Luckmann [1966] 2004, 76-83.

wenn er Institutionen verstanden wissen möchte als „social structures that have attained a high degree of resilience [which, K.M.] are composed of cultured-cognitive, normative, and regulative elements that, together with associated activities and resources, provide stability and meaning to social life“ (Scott 2001, 48). Der Institutionenbegriff und das Drei-Säulen-Modell von Scott sollen für die Analyse der INSM herangezogen werden.

3.3 Weiterentwicklungen zur Erklärung institutionellen Wandels

Um eine adäquate Analyse dynamischen institutionellen Wandels entwickeln zu können, bedarf es also der präzisierenden Präsentation ausgewählter theoretischer als auch methodischer Weiterentwicklungen:

- a) Institutionelle Logiken als „set“ aus materialen Praktiken und symbolischen Systemen nach Friedland/Alford (1991)
- b) Institutional Entrepreneurship nach DiMaggio (1988)

3.3.1 Friedland/Alford: Institutionelle Logiken

Die Ausblendung der Rolle strategischer Interessen und machtrelativer Konstellationen im Hinblick auf institutionellen Wandel ist ein oft erhobener Vorwurf gegenüber der hier diskutierten Theorie. Einen veritablen Ansatz zur Behebung des Problems legen Friedland/Alford (1991) mit ihrem Konzept der institutionellen Logiken vor. Laut der beiden Autoren (vgl. ebd., 248) kennzeichnet jede Institution eine zentrale Logik²⁷, welche sich aus „a set of material practices and symbolic constructions“ (ebd.) zusammensetzt und damit die „organizing principles“ (ebd.) in einem organisationalen Feld setzt. Die Autoren verstehen Institutionen somit als

„supraorganizational patterns of human activity by which individuals and organizations produce and reproduce their material subsistence and organize

²⁷ Beide Autoren führen dies in ansehnlicher Weise für die bedeutendsten Institutionen der modernen Gesellschaft – Kapitalismus, bürokratischer Staat, Demokratie, Kernfamilie, christliche Religion – vor.

time and space. They are also symbolic systems, ways of ordering reality, and thereby rendering experience of time and space meaningful” (ebd., 243).

Die darin enthaltene Dichotomie von materialen Praktiken und symbolischen Konstruktionen ist in jedem Fall eine zwingende, beide Elemente sind für das Zustandekommen einer Institution – und seinen *Wandel* – prämissiv. Die interne Relation ist dabei keine dualistische: materiale Praktiken – instrumentelle, in Machtstrukturen verankerte soziale Beziehungsmuster – und symbolische Konstruktionen – rituelle Bedeutungszuschreibungen – sind zwei Aspekte desselben Begriffs, ihre Beziehung einer der wechselseitigen Bedingtheit. So ist dann auch institutioneller Wandel zu verstehen als „associated with the creation of both new social relationships and new symbolic orders.” (ebd., 250) Doch wie kommt er zustande?

Für Friedland/Alford erwachsen Wandel und Zerrütung aus der Tatsache, dass die konkreten Inhalte institutioneller Logiken, welche zu jeder Zeit in einer modernen Gesellschaft *plural* vorliegen, widersprüchlich zueinander stehen und somit die Möglichkeit zur Manipulation eröffnen. Die Autoren konstatieren:

„Under some conditions, they [die Akteure, K.M.] are artful in the mobilization of *different* institutional logics to serve their purposes. Sometimes rules and symbols are internalized and result in almost universal conformity, but sometimes they are resources manipulated by individuals, groups, and organizations.” (ebd., 254)

Doch jeweils nur soweit, wie es die konkreten Inhalte der Logiken auch erlauben: denn die Grundlage individueller/organisationaler Selbstbestimmtheit und deren Fallstricke lägen in den widersprüchlichen Beziehungen unterschiedlicher Institutionen zueinander begründet, so Friedland/Alford (vgl. ebd., 255). Die Bedeutung dieser Beziehungen ist nur dann zu entziffern, wenn die widerstreitenden Logiken und ihre durch sie hervorgerufenen Opportunitäten und Limitationen durch eine Inhaltsanalyse

der distinkten Kategorien- und Glaubenssysteme sowie der intrinsischen Motivationen identifiziert und korreliert werden können. Welche Schwierigkeiten aber auch Möglichkeiten dieser komplexe, anti-reduktionistische Ansatz mit sich bringt, wird bei der Diskussion der diskursiven Ansätze im Methodenabschnitt (5) ersichtlich.

3.3.2 DiMaggio: „institutional entrepreneurship“

Die zugrunde liegende Problematik der Gewichtung von mikro- und makrosoziologischen (von akteurzentrierten gegenüber strukturalistischen) Aspekten wurde in den folgenden Jahren nach dem Beitrag von Friedland/Alford²⁸ (1991) zunehmend unter dem Schlagwort „institutional entrepreneurship“^{29,30} versammelt und dort diskutiert. Man befasste sich mit dem Paradox der „embedded agency“³¹ (Battilana/D’Aunno 2008; Holm 1995; Seo/Creed 2002). Wie ist es möglich, dass Akteure, die in multiple institutionelle Erwartungsstrukturen eingebunden sind, ihre strategischen Interessen verfolgen können und unter welchen Bedingungen kann dies aus der Perspektive organisationaler Felder erfolgreich sein? – das war die Frage, der man sich nun unter dem Gesichtspunkt der Erklärung organisationalen Wandels³² annahm.

Der Begriff des „institutional entrepreneurship“ wurde erstmals von Eisenstadt (1980) gebraucht, um Akteure zu beschreiben, denen wesentliche Beiträge zu einem strukturellen Wandel in der Rolle eines exponierten, mobilisierenden Konstituenten zugeschrieben werden können. DiMaggio

²⁸ Eine Nähe zum Konzept der institutionellen Logiken und den darin enthaltenen materialen *Praktiken* lässt sich auch im vermehrten Rekurs der Neo-Institutionalisten (vgl. Barley/Tolbert 1997; Lawrence/Suddaby 2006; 2009) - bei der Suche nach einem Konzept zur Integration des Akteurs - auf eine Soziologie der Praxis (oder: praxeologische Soziologie) eines Pierre Bordieu (1976; 1993; 2000) oder Anthony Giddens (1984, 1988) vorfinden. Beide genannten Autoren finden auch in der hier verhandelten *method of choice* – der wissenssoziologischen Diskursanalyse nach Keller – anerkennende Berücksichtigung.

²⁹ Diesem Ausdruck setzen Lawrence/Suddaby (2006) ihren Begriff des „institutional work“ entgegen, welche sie als „the purposive action of individuals and organizations aimed at creating, maintaining and disrupting institutions“ (2006, 215) verstehen und damit einen übergreifenden Rahmen für die in ihren Augen ausufernde Debatte über die Rolle von agency in Prozessen der (De-)Institutionalisierung (institutional change) vorlegen.

³⁰ Der Begriff soll hier synonym mit institutionelles Unternehmertum/institutionales Unternehmertum übersetzt werden.

³¹ Einen einführenden Artikel zum Begriff des gleichnamigen Schwerpunktes von Organization Studies 28 (07) haben Garud/Hardy/Maguire (2007) verfasst.

³² Die Möglichkeiten und Grenzen und die Idee archetypischer Merkmale von Organisationen haben Greenwood/Hinnings (1996) in ihrem umsichtigen Artikel: „Understanding Radical Organizational Change: Bringing Together the Old and the New Institutionalism“, AMR 21 (4), zusammenfassend und erweiternd dargelegt.

(1988) griff die Begrifflichkeit in seinem viel beachteten Artikel „Interest and Agency in Institutional Theory“ wieder auf, um der vorgetragenen Kritik am Neo-Institutionalismus, die er selbst als „Strukturmetaphysik“ beschrieb, Einhalt zu gebieten. Er versteht darunter organisationale Akteure, die durch eine ausreichende Ressourcenausstattung zum Wandel oder der Emergenz von denjenigen Institutionen beitragen wollen, in welchen sie „an opportunity to realize interest that they value highly“ (DiMaggio 1988, 14) sehen. Er versteht institutionelles Unternehmertum als komplexen politischen und kulturellen Prozess, dessen Produkt - die Institutionalisierung neuer Regeln, Praktiken, Überzeugungen, Werte, etc. – auf die konkret-politische, interessengetriebene Interventionen der Akteure zurückzuführen ist. Der Term „Institutionalisierung“³³ beschreibt nach DiMaggio sodann ein widersprüchliches, aber logisches Destillat und ist insofern ein strukturelles Argument: als erfolgreiches *Ergebnis*, welches auf die vorangegangenen politischen Anstrengungen und spezifischen Interessen von Akteuren zurückgeht, erzeugt Institutionalisierung die neuen Akteure, welche sodann interessen gesteuert daraufhin arbeiten, jene institutionelle Ordnung wieder zu delegitimieren, „to which they owe their own autonomy and legitimacy“ (DiMaggio 1988, 13).

Im Prozess der weiteren Deinstitutionalisierung alter Formen und Institutionalisierung neuer Formen rekurren institutionelle Unternehmer auf unterschiedliche soziale Fähigkeiten (Mobilisierung, Ausbeutung, Reinterpretation, Re-Framing, Überzeugung, uvm.), die zur Bearbeitung disparater institutioneller Logiken nötig sind, mit dem Ziel ihre institutionellen Projekte zu realisieren (vgl. z.B.: DiMaggio 1991; Fligstein 1997; Friedland/Alford 1991; Greenwood et al. 2002; Hargrave/Van de Ven 2008; Hensmans 2003; Rao 1998; Rao et al. 2000; Rao/Giorgi 2006; Seo/Greed 2002; Suddaby/Greenwood 2005). Dabei handelt es sich um einen Forschungsstrang von den ermöglichenden Bedingungen in organisationalen Feldern, die die Chancen einer erfolgreichen Intervention für institutionelle Unternehmer begünstigen. Von Schock- und Krisenszenarien in Form von sozialen Unruhen, Wettbewerbsveränderungen, regulativem Wandel, politischen Krisen oder technologischen Rückschlägen (Holm 1995;

³³ Die problematische Doppelcharakteristik des Begriffs hatte – wie zuvor schon angemerkt – Zucker (1977) bereits münzt und zu ihrem „organizations-as-institutions“-Ansatz inspiriert.

Fligstein 1997; Greenwood et al. 2002) bis hin zu feldspezifischen Unterschieden in den Graden der Heterogenität und Institutionalisierung spezifischer Regelstrukturen (Beckert 1999; DiMaggio 1988; Dorado 2005; Oliver 1992): es wurden zahlreiche Indikatoren für feldspezifische Opportunitätsstrukturen modelliert und anhand empirischer Erkenntnisse untermauert. Zur Analyse des institutionellen Unternehmertums griffen und greifen die überwiegende Mehrzahl der Forscher/innen dabei auf diskursive Methoden und Erklärungsvarianten zurück. Sie verstehen den immanenten Prozess überwiegend als diskursive Strategie von institutionalen Unternehmern, die Diskurse generieren, erfolgreich modifizieren oder durch „framing“-Prozesse und rhetorische Strategien substanziell diejenigen sozialen Prozesse der Konstruktion von Wirklichkeit beeinflussen wollen, welche den Institutionen vorausgehen und sie letztendlich ausformen. Man könnte mit Bezug auf den hier bearbeiteten Untersuchungsgegenstand konstatieren, dass, zumindest die wahrgenommene, diskursiv hergestellte Krisenhaftigkeit der Politik eine wesentliche Triebfeder³⁴ für nachhaltige De-/Institutionalisierungsprozesse und dazugehörige diskursive Anstrengungen im Feld der organisierten (öffentlichen) Interessenvertretung gewesen sein dürfte. Dies wird im Weiteren darzulegen sein.

3.4 Resümee und Ausblick

Da im zurückliegenden Kapitel mehr oder minder ausführlich dargelegt worden ist, wie Institutionen analytisch genauer (3.2.3.1), durch welche Begrifflichkeiten und Mechanismen strategischen Interessen adäquater (3.2.3.2) und wie dazu notwendige Akteurskonzepte akkurater (3.2.3.3) gefasst werden können, muss nun auf die Erarbeitung der für diese Arbeit wesentlichsten Weiterentwicklung hingewirkt werden. Es soll im Weiteren darum gehen, die bis hierhin geleistete theoretische Reflexion in der Problemsicht kulminieren zu lassen, die sich einem bei der Beschäftigung mit dem organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus entgegenstellt,

³⁴ Stellvertretend wird dabei, wie schon erwähnt, immer wieder auf die „Ruck-Rede“ von Roman Herzog rekuriert, die stellvertretend und zusammenfassend für die Wahrnehmung einer zugespitzten politischen Sackgasse gekennzeichnet wird.

nämlich dann, wenn man danach fragt, wie eine Vermittlung zwischen Organisationen, respektive individuelle/kollektive Interessen, und den sie umgebenden institutionellen Umwelten methodisch zu fassen ist. Wie unter 3.3.2 kurz erläutert, werden Institutionalisierungsprozesse, wird institutioneller Wandel als unternehmerisches Projekt von organisationalen Akteuren gedacht, welche in gezielter Art und Weise versuchen die Denk-, Sprach- und Handlungssysteme ihres organisationalen Feldes zu transformieren. Doch wie untersucht man diese Beobachtung systematisch? Dieser Forschungslücke gehe ich nach, indem ich das diskursive Modell von Institutionalisierungsprozessen (Philips et al. 2004) und die wissenssoziologische Diskursanalyse (Keller 2005; 2007; 2008) im nun folgenden Kapitel über die zu applizierende Forschungsmethodik (4) vorstelle.

4. Methodik: Diskursanalyse und Institutionalisierung

Im Zentrum der methodischen Ausrichtung steht also der Prozess der Institutionalisierung, der immerzu mit dem (graduellen) Wandel von bereits etablierten Regelstrukturen – Institutionen – der Verhaltensbestimmung, Bewertung und Deutung einhergeht. Der zu untersuchende institutionelle Wandlungsprozess wird also hier als einer gedacht und konzipiert, der in einer konkreten gesellschaftlichen Situation (spezifische Akteure und Positionen, Regeln und dazugehörige Sanktionsmechanismen, politische Konjunkturen und Kulturen, kurz: das organisationale Feld) entspringt, im Spiegelbild jener genannten und noch weiter zu explizierenden Faktoren erwächst und in Auseinandersetzung mit ihnen evoluiert. Akteursbasierte Erklärungsmodelle erscheinen dabei zunächst seltsam deplaziert, lag und liegt das Hauptaugenmerk doch somit auf den Umwelten, die als emergente Kultursysteme konzipiert, freischwebend über den Einflussphären der handelnden Menschen und kollektiven Akteure zu liegen scheinen. Dieser anti-reduktionistische Ansatz ist gleichsam Teil und Begleiter der Argumentation, für die eine neo-institutionalistische Forschungstradition – abseits all des theorieinternen Dissenses – steht (vgl. Schneiberg/Clemens 2006). Doch wie bereits mehrfach angedeutet, ist es eines der Anliegen dieser Arbeit, einen Beitrag zur weiteren theoretischen Elaboration dieses Spannungsverhältnisses zu leisten. Daher greife ich im Folgenden auf zwei unterschiedliche methodische Ansätze zurück, die sich dieser Aufgabe widmen und der Umsetzung meiner Forschungsintention – einem vertieften Verständnis von den Bedingungen der Möglichkeit und den Wirkungen organisationaler Phänomene wie der INSM - weiterhelfen. Zum Einen wird das diskursive Modell von Institutionalisierungsprozessen nach Philips/Lawrence/Hardy aufgegriffen, erläutert und später appliziert. Das als Vertreter eines organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus geltende Autorentrio moniert das Fehlen eines diskursiven Ansatzes zur adäquaten Erklärung von Institutionalisierungsprozessen. Der sodann sprachzentrierte Ansatz ist nach eigenen Aussagen explorativer Natur (vgl. Philips et al 2004, 648) und somit nur bedingt zur methodisch kontrollierten Anwendung auf ein konkretes empirisches (Sprach-/Text-)Phänomen anwendbar. Gleichwohl werden, wie gleich zu sehen sein wird, Hypothesen und grafische Modelle entwickelt, die selektiven Eingang in die hiesige

Untersuchung finden sollen. Zur detailreicheren methodischen Vorgehensweise, ziehe ich die – von Keller als Forschungsprogramm titulierte – wissenssoziologische Diskursanalyse heran, welche neben dem methodologischen Rüstzeug, wesentliche Überschneidungen mit den zentralen, hier als Relevant vorgestellten Theoriebausteinen aufweist. Der ohnehin schon seit jeher traditionellen Offenheit – wenn nicht gar Transdisziplinarität – der neo-institutionalistischen Organisationstheorie wird dieser methodische Vorstoß insofern gerecht, als dass damit die Anschlussfähigkeit an andere Wissenschaftsdiskurse hergestellt und die reflexive Anwendung für die theorieimmanente Diskussion erprobt wird.

4.1 Diskursives Modell von Institutionalisierungsprozessen

Einen Ansatz, der zum tieferen Verständnis von Institutionalisierungsprozessen den Faktor „Sprache“ in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt, legen Philips/Lawrence/Hardy (2004) vor. Als grundlegende Definition von Diskursen soll zunächst eine an anderer Stelle publizierte von Philips (zusammen mit Malhotra) dienen, die wie folgt lautet:

„Discourse, in general terms, refers to an interrelated set of texts and the associated practices of production, dissemination, and reception that bring an object into being“ (Philips/Malhotra 2008, 712).

Wie ist nun der Zusammenhang von sprachbasierten Diskursen und Institutionen zu verstehen? Philips et al. begreifen Institutionen als *durch* Texte und deren Einbettung in Diskurse hervorgebrachte soziale Konstruktionen (vgl. Philips et al 2004, 638). Dabei ist zu beachten, dass zwar alle³⁵ Institutionen durch Diskurse produziert werden, umgekehrt aber nicht alle diskursiven Elemente Institutionen darstellen, sondern nur jene

³⁵ Diese Aussage ist mit der Einschränkung zur Kenntnis zu nehmen, dass sie nur für moderne (post-)industrielle Gesellschaften und nicht bspw. für segmentäre Gesellschaftsformen gültig ist. Vgl. auch Fußnote Philips et al. 2004, 638.

„self-regulating, socially constructed mechanisms that enforce their application“ (ebd.), womit sie eine bekannte Definition von Jepperson (1991) aufgreifen.

Die Autoren betonen bei der Bedeutung von Texten vor allem ihren transzendierenden³⁶ Charakter, sowie ihre Funktion als informierende Medien zwischen Handlungen und Diskursen. Der Zusammenhang zwischen Handlungen, Texten und Diskursen wird im Folgenden dargestellt.

a) *Handlungen und Textgenerierung*

Die Produktion von Texten nimmt der Wahrscheinlichkeit nach zu, wenn Handlungen Prozesse des „sensemaking“ (H1) und der Legitimitätsperzeption (H2) auslösen. Der Prozess des „sensemaking“³⁷ geht auf die Arbeiten von Karl Weick, den prominenten Organisationspsychologen, zurück. Er versteht Organisationen als sinnkonstituierende Systeme, die Erwartungen, Gründe, Regeln, Erzählungen und Handlungen retrospektiv mit Sinn anreichern und so zu einer organisierten sozialen Realität *sui generis* gelangen. Für Philips et al. stellt „sensemaking“ ein wichtiger Mechanismus dar, da er ein verschriftlichter, ein linguistischer Prozess ist, in dem Sinne, dass neue Erscheinungen in Organisationen und ihren Umwelten (bspw. Handlungen oder Regeln) der retrospektiven Interpretation bedürfen; und diese sich über die Produktion, den Austausch und die Diskussion von Texten vollzieht (vgl. Philips et al 2004, 641), welche analysierbare Spuren („traces“) hinterlassen. Bezogen auf den hier untersuchten Gegenstand wäre dem adäquat zu untersuchen, wie die INSM auf neue Gesetzesvorhaben politischer Parteien ihrerseits mit der Produktion von Texten reagiert, sich diese Neuerungen sinnhaft und für die eigene Textproduktion erschließt. Denkbar wäre ebenso eine vermehrte Produktion von Texten, die Spuren von noch nicht gedeuteten, neuen Handlungen enthielten, im Fall einer veränderten Medienlandschaft, in der bis dato unbekannte Kooperationsschemata zwischen politischen und medialen Organisationen stattfinden und die die Durchsetzungsfähigkeit der organisierten INSM-

³⁶ Siehe auch bei Berger/Luckmann [1966] 2004, 41, 58f. und Kap. 2.1.4.

³⁷ Exemplarisch dargestellt in: Weick 1995.

Diskursstrategie in Unsicherheit brächte. Dieser weithin von *interna* abhängigen Fragestellung (H1) kann hier empirisch nicht entsprochen werden, da es schlichtweg an einem ungefilterten, barrierefreien Zugang zu relevanten Textkorpora mangelt. Die Analyse des Reform-Dispositivs wird evidenzbasierte Überlegungen hierzu gleichwohl enthalten.

Praktikabler in der Methodik und Überprüfbarkeit stellt sich lediglich Hypothese 2, die Legitimitätswahrnehmung einer Organisation betreffend, dar. Philips et al. rekurren hier auf die bereits ausführlich dargestellten Überlegungen zur Legitimitätsproblematik von Berger/Luckmann (vgl. Kapitel 3.1.4). Die Autoren nehmen (gemäß H2) an, dass Handlungen, die die Legitimität einer Organisation potenziell bedrohen, erhalten oder verstärken könnten, eher zur Textproduktion führen, als Handlungen, die keinen Bezug zur Legitimitätsdimension einer Organisation aufweisen (vgl. Philips et al. 2004, 642). Hier werden Pressemitteilungen und andere schriftliche Dokumente herangezogen und analysiert, die die organisationale Legitimität der INSM und ihre Krisenhaftigkeit betreffen.

b) *Texte und Diskurse*

Als nächster Schritt folgt die Frage nach der Einbettung von Texten in Diskursen. Es ist nämlich keineswegs so, dass Texte voraussetzungslos, in direkter Art und Weise in Diskursarenen einfließen, vielmehr muss ein Bündel von Voraussetzungen³⁸ erfüllt sein, damit diese Texte in Diskurse einfließen und am diskursiven Spiel teilnehmen dürfen. Welche Texte letztendlich in Diskurse – als diskursive Partikel – eingebettet werden, hängt der Wahrscheinlichkeit nach von drei Aspekten ab (vgl. Philips et al. 2004, 643f.):

- Der Text-Produzent bedarf:
 - einer legitimen Sprecherrolle
 - Ressourcen wie Macht oder formale Autorität
 - einer zentralen Position in einem Feld (H3).

³⁸ Auf diese institutionelle Dimension der Bedingung der Möglichkeit von Teilhabe am Diskurs wird in der Operationalisierung (Kap. V) eine wesentliche Rolle spielen.

Diese Ausführungen betreffen den Status der organisationalen Sprecherrolle als „legitimate agent“ (ebd., 643), den Ressourcenasymmetrien, die zwischen unterschiedlichen organisationalen Textproduzenten bestehen können und ein quasi Diktat von zu fixierenden Textinhalten des ressourcenstärkeren gegenüber des ressourcenärmeren Akteurs zur Folge haben und der Zentralität in einem gegebenen organisationalen Feld, welche für die Platzierung und Einbettung von textförmigen Semantiken in Diskursen *qua* Netzwerk-Verortung spricht.

- Das Text-Genre bedarf:
 - Zurechenbarkeit
 - Interpretier- und Verwendbarkeit für andere Organisationen (H4)

Ein Text-Genre meint eine typisierte Art von Kommunikation, die sich relativ zu situativen und zeitlichen Erwartungen verhält, wie z.B. Briefe, Aufnahmen, wissenschaftliche Bücher und Texte, Meetings oder Pressemitteilungen, die jeweils für spezifische Situationsanforderungen und zeitliche Settings konventionalisiert werden (vgl. ebd.). Texte, die einem Genre klar zugeordnet werden können, also der *Form* nach den situativ-zeitlichen Kriterien ihrer Verwendung entsprechen, haben einen Vorteil gegenüber Texten, die nur schwer klassifizierbar sind. Erscheint zudem der *Inhalt* eines Textes in anderen organisationalen Kontexten als interpretier- und verwendbar, so steigt die Chance, dass er dort widerhall findet beträchtlich. Die äußere Form der von der INSM veröffentlichten Texte, sowie ihre Reise durch andere organisationale Kontexte – Stichwort: Diskurskoalitionen – wird ein wesentlicher Punkt der Diskursanalyse sein.

- Die Verbindung zu anderen Texten/Diskursen im Sinne von:
 - Rekursivität zu anderen Texten und etablierten Diskursen (H5)

Hypothese 5 betrifft die Intertextualität von Texten (respektive Interdiskursivität), also ihre Bezüge zu bereits etablierten Bedeutungsgehalten in Form von Texten und Diskursen. Durch den Rekurs auf bereits bekannte und akzeptierte Sinn- und Bedeutungsgebilde sichert sich ein Text die Anschlussfähigkeit, die es braucht, um sich „Gehör“ zu verschaffen, um als diskursive Sinnverkettung zu erscheinen und damit handhabbar zu werden, um letztendlich potenziell in anderen Texten fortzuleben zu können. Die Analyse der legitimen Sprecherrolle (H3), der Genrehaftigkeit (H4) der INSM-Texte sowie diskursiver Strukturierungen und damit einhergehende Verkettungen (H5) werden ebenfalls ein Teil der Diskursanalyse stellen.

c) *Diskurse und Institutionen*

Diskurse verstehen die Autoren – um es erneut zusammenzufassen – als „structured collections of texts that exist in a particular field and that produce the social categories and norms that shape the understandings and behaviour of actors” (Philips et al. 2004, 638). Diese sinnstrukturierten Textaggregate stellen sodann, so die weiterführenden Hypothesen 6 und 7, die *konstitutiven* und *stabilisierenden* Elemente von Institutionen dar (vgl. ebd.). Jene Diskurse, welche kohärent und hochgradig strukturiert erscheinen (H6) sowie in Verbindung zu unterstützenden und/oder opponierenden Diskursen stehen (H7), bringen dabei der Wahrscheinlichkeit nach am ehesten Institutionen hervor.

Hypothese 6 betrifft den internen Grad der Konvergenz in Bezug auf die enthaltenen Deutungen und Themenbeschreibungen von Texten, die einen Diskurs als Ganzes konstituieren. Beziehen sich zudem die einem Diskurs zuzurechnenden Texte in klar strukturierter Weise aufeinander, wie etwa die Texte in wissenschaftlichen Spezialdiskursen, geriert die Sinnstrukturierung in Diskursen zu stabilen Deutungs- und Handlungsschemata, welche am ehesten eine relativ feste, institutionelle Verankerung erreichen können. Dieser These wird nachgegangen, wenn auf die Spezifika von öffentlichen Diskursen und den Reformdiskurs im Besonderen eingegangen wird. Die Konvergenz von routinisierten Bedeutungszuschreibungen im öffentlichen

Reformdiskurs und die Rolle der INSM sind hier im Besonderen zu berücksichtigen.

Hypothese 7 betrifft die Verhältnisse zwischen unterschiedlichen Diskursen, die besagt, dass solche Diskurse Institutionen verändern oder hervorbringen können, die sich selbst auf wohl etablierte Diskurse in komplementärer Art und Weise berufen und somit aus ihnen eine gewisse *legitimatorische* Kraft ziehen können. Es kommt zu einer gegenseitigen Verstärkung der Diskurse, die ihre „self-regulatory mechanisms“ (Philips et al. 2004, 645) bündeln, um zu größerer Deutungskraft in Bezug auf einen spezifischen Aspekt sozialer Realität zu gelangen, der sich gleichsam zu einer unterhinterfragten Regelstruktur, zur Institution entwickelt oder zumindest entwickeln kann. Die so entstandenen oder veränderten Institutionen ermöglichen bzw. beschränken ihrerseits die (vermeintlich textgenerativen) Handlungen, die sich dann wieder in Aussageereignisse materialisieren, usw.: der Zirkel schließt sich. Das diskursive Modell von Institutionalisierungsprozessen lässt sich abschließend in Form einer Grafik illustrieren:

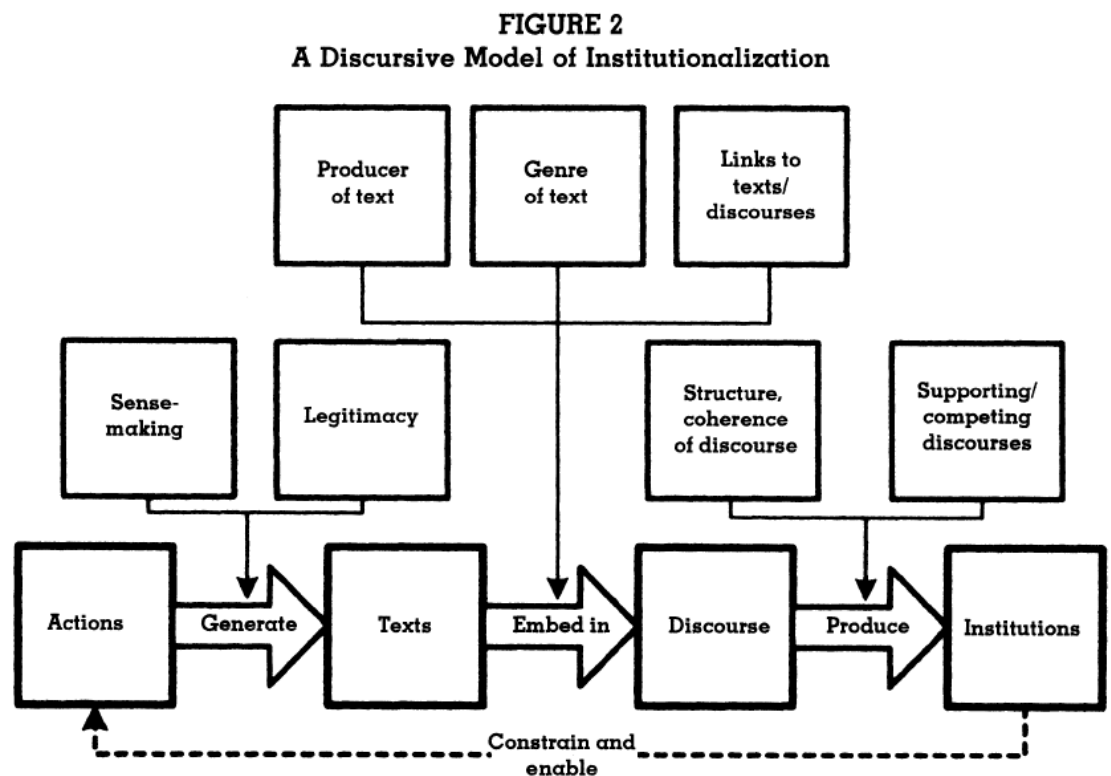


Abbildung 2: nach Philips et al. 2004, 641

Das Modell wird bei der Operationalisierung, sowie als Argumentationslinie für die abschließenden Betrachtungen herangezogen.

4.2 Wissenssoziologische Diskursanalyse

Reiner Keller beschreibt seinen zwischen der (post-)strukturalistischen Diskurstheorie von Michel Foucault und der interaktionistisch orientierten Wissenssoziologie von Berger/Luckmann (siehe Kap. 2.1.4) vermittelnden Ansatz der wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) wie folgt:

„Es geht ihr *erstens* darum, Prozesse der sozialen Konstruktion und Vermittlung von Deutungs- und Handlungsweisen auf der Ebene von institutionellen Feldern, Organisationen und sozialen Akteuren zu rekonstruieren. Im Anschluss daran untersucht sie *zweitens* die gesellschaftlichen Wirkungen dieser Prozesse. Es geht ihr dabei um die Konsequenzen von Diskursen auf der Ebene von Artefakten, sozialen Praktiken (Praxisfeldern), Kommunikationsprozessen und Subjektpositionen. Eine solche Perspektive unterstellt die Normalität der symbolischen Kämpfe, des Wettstreits der Diskurse. Dabei handelt es sich nicht um ein bloßes Wetteifern der ‚Ideen‘, im Gegenteil: es geht um eine Betonung der *Materialität* des Prozessierens von symbolischen Ordnungen und um ihre *wirklichkeitskonstituierenden Effekte*.“ (Keller 2005, 71).

Jene Verquickung einer prozessualen Mehrebenen-Analyse von inhaltlichen Semantiken (Konstruktion von Deutungs-/Symbolsystemen) mit der Verortung in materialen Praktiken, wie sie auch weiter oben schon als Zentral für den Ansatz von Friedland/Alford (vgl. Kap. 3.3.1) herausgestellt wurde, sowie der Bereitstellung eines methodologischen Konzeptes macht Kellers Ansatz für das formulierte Forschungsinteresse besonders fruchtbar. Er stellt Fragen zu den wissenschaftlichen Teildiskursen

„Wissensgesellschaft“, „Informationsgesellschaft“, „Kommunikationsgesellschaft“ und „Risikogesellschaft“ indem er gesellschaftliche Definitionsverhältnisse, die vorherrschenden Wissens-Ordnungen und Wissenspolitiken von Akteuren untersucht und dies stets in Zusammenhang mit den Wechselwirkungen bringt, die aus den Deutungskämpfen und den dazugehörigen (organisierten) Praktiken des Prozessierens von Deutungen und der Instantiierung von Wirklichkeit hervorgehen.

Hervorzuheben für das hiesige Forschungsunterfangen sind Fragen nach „Konsistenzen der Deutungsproduktion in Diskursen und Erfolge der Stabilisierung sowie Anerkennung der Diskursproduktion, institutionelle Konventionen und Dynamiken gesellschaftlicher Praxisfelder [...]“ (Keller 2008, 272) sowie weiterhin die prinzipielle Möglichkeit der Berücksichtigung von strategischen Interessen und Machtverhältnissen, der sich Keller mit seinem Ansatz nicht verschließen will. Er macht geradewegs klar, dass auch „die Rede von Interessen“ (ebd., 273) in eine sozialkonstruktivistische Analyse der diskursiven Bedingtheit dieser und anderer Veridiktionen³⁹ (Foucault) überführt werden kann, zumal so die einseitige sprachwissenschaftliche Ausrichtung konventioneller Diskursanalysen zugunsten einer reicheren, machtsensitiven soziologischen Interpretation erweitert werden könne. Dies ist gemäß dem hier gewählten Untersuchungsgegenstand der diskursiv-organisationalen Arbeit der INSM (als institutioneller Unternehmer) eine zielführende Methodenentscheidung. Dabei verfolgt das Forschungsprogramm von Keller eine Methodik der „interpretativen Analytik“ (nach Dreyfus/Rabinow), was soviel bedeutet, wie, dass textförmige Daten im Stile der hermeneutischen Wissenssoziologie einer Interpretation durch systematisches Reflektieren und Kontrollieren zugänglich gemacht werden. Gleichwohl Keller in Übereinstimmung mit qualitativ-interpretativen Forschungsansätzen feststellt, dass auch eine noch so rigide Kontrolle und intersubjektive Nachvollziehbarkeit der Forschungsarbeit kein absoluter Garant für eine grundsätzliche Verallgemeinerbarkeit der getroffenen Aussagen darstellen kann (vgl. Keller 2008, 270).

³⁹ Eine Definition und Anwendung findet sich weiter unten, bei der inhaltlichen Analyse der INSM-Diskursproduktion, siehe Analyse der Narrativstruktur 6.1.3 sowie Dispositiv-Analyse 6.2.3.

Diese Einschränkung sehr allgemeiner sozialwissenschaftlicher Natur soll allerdings nicht davon abhalten, das engagierte Forschungsprogramm vorzustellen und anzuwenden. Es kann im Rahmen dieser Arbeit nicht darum gehen, sich dieser Problematik in gesonderter Weise anzunehmen, noch den weiten Weg von den Anfängen der Wissenssoziologie und Diskursforschung bis zur heutigen Kellerschen Synthese nachzuzeichnen. Alle relevanten forschungs- und methodologischen Gesichtspunkte werden nachfolgend behandelt, wobei Grundlegend zwischen einer inhaltlichen Strukturierung von Diskursen und der Analyse von diskursiven Praktiken der am Diskurs beteiligten Akteure unterschieden wird.

Die inhaltliche Struktur eines Diskurses gibt Aufschluss über die einem Regelsystem folgenden Semantiken verstreut auftretender Aussageereignisse, die gemeinsam die „*Regeln der Bedeutungserzeugung*“ (Keller 2008, 133) eines Diskurses konstituieren. Als Praktiken wiederum stellen strukturierte Aussagen jene Konvolute dar, die – um Foucaults berühmte Worte zu zitieren – „[...] systematisch die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen“ (Foucault 1988, 74). Die Analyse der inhaltlichen Semantiken in Diskursen legt also einerseits Zeugnis davon ab, welche Möglichkeiten des „von etwas sprechen“ angeboten werden und andererseits konstituiert es auch, was ausgeschlossen, was im Diskurs semantisches Tabu bleibt. Die inhaltliche Analyse der Bedeutungsgenerierung identifiziert ein typisiertes Konglomerat von Konzepten der wissenssoziologischen Hermeneutik. Dazu zählt die Analyse der Deutungsmuster/Klassifikationen, der Phänomen-/Problemstruktur und der narrativen Struktur eines Diskurses. Die einzelnen Elemente der inhaltlichen Strukturierung von Diskursen werden nun kurz vorgestellt und später appliziert.

a) *Problemstruktur*

Die Problemstruktur von Diskursen bezeichnet die diskursiv zugeschriebenen Aspekte des Bezugspunktes, des Themas, die für die Konstitution des Gegenstandes im Diskurs sorgen. Die spezifische Auswahl der Aspekte und ihre Verknüpfung – worunter eine spezielle Formung und Auswahl assoziierter Begriffe, Problemdimensionen, Kausalattributionen, Verantwortlichkeiten sowie Wertungen (moralische, ästhetische) und

(Handlungs-)Direktiven verstanden werden können – führt zu einer gesonderten „Phänomenkonstellation“ (ebd.). Dem begrifflichen Vorschlag der „Phänomenstruktur“ von Keller, der im Rahmen seines breit angelegten Forschungsprogramms durchaus nachvollzogen wird, soll hier aber gerade aus dem Grund nicht nachgekommen werden, da er verschleiern würde, was der Begriff der „Problemstruktur“ in Bezug auf die hier untersuchte Fragestellung gerade klar macht: Es geht um die diskursive Auseinandersetzung über soziale Probleme und den Mechanismus der erfolgreichen Problemrahmung zur politischen Durchsetzung einer kollektiv geteilten Problemstrukturwahrnehmung im Reformdiskurs (vgl. ebd., 249). Die Problemstruktur eines Diskurses kann weiterhin nach zwei Aspekten unterschieden werden:

- dimensionale Erschließung
- inhaltliche Ausführung (vgl. ebd., 251).

Die dimensionale Erschließung meint die Rekonstruktion der allgemeinen Aspektkategorien, in die sich einzelne Aussageereignisse im Diskurs einordnen lassen. Sie dient der Bildung von Kodierschemata, gemäß der grounded theory (vgl. Glaser 1978/ Glaser/Strauss 2005); ordnet also die genannten spezifischen Ausformungen zu Kategorien.

Die inhaltliche Ausführung soll die typischen Muster, die Regeln dessen benennen, was als Inhalt eines Diskurses in Frage kommt.

b) Deutungsmuster/Klassifikationen

Deutungsmuster stellen nach Keller kollektive Produkte dar, die typisierte Interpretationsschemata über die gesellschaftliche und natürliche Umwelt im gesellschaftlichen Wissensfundus bereithalten und dadurch in Deutungs- und Handlungsakte gesellschaftlicher (individueller wie kollektiver) Akteure einfließen (vgl. Keller 2008, 240f.). Dabei ist es typisch für eine WDA, dass sie nicht nur den tradierten Wissensfundus untersucht, sondern vor allem den Prozess der Entstehung, Verhandlung und Verankerung von neuen Deutungsmustern in Diskursen analysiert und zwar, indem diese als zu untersuchende Produkte der „Deutungsarbeit sozialer Akteure“ (2008, 243) konstruiert werden. Komplementär zu Deutungsmustern, halten

Klassifikationen kategoriale Einteilungen der Welt bereit, die klären, als was ein Phänomen zu gelten hat. Basale Unterscheidungen wie Natur/Gesellschaft sind damit gleichermaßen bezeichnet, wie die Frage welche kategoriale Bedeutung eine wissenschaftlichen Entdeckung – bspw. die Entschlüsselung des Genoms – nun für die Gesellschaft zu kommt: Risiko oder Chance? Dies gilt es diskursiv zu verhandeln und zu *entscheiden*. Kategoriale Unterscheidungen sind in Form von Diskursen immer als beides denkbar: als implizite, dem Sprachgebrauch zugrunde liegende Einteilungen, als auch als explizite, mit Handlungsaufforderungen versehene explizite Klassifikationsskripte, deren performativer Erfolg letztlich von der dispositiven Einbettung, also ihrer Institutionalisierung in diskursiven Macht-Wissen-Komplexen abhängt (vgl. ebd., 248).

c) *Narrative Struktur*

Den Zusammenhang der soeben skizzierten Bausteine der inhaltlichen Strukturierung von Diskursen stellt dann die Analyse der narrativen Struktur, des plots oder der story line, her. Es geht also darum, jene Geschichte zu rekonstruieren, die ein Diskurs oder – und das ist der Fall in meiner Arbeit – ein Diskursakteur erzählen. Es gilt herauszuarbeiten, welche spezifische Beziehung zwischen Deutungsmuster, Klassifikation und Problemstruktur durch den Akteur konstruiert wird. Die narrativen Aussageereignisse in öffentlichen Diskursen bringen „(bestreitbare) Weltzustände als Erzählungen“ (Keller 2008, 252) hervor, die sich vor allem in Form von „causal stories“ (Stone 1989) sehr unterschiedliche Handlungs- und Diskursstränge zu einer dem Akteur wunschgemäßen Erzählung zusammenfügen. Eine Adaption der besprochenen Dimensionen der inhaltlichen Strukturierung von Diskursen erfolgt im Rahmen der Operationalisierung (5.2.1).

Zur Analyse der Bedeutungsstrukturierung von Diskursen kommt nun die die der Materialität von Diskursen hinzu: im Blickpunkt stehen die diskursiven Praktiken, die sie ausführenden Akteure, ihre Konstellationen und Koalitionen und die zugrunde liegenden und zwischen Diskursen und Akteuren vermittelnden Infrastrukturen, die im Rekurs auf Foucault Dispositive genannt werden.

a) *Diskursive Praktiken*

Eine erste Kategorie der Materialitätsanalyse stellen die diskursiven⁴⁰ Praktiken der Diskurs(re)produktion. Dies betrifft die Regulation von Sprechweisen und Bedeutungsattribution diskursiver Aussageereignisse. Keller hat hier die Muster „legitimer Äußerungsformen und Handlungsweisen im Diskurs, [...] etwa (Regeln für) die Verfassung wissenschaftlicher Texte, legitime Vortragsstile, [...] auch die Schrift- oder Sprach-Genres bzw. kommunikative Gattungen auf institutionell-organisatorischer Ebene“ (ebd., 255) vor Augen. Es handelt sich also wiederum um wissensbasierte Modelle von „taken for granted scripts“ (DiMaggio/Powell 1991, 15), die Auskunft über die angemessene Partizipation an Diskursen geben. Ihnen kann sich der soziale Akteur in mehr oder minder ausgeprägt taktischer Manier nähern, worauf sich später wieder bezogen wird, wenn es in der Diskursanalyse um das institutionelle Unternehmertum der INSM gehen wird.

b) *Diskursive Formation: Akteure, Diskurskoalitionen*

Unter dem Aspekt der Materialität werden ferner soziale Akteure im Hinblick auf ihre Sprecherpositionen untersucht, also darauf, inwiefern sie an der Produktion von Diskursen *als* soziale Akteure beteiligt sind. Sie sind dies in doppelter Weise: Zum Einen setzen sie durch ihre Sprechakte Diskurse erst in Gang, ermöglichen ihre Transformation oder „bringen“ Diskurse zum Schweigen. Sie erbringen die zur Diskursformierung nötigen „materiellen, kognitiven und normativen“ (Keller 2008, 253) Leistungen. Andererseits sind Diskurse und diskursive Infrastruktur ihnen vorgängig, was bedeutet, dass sie stets nur regelgebunden in Diskurse deutend intervenieren können. Die Interventionsfähigkeit hängt – wie schon bei Philips et al. unter 4.1 gezeigt – von einer legitimen Sprecherposition ab, für die unterschiedliche Qualifikationen (wie zentrale Stellung in einem Feld, Ressourcenausstattung, formale Bildungsabschlüsse, etc.) prämissiv sind. Akteure lassen sich in der WDA daher letztlich nur als Träger sozial

⁴⁰ Keller beschreibt dabei ebenso „nicht-diskursive“ Praktiken, sowie diskursgenerierte Modellpraktiken und diskursexterne Praktiken der Diskurs(re)produktion (vgl. Keller 2008, 255ff.), die hier aber ausgespart werden müssen, da sie kein Teil der hier angestrebten WDA sind.

konventionalisierter Rollen konzipieren, die Interessen einer sozialen Gruppe (oder eines Diskurses) vertreten, nicht ihre eigenen, je individuellen Präferenzen (vgl. Keller 2008, 253). Zu diesem Zwecke mobilisieren soziale Akteure unterschiedlichste Mittel wie „Faktenwissen, [...] gängige Alltagsmythen, Klischees, Symbole, Bilder“ (ebd., 254). Sie erzeugen durch den Rekurs auf diese Strategeme eine kollektive Identität, wodurch sie auch für andere soziale, am Diskurs beteiligte Akteure – nicht nur im oppositionellen Sinne – interessant werden. Es kann zur Herausbildung sog. „Diskursgemeinschaften“ (Wuthnow 1989) oder „Diskurs-Koalitionen“ (Hajer 1995; Keller 1998) kommen. Strategischen Koalitionen sind gerade in öffentlichen Diskursen oft fragil, widersprüchlich und häufigen Wandlungen unterworfen, nichts desto trotz gehen von Koalierungsprozessen immer wieder diskursive Impulse aus, die sowohl den Werdegang des Diskurses als auch die Besetzung von Sprecherpositionen und deren Träger – die sozialen Akteure – beeinflussen.

c) *Dispositive*

Zu guter Letzt wird noch der Pfad der Dispositivanalyse aufgenommen, die Keller von Foucault übernommen hat. Der Begriff Dispositiv umfasst vielerlei, mit Foucaults Worten: „ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architektonische Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebensowohl wie Ungesagtes umfasst“ (Foucault 1978, 119f.). Keller begreift Dispositive als die Infrastruktur der Diskursproduktion sowie die Anwendungsanleitung der durch sie vermittelten Deutungs- und Handlungsweisen in sozialen Praktiken. Das Dispositiv fungiert als ordnendes Scharnier zwischen den diskursrelativen, deutenden Definitionen des „was ist?“ und „was soll sein?“ und der individuellen/organisationalen Verwirklichung dieser Situationsdefinitionen (vgl. Keller 2008, 258f.). Dispositive werden dann wirkmächtig, wenn es sozialen Akteuren gelingt, spezifische Diskurse zu *institutionalisieren*. Hier ist die begriffliche Verbindung angezeigt, die auch SNI und WDA nebeneinander denkbar werden lässt: der Zusammenhang zwischen dem

Inhalt von Gesprochenem und der Applikation bzw. Realisation dieser artikulierten Semantiken in organisationalen (respektive akteursbasierten) Praktiken. Dieser enormen dispositiven Ordnungskraft, die von der *Institutionalisierung* eines spezifischen Diskurses oder Verlaufs eines Diskurses ausgeht, wird sich bei der abschließenden Betrachtung der Diskursanalyse (6.3) gewidmet.

5. Operationalisierung: Die INSM – Zustand und Prozess

Nun ist der Fortlauf der Darstellung an dem Punkt angekommen, an dem es nötig und möglich erscheint, eine Operationalisierung des Forschungsvorhabens zu entwickeln. Dazu wird in einem ersten Schritt (5.1) eine deskriptive Feldanalyse vorgestellt, die skizziert, welche relevanten institutionellen Umwelten die INSM umgeben, um daraufhin konstatieren zu können, welche strukturellen Ausprägungen bei der INSM letztlich für eine stabile institutionelle Einbettung in das organisationale Feld der organisierten Interessenvetretung – mit dem Fokus auf die Intervention in die politische Öffentlichkeit – sprechen. Die Erläuterungen zum Zusammenhang von Handlungen – hier verstanden als diskursive Praktiken eines kollektiven Akteurs – Diskursen und Institutionen schließen sich an, was bedeutet, dass im Rekurs auf die zuvor geleistete methodische Ausrichtung (vgl. Kap. 4) der Versuch unternommen wird, jene zur Entwicklung der prozessualen Analyse auf die relevanten INSM-Aspekte anzuwenden. Dazu wird das begriffliche Raster für die Diskursanalyse entwickelt (5.2). Dies differenziert sich in zwei Titel und Teile aus:

einerseits wird dem Strategischen Interessenpolitikmanagement (5.2.1) nachgegangen, welches im Kern die Frage nach der diskursiven Konstitution (Diskurshoheit) betrifft, andererseits wird die Materialität der diskursiven Praxis der INSM (5.2.2) sowie die diskursive Formation problematisiert – welche mit der Legitimitätsthematik korrespondieren –, um aufzuzeigen, in welchem Spannungsverhältnis diskursive Praktiken unterschiedlicher Akteure, Diskurse und Institutionen stehen. Die letzten beiden wesentlichen Schritte stehen dann, um es vorwegzunehmen, im Zeichen der eigentlichen Diskursanalyse (6) anhand ausgewählter diskursiver Partikel (Texte, Artefakte, etc.) und der Überführung der gesammelten Erkenntnisse in eine abschließende Analyse des Reform-Dispositivs, welche in einer Konklusion über die interdependente Trias *diskursive Praxis-Diskurs-Institution* (6.2.3; 7) zur abschließenden Betrachtung geriert.

5.1 Die institutionelle „embeddedness“ der INSM – eine deskriptive Feldanalyse des organisationalen Feldes „politische Öffentlichkeit“

Die nun folgenden Überlegungen fußen auf den weiter oben ausführlich dargelegten Gedanken von DiMaggio/Powell (1983) zur Verortung und Relationierung von Organisationen in einer spezifischen organisationalen Umwelt. Institutionen fungieren in ihnen dabei *als* Medien zwischen den mit dem Feld assoziierten Organisationen. Das Phänomen „INSM“ soll damit als eine in ein bestimmtes organisationales Feld mit distinkten institutionellen Erwartungen eingebettete Organisation modelliert werden. Diese Kontextanalyse ermöglicht es, die Strukturausprägungen der INSM auf die politischen und ökonomischen Problemlagen und daraus erwachsene institutionelle Erwartungen zu beziehen, die im organisationalen Feld evidenter Weise vorliegen und auf die INSM einwirken. Das relevante organisationale Feld wird hier „politische Öffentlichkeit“ genannt und meint damit potenziell alle Organisationen, die am Prozess der massenmedialen Konstruktion und Diskussion von politischen Sachthemen teilnehmen und

dabei unterschiedliche Ziele, d.h. Interessen verfolgen. Dabei sind als in einem perzeptions- und legitimitätsrelevanten Verhältnis stehende *Organisationstypen* in Bezug auf die INSM folgende:

- politische Organisationen wie Parteien, (parteinahe) Stiftungen Verbände, Gewerkschaften, Soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen usw.
- wissenschaftliche Politikberatungsinstitute (Think-Tanks)
- (massen-)mediale Organisationen wie Zeitungen, Zeitschriften, Magazine und deren Verlage, Fernseh- und Rundfunkanstalten usw.
- privatwirtschaftliche Kommunikationsagenturen wie Politikberatungsunternehmen, Unternehmens- und PA-/PR-Beratungen, die dezidiert massenmediales Lobbying betreiben.

Es wird also von informellen Formen der Interessenartikulation und -durchsetzung differenziert, denen nach wie vor ein hoher Stellenwert zukommt und die sich ja – wie zu Beginn dargelegt – selbst unter dem Wandel der organisierten Interessenvertretungsmuster transformieren und gegenwärtig unter dem Schlagwort Lobbying (vgl. exemplarisch Kleinfeld et al. 2007; Lösche 2007; Leif/Speth 2006) diskutiert werden.

Diese Engführung der Perspektive lenkt den Blick auf die Leistungen der Massenmedien und ihren Medienorganisationen, die im öffentlichen kommunikativen Austausch von organisierten Interessen, politischen Parteien und selbst- oder fremdproduzierten Informationsprodukten bestrebt sind, massenhafte Aufmerksamkeit für politische Themen zu erzeugen und sie zu verhandeln. Interessant für die Konstruktion einer organisationalen Feldanalyse ist hierbei insbesondere die Arbeit von Donges (2008), der Medien als Institutionen (nach dem Scottschen Drei Säulen-Modell) konzipiert, als Teile der institutionellen Umwelt von politischen Organisationen (vgl. ebd., 133-145). Für das organisationale Feld identifiziert er diesbezüglich die drei Mechanismen der Isomorphie wie folgt: *Zwang* erscheint in Form von „Selektions-, Präsentations- und Interpretationsregeln“ (Donges 2008, 139), die die Informationserzeugung politischer Organisationen anleiten; *normativer Druck* entsteht bspw. durch die Berufsrolle der professionellen Kommunikatoren (wie etwa PR-Berater),

die gezielt zur Durchsetzung einer medienkonformen Informationserzeugung darauf hinwirken, die durch die Profession formulierten Anleitungen und Verfahrensweisen eines rationalen Umgangs mit Medienorganisationen immerfort zur Anwendung zu bringen (vgl. ebd.); Imitation sieht Donges bspw. dort walten, wo verunsicherte politische Organisationen qua Beobachtung von organisationalen „best-practice“-Modellen⁴¹ im organisationalen Feld sich dazu veranlasst sehen, diese meist wohlklingenden Modelle in die eigenen Strukturen und Praktiken übergehen zu lassen. Wenn bspw. Parteien des rechten Spektrums versuchen, sich als Bewegungsparteien zu inszenieren (vgl. ebd., 140). Die Mechanismen der Isomorphie werden nun – vor dem soeben skizzierten Hintergrund der Konzeption von Medien als Teil der institutionellen Umwelt von (politischen) Organisationen – auf die Einbettung der INSM in das organisationale Feld der politischen Öffentlichkeit bezogen.

5.1.1 Wissenschaftliche Expertise

Die wissenschaftliche Arbeit (sowie die Rechtsform) der INSM sind, wie bereits erwähnt, eng verbunden mit dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) (vgl. Kap. 2.2). Das IW bezeichnet sich selbst als Dienstleister der deutschen Wirtschaft, sein produziertes Wissen als im Sinne einer Anwaltschaft für marktwirtschaftliche Prinzipien (vgl. IW1) zu verstehendes und die Art des publizierten Wissens als auf „Aktualität, inhaltliche Originalität und öffentliche Relevanz“ (ebd.) hin ausgerichtetes, fern jedweder Verortung im akademischen Elfenbeinturm. Es setze seine „Arbeitsergebnisse um in konkrete Dienstleistungen und publizistische Produkte“ (ebd.). Die klare marktwirtschaftliche und auf den Dienstleistungsmarkt „politische Kommunikation“ hin ausgerichtete Selbstdarstellung führt dann auch zu einer Identifikation als Think-Tank, der als interessengeleiteter⁴² Ideenmakler (vgl. Thunert 2003; Braml 2004, Speth 2004) und weniger als auf (Grundlagen-)Forschung fokussiertes Institut – auch akademische Denkfabrik genannt – zu charakterisieren ist.

⁴¹ Ausführlicheres dazu unter 6.2.3.

⁴² Die Begrifflichkeiten sind hier unterschiedlich: advokatorisch (vgl. Gellner 1995; Speth 2004), advokatisch (vgl. Thunert 2003; Braml 2004) oder auch „politisch-ideologisch festgelegt“ (ebd.) werden hier als synonym betrachtet und allgemeiner als „interessengeleitet“ zusammengeführt.

Diese Ausrichtung spiegelt – bei aller Heterogenität zwischen den einzelnen Think-Tanks – zwei grundlegende, sich komplementär zueinander verhaltende Tendenzen der Strukturangleichung durch *Zwang* im organisationalen Feld der politischen Öffentlichkeit wider:

- die institutionelle Erwartung politischer Organisationen – vor allem politischer Parteien – nach prägnanter, einfach verständlicher, in das medialisierte Politikgeschäft und dessen Handlungsspielräume mühelos zu übersetzender wissenschaftlicher Expertise (Trivialisierung)
- die institutionelle Erwartung medialer Organisationen nach klar positionierten, zugespitzten Informationen (Polarisierung).

Erstere Erwartung lässt sich mit einer „Trivialisierungskompetenz“ (Priddat 2003, 49) zusammenfassen, die den Anspruch der Politik nach Komplexitätsreduktion widerspiegelt: der Politiker erwartet klar formulierte wissenschaftliche Thesenpapiere, kurz: „policy briefs“, die ihm (mindestens) sagen, welche/r wissenschaftliche Aspekt oder Perspektive bei der anstehenden politischen Diskussion (oder: Entscheidung) besonders relevant erscheint und ihm dabei helfen, die enthaltenen Aspekte vor einem (Massen-)Publikum als besonders dringlich und deren Adaption als simple Notwendigkeit zu konstruieren. Im Gegensatz zu der älteren, überwiegend durch staatliche Gelder gesicherten akademischen⁴³ Think-Tank-Forschung, die auf Langzeitstudien und Grundlagenforschung fokussiert, zeitigt die Verlagerung auf *short-term studies* in Zeiten pluralistisch-lobbyistischer Interessenvertretung die wachsende politische Nachfrage nach punktgenauer, auf einzelne *policies* und Vermittlung hin ausgerichtete Wissenschaftsexpertise. Diese Erwartung *fördert* und *fordert* auf Seiten der Think Tanks, die politisch-mediale Relevanz erlangen bzw. bewahren möchten, die Haltung einer adäquaten Erstellung wissenschaftlicher Analysen, nämlich in Form *politikgerechter, marktförmiger Wissens-Dienstleistung* (vgl. auch: Gellner 1995, 230ff.). Der assoziierte Mechanismus ist der der Isomorphie durch *Zwang*.

⁴³ Für einen umfassenden Überblick über parteinahe Stiftungen und mischfinanzierte Institute, siehe Braml 2004.

Die zweite angesprochene Erwartungshaltung von Seiten der Medien beschreibt komplementär zur ersten institutionellen Erwartung, unter welchen Bedingungen ein Think-Tank seine Resonanz in den Medienorganisationen herstellen kann: durch informationelle Polarität. Er *muss* seine wissenschaftlichen Positionen möglichst kontrovers darstellen, da er nur so auf mediale Resonanz stoßen könne, denn häufig ist es der Fall, dass „demands by the media also undermine to some extent efforts to maintain a neutral image“ (Weaver 1989, 572). Die Medien strebten immerzu nach der Konstratierung von Positionen und dies befördere vor allem jene Think-Tanks an die mediale Oberfläche, die ein „clear ideological image“ (ebd.; dazu auch, teils widersprüchlich Weaver 2000) aufweisen könnten. Diese nach „Selektions-, Präsentations- und Interpretationsregeln“ (Donges 2008, 139) geleitete Medienlogik fungiert hier als Mechanismus der Strukturangleichung durch *Zwang*. Die Beobachtung korrespondiert mit einer Umfrage unter deutschen Think-Tank Managern, wonach 77,6% aller befragten Manager eine klare politische Profilierung auf Seiten der Think-Tanks als den einfachsten Weg zu mehr medialer Sichtbarkeit erachten (vgl. Braml 2004, 197). Dies spiegelt auf plakative Art und Weise ein ziemlich kongruentes Bewusstsein der Protagonisten im Hinblick auf ihre institutionelle Umwelt wider.

5.1.2 Bewegungsästhetik

Ein Schwerpunkt der Medienarbeit der INSM liegt auf der Inszenierung von Protest und der Ideenvermittlung *durch* prominente Persönlichkeiten, respektive *Bürger* in der sozialen Rolle des Kurators, Botschafters und „Testimonials“ (vgl. für eine erste Übersicht: INSM-Botschafter1 sowie INSM-Botschafter2). Die Selbststilisierung als bürgerliche Reformbewegung kulminiert im Titel eines, von den damaligen Geschäftsführern verfassten, Artikels namens: „Die INSM als Anwalt der Bürger“ (vgl. Enzweiler/Rath 2004). Diese nun zu erläuternden Verfahren zur Generierung von medialer Aufmerksamkeit entlehnen sich der Eingangs erwähnten Medienlogik und ihrer inhärenten Selektions- und Interpretationsregeln. Doch als Urheber dieser organisationalen

Medienpraxis können die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert entstandenen „Neuen Sozialen Bewegungen“ (für einen Überblick siehe: Buechler 2000; Kern 2008) gelten. Ihre zivilgesellschaftliche Einbettung geht zu Beginn einher mit einer basisdemokratischen Selbstorganisationspraxis, die größtenteils auf gewaltfreien Protest und politischen Aktionismus setzte, mittlerweile aber auch (je nach Ausrichtung, Größe und damit hierarchischem Organisationsgrad) klassische Lobbyarbeit und wissenschaftliche Expertise beinhaltet. Sie alle eint, dass sie gesellschaftliche Modernisierung, respektive sozialen Wandel, vorantreiben möchten und dies als kollektive Akteure durch die Vertretung „schwacher Interessen“ (Sebaldt/Straßner 2004) organisieren. Sie fungieren damit als *Intermediäre* zwischen Staat, Markt und privater Sphäre. Als prominente und von personaler Prominenz unterstützte Groß-Organisationen können Greenpeace, PETA oder der BUND gelten. Greenpeace⁴⁴ im Besonderen, ist weltweit bekannt für seine mediengerechten Aktions- und Protestformen, die der Organisation eine hohe mediale Präsenz und gesamtgesellschaftliche Reputation eingebracht haben, die sich auch in politischem Einfluss niederschlägt. Die These und der Begriff von der „Bewegungsgesellschaft“ (Neidhardt/Rucht 1993) zeugen von der zunehmenden Verbreitung und Akzeptanz von organisierten Formen des sozialen Protests, sie können als ein „taken-for-granted“ einer medialisierten politischen Kultur gelten, sogar auf globaler Ebene (vgl. Kern 2008). Dies lässt sich dann auch daran belegen, dass die Form politischen Protests nicht mehr nur organisationale Repräsentanten „schwacher Interessen“ für sich geltend machen, sondern „zunehmend auch von etablierten Gruppen wie Parteien-, Interessen- und Berufsverbänden genutzt [werden, K.M.], um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen“ (ebd., 15). Gleichwohl diese etablierten Gruppen, insbesondere auch die INSM und ihre konstitutive Rückbindung an den Wirtschaftsverband Gesamtmetall, also nicht zum „Dritten Sektor“ (vgl. Sebaldt/Straßner 2004) hinzugezählt werden können, greifen sie auf die Mobilisierungs- und Handlungsformen des politischen Protests in mediengerechter Ästhetik zurück und imitieren dabei simultan ein Interesse am Wohle Dritter (dem Gemeinwohl) unter basisdemokratischer Ägide, bei

⁴⁴ Siehe etwa die spektakuläre Protestinszenierung bezüglich der Auseinandersetzung um den Öltanker „Brent Spar“, vgl. Berens 2001; aus gänzlich anderer Perspektive, siehe: Luhmann 2006.

völligem Verzicht auf ein Streben nach dem eigenen ökonomischen Vorteil. Für diese mittlerweile institutionalisierte *symbolische* Form⁴⁵ der organisierten Interessenvertretung im organisationalen Feld einer medial vermittelten politischen Öffentlichkeit, lässt sich auf Seiten der etablierten Interessenvertretungsgruppen der Mechanismus der Isomorphie durch *Mimesis* konstatieren. Die hohe Unsicherheit im Feld der organisierten Interessenvertretung, hervorgerufen durch zahlreiche Wandlungsprozesse (in dieser Problematik insbesondere das Aufkommen neuer Akteure und dem dadurch verschärften Wettbewerb, siehe: Kap. 2; 2.1-2.2), führt demnach zur Imitation erfolgreicher organisationaler Lösungen (vgl. DiMaggio/Powell 1983), die, wie soeben ausgeführt, vor allem den neuen sozialen Bewegungen und ihren Strategien der Mobilisierung von politischem Zuspruch in der politischen Öffentlichkeit *durch* Protestinszenierung bzw. politischen Aktionismus und bürgerschaftliche Einbettung zugeschrieben werden können. Eine *zeitgemäße* (vgl. Meyer/Rowan 1983) organisierte Interessenvertretung kommt an dieser institutionellen Erwartungshaltung nicht mehr vorbei, will es im Wettbewerb um mediale Aufmerksamkeit, politischen Einfluss und organisationale Ressourcen bestehen. Diese Überlegungen schließen in den beiden soeben genannten Punkten sicherlich auch an die Diskussion um Corporate Social Responsibility (CSR) und die unzähligen Zertifizierungssysteme, die damit assoziiert sind, an. Welche Bedeutung diese Erwartungen der Umwelt im Weiteren für die INSM haben, wird in der nachfolgenden Diskursanalyse (6) eingehend behandelt.

5.1.3 Strategische Kommunikation

Ein letzter wesentlicher Aspekt des hier beschriebenen organisationalen Feldes ist die spezifische Art und Weise, wie Kommunikation prozessiert, erwartet und von wem sie konzipiert und forciert wird. Denn eines der Hauptaugenmerke der organisationalen Arbeit der INSM stellt zweifelsohne das Konzept der „orchestrierten Kommunikation“⁴⁶ (OK) dar, welches von

⁴⁵ Die im Zusammenhang mit Nicht-Graswurzelbewegungen Astroturfing oder auch Guerillamarketing genannt wird.

⁴⁶ Die OK stellt einen Sonderfall des weit verbreiteten Konzeptes der „integrierten Kommunikation“ (IK) dar. Vgl. zur IK: Bruhn 2000.

einem der einflussreichsten PR-Unternehmen, Scholz&Friends (S&F), stammt. Dies Konzept soll nun im organisationalen Feld verortet werden. Im Zuge der Herausbildung einer politischen *Medien*-Öffentlichkeit sowie der Pluralisierung der Interessenvertretungsmuster (vgl. Kap. 2) wird Kommunikation selbst zur strategischen Einheit: „Kein Gespräch wird dem Zufall überlassen.“ (Avenarius 2000, 300). In dieser speziellen Öffentlichkeit, die hier Topos der organisationalen Feldanalyse ist, stellt also die Professionalisierung von Kommunikation einen wesentlichen Bezugspunkt dar. Lianos/Kahler konstatieren: „Die Public-Affairs-Agenturen haben sich mittlerweile in Deutschland etabliert.“ (Lianos/Kahler 2006, 290) und halten weiterhin fest, dass eine Kooperation mit den einschlägigen Agenturen „oftmals alternativlos“ (ebd.) sei. Parallel zur gestiegenen Strukturierung der organisierten Interessenvertretung und medienvermittelten Öffentlichkeitspflege, etabliert sich ein heterogener wissenschaftlicher Spezialdiskurs, der „strategic communication management“ (eine Definition findet sich bei Hallahan et al. 2007) oder als anwendungsorientierte PA-Forschung gekennzeichnet wird. Die Bezüge aus Politik-, Organisations und Wirtschaftswissenschaft tragen mitunter interdisziplinäre Züge (vgl. Schauerte 2008, 9). Aus diesen und anderen Quellen finden Konzepte der Public-Relations in Gestalt von politischem Marketing und „Public Affairs“-Management, verstanden als „soziopolitische Umweltnahtstelle“ (Schauerte 2008, 7) zwischen Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit, immer mehr Eingang in die strategischen Überlegungen und Kommunikationen von politischen Akteuren; auch die organisierte Interessenvertretung greift immer häufiger auf organisationsexterne, am Markt situierte PR-Agenturen und Kommunikationsberater zur Konzeption von Kampagnen (Event- und Kampagnenmanagement) und politischer Marken- und Interessenkommunikation im Allgemeinen zurück (vgl. Kamps 2007). Die höhere Umweltorientierung, der Versuch die Beziehungen zur politischen Öffentlichkeit zu intensivieren, werden also durch den Rekurs auf kommunikative Expertise versucht sicherzustellen. Dabei ist der Professionalisierungsgrad von PR-Beratern wissenschaftlich höchst umstritten (vgl. Röttger 2009; 2001; 2000; Sandhu 2009a; Wienand 2003;

Wienand et al. 2005), was die Vermutung nahe legt, dass die Reputation dieser Berater und ihrer Kommunikationskonzepte weniger auf Effizienzkriterien beruht, als vielmehr mit strukturellen Wandlungsprozessen und kulturellen Übereinkünften bzw. Moden zu erklären ist. Darauf wiesen auch schon Meyer/Rowan in ihrem kanonischen Artikel hin, als sie über die Leistung von „highly professionalized consultants who bring external blessings on an organization“ sprachen und zur conclusio kamen, dass deren Beratungsleistung „often difficult to justify in terms of improved productivity“ sei, welche aber wohlmöglich „very important in maintaining internal or external legitimacy“ (Meyer/Rowan 1977, 355; dazu auch: Sandhu 2009b) wären. Im Fall der INSM ist bekannt, dass die mehrfach ausgezeichnete Lead-Agentur S&F den Zuschlag mit ihrem Konzept „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ per Ausschreibungsverfahren erhielt, um fortan mit ihrem Konzept der OK für sämtliche PR-/PA-Aktivitäten verantwortlich zu zeichnen. Es zeigt sich, dass das Modell der OK/IK der Wahrscheinlichkeit nach einem spezifischen „PR-Modezyklus“ (Sandhu 2009a, 159, vgl. auch: Wehmeier 2006, 213-220) entspricht, es sich also um ein Beratungs- und Kommunikationskonzept handelt, dass in den Berufsverbänden (DPRG, Kommunikationsverband, etc.), einschlägigen Wissenschaftsdiskursen, sowie von prominenten Praktikern entwickelt, diskutiert und letztendlich als legitime Beratungs- und Strategiemodelle propagiert wird. Es handelt sich also um spezifische Berufs-/Leistungsrollen, deren Träger(gruppen) – PA-/PR- und Kommunikationsberater(unternehmungen) – mitunter noch diffus und inkonsistent, der soeben skizzierten Tätigkeit einen Exklusionscharakter zu verleihen suchen, d.h. im Hinblick auf die spezifischen Methoden und Leistungen der Tätigkeit, dem Berufsethos (wie bspw. der Fokus auf die Fähigkeit zur variablen Rollenauslegung, vgl. Raupp 2009, 182) und der Formalisierung von Ausbildungssystemen (z.B. die Prüfungs- und Zertifizierungsorganisation der deutschen Kommunikationswirtschaft (PZOK) GmbH) ein eigenes Tätigkeitsprofil zu entwickeln. Die Vernetzung innerhalb der „Branche“ und außerhalb – zwischen Wirtschaft, Politik und medialer Öffentlichkeit – verstetigt sich, wie Lianos/Kahler (2006, 294-299 ebenfalls konstatierten, zunehmend. Dies

lässt für das Feld der politischen (Nicht-)Öffentlichkeit, in welcher ein klarer Trend hin zu mehr und stetiger Konzentration auf Beratungsdienstleistungen aus dem Bereich „strategische Kommunikation“ durch *sämtliche* politisch intervenierende Organisationen, auf den Prozess der Strukturangleichung durch *normativen Druck* schließen. Es zeigt an, wie sich eine Profession (oder zumindest: eine auf diesem Wege befindliche Gruppe von Einzelpraktikern und kollektiven Beratungsakteuren) den definitorischen Einfluss darüber sichert, *wie* die interessengeleitete Organisation der Beziehungen zwischen Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit *rationalisiert* werden kann und *wer* für diese Aufgabe die geeigneten Methoden und Leistungen erbringt.

5.1.4 Zusammenfassung der organisationalen Feldanalyse

Die vorangegangene Feldanalyse hatte zweierlei zum Ziel: Es sollten erstens alle im organisationalen Feld, welches ich „politische Öffentlichkeit“ genannt habe, befindlichen institutionellen Regelstrukturen identifiziert werden. Zweitens sollten jene als hinreichende Faktoren im Hinblick auf die Erklärung der maßgeblichen Strukturierungsimpulse der mit dem Feld assoziierten Organisationen, insbesondere der hier untersuchten INSM, Verwendung finden. Dies waren – kurz gesagt – regelhafte Erwartungen:

- der politischen (informationelle Trivialisierung) und medialen (informationelle Polarität) Organisationen an die spezifische Ausgestaltung wissenschaftlicher Expertise (1)
- der medialen Organisationen an spezifisch symbolische Formen (dem Allgemeinwohl verpflichtet durch Non Profit-Orientierung; Protestinszenierung bzw. politischer Aktionismus; zivilgesellschaftliche, personengebundene Einbettung) der organisierten Interessenvertretung (2) sowie
- an die Art und Weise der Kommunikation durch den Rückgriff auf rationalisierte Methoden und Leistungen (durch eine Kooperation

mit professionellen Akteure der strategischen Kommunikationsberatung) (3).

Die korrespondierenden Mechanismen der Isomorphie wurden folgendermaßen zugewiesen, Isomorphie durch:

- durch Zwang: bei (1)
- durch Mimesis bei (2)
- durch normativen Druck bei (3).

Die Skizze des organisationalen Feldes und ihrer spezifischen, strukturierungswirksamen Institutionen legen das Fazit nahe, der INSM eine sehr gute Einbettung in das sie umgebende organisationale Feld der politischen Öffentlichkeit zu attestieren. Diese Einordnung soll als Prämisse für den hier gewählten Gang der Argumentation verstanden werden, nach der davon ausgegangen wird, dass es der relativ hohen Strukturgleichheit mit einer organisationalen Umwelt bedarf, um legitimer Weise überhaupt als Organisation gelten zu können, die die Position eines institutionellen Unternehmers für sich beanspruchen kann (vgl. DiMaggio 1988, 14ff.). Im Fall der INSM sollte bis hier hin also offenbar geworden sein, dass es ihre trivialisierte Wissensproduktion, gepaart und verbreitet mit den Methoden und Leistungen strategischer Kommunikationsakteure (allen voran Scholz&Friends) und ihr Anstrich als zivilgesellschaftliche Protestbewegung sind, die *als* legitimatorische Basis die spezifische Ausgestaltung und die hohe, über der Wahrnehmungsschwelle liegende mediale Präsenz (vgl. Enzweiler/Rath 2004, 1) der Initiative zunächst wahrscheinlicher gemacht bzw. begünstigt haben.

5.2 Das institutionelle Unternehmertum der INSM

Es folgt die Operationalisierung des von Philips et al. (2004) entworfenen und oben bereits erläuterten Ansatzes zur Erklärung von

Institutionalisierungsprozessen durch den Rekurs auf Diskurse und ihre Verbindung zu Handlungen bzw. diskursiven Praktiken und Institutionen. Dazu wird das explorative Modell der Autoren mit den methodischen Anleitungen der WDA von Reiner Keller unterfüttert. Es wird eine Zweiteilung unternommen, nämlich die Unterscheidung nach einer Analyse der inhaltlichen Strukturierung von Diskursen und einer analytischen Dimension der Materialität von Diskursen. Im Rahmen dieser Arbeit kann keine umfassende Diskursanalyse derjenigen Diskurse geleistet werden, in die die INSM als Sprecher interveniert hat. Die Engführung dieser Arbeit liegt, wie mehrfach angeführt, auf der Untersuchung der diskursiven Strategie, des „Interdiskurses“ (vgl. Jäger 1994) der INSM und der „diskursiven Kämpfe“ (Jäger 2006, 85), d.h. also dem er-kämpften Einfluss, den diese Strategie mitunter gehabt hat. Der Fokus liegt daher auf der selektiven Analyse von als besonders prägnant erachteten Diskursfragmenten (vgl. Keller 2004), die im Laufe des durch andere Diskurse (im wesentlichen der Globalisierungsdiskurs der 1990er Jahre) ausgelösten Diskurses über die Reform der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik im Hinblick auf die hier gewählte Rahmung der INSM als institutionellen Unternehmer von außerordentlicher Bedeutung erscheinen.

Einzelheiten zur weiteren Selektion des Datenmaterials und Bedingungen der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit erscheinen wie folgt: Es soll analog zur Methode der „minimalen Kontrastierung“ (Glaser/Strauss 2005) der Versuch unternommen werden, die in Anschlag gebrachte Problemstruktur – differenziert nach einer dimensional Erschließung des Phänomens und des inhaltlichen Gehaltes der Dimensionen – sowie sämtliche weitere diskursanalytische Schritte so dicht wie möglich typisierend zu beschreiben. Dies soll durch die Rekonstruktion der Diskursstruktur anhand von – als *Schlüsseltex*te identifizierten – INSM-Veröffentlichungen sowie damit in Verbindung stehende Texte anderer relevanter Organisationen geleistet werden. Da es sich hierbei nicht, wie mehrfach erwähnt, um die Rekonstruktion eines *gesamten* Diskurses – der ohnehin nicht als ein kohärenter Diskurs zu fassen ist, sondern gemäß der Eigenart öffentlicher Diskurse (vgl. Keller 2008) aus multiplen, nur lose

verkoppelten Diskurssegmenten der politischen Ressorts, medienlogischer und anderer inhaltlicher Provenienz konstruiert wird – handeln soll und kann, sondern im Rahmen dieser Diplomarbeit lediglich um die Rekonstruktion der diskursiven Strategie eines Akteurs, stellt sich eine möglichst erschöpfende Rekonstruktion als weniger aufwendig heraus (dazu: Flick 2002; Glaser/Strauss 2005; Keller 2004). Nach meiner Auffassung ist es im Angesicht der thematischen Engführung ausreichend, *programmatische* Schriften – wie das erstmalig erschienene Programm „Chancen für alle: die neue soziale Marktwirtschaft“ (Rodenstock 2001) – zur Analyse der *Aussageereignisse* (und weiteren Aggregation in eine *Aussagestruktur*) heranzuziehen. Ein weiteres Argument liegt im *modus operandi* der orchestrierten Kommunikation begründet, welche sich insbesondere auf Hypothese 4 des Modells von Philips et al. bezieht: die Ausrichtung *aller* inhaltlichen und kommunikativen Anstrengungen auf *eine* zentrale, integrative Idee hin, bedeutet *auch*, dass auf eine überwiegende Kongruenz sämtlicher Aussageereignisse in Bezug auf diese strukturierende Idee geschlossen werden kann. Zumal hier keine Analyse und kein Urteil über die inhaltliche Angemessenheit oder Richtigkeit der getätigten Aussagen (und Aussagestrukturen) gefällt werden soll, sondern der inhaltliche Zusammenhang der einzelnen Aussageereignisse nachgezeichnet wird. Somit sollte eine Fokussierung auf die Analyse programmatischer Schriften bzw. Schlüsseltexte zum Zwecke der begründeten, d.h. reflektierten Textauswahl für die gewählte Fragestellung als *hinreichend* gelten können. Sämtliche zur Erarbeitung der inhaltlich-materialen Diskursanalyse durchlaufene Schritte des „offenen“ und „selektiven“ Kodierens (vgl. Glaser/Strauss 2005) sind im Anhang in Form von Memos, Kategoriebildungen und Erklärungen zur systematischen Interpretation des Datenmaterials hinterlegt.

5.2.1 Wissenspolitik: Strategisches Interessenpolitikmanagement

Wie also bemerkt, wird die Diskursarbeit der INSM als strategisch verstanden, und zwar in dem Sinne, dass sie marktwirtschaftlichen Ideen und Deutungen zum Durchbruch und/oder zu mehr Akzeptanz verhelfen

will und in dem Sinne, dass sie dadurch eine spezifische institutionelle Konfiguration im Feld der „politischen Öffentlichkeit“ zu verwirklichen trachtet. Es wird dementsprechend nach dem konzeptionellen Vorbild des „institutional entrepreneurs“ (DiMaggio 1988) versucht, das, was ich „strategisches Interessenpolitikmanagement“ der INSM nennen werde, durch eine wissenssoziologische Diskursanalyse, differenziert nach den zwei Dimensionen „Semantik“ und „Materialität“, unter Anleitung des Modells von Philipps et al. (vgl. 4.1) für grundlegende Aspekte zu rekonstruieren. Es folgt zunächst die Operationalisierung der inhaltlichen Dimension der INSM-Diskursstrategie im öffentlichen Diskurs, die mit Keller (vgl. 2008, 16) auch Wissenspolitik genannt werden kann. Dieser Zuschnitt der WDA fokussiert „die Rolle der Prozesse und Akteure mit ihren Interessen und Strategien“ (ebd.), die an der „gesellschaftlichen Wissensproduktion und –zirkulation“ (ebd.) teilhaben. Dabei wird nun folgend den Problemen der Grenzziehung und Geltung (vgl. Keller 2004, 75f.) besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

a) *Die Leitidee: „Marktwirtschaftliche Reformen nützen allen“ und das Problem mangelnder Freiheit*

Die Leitidee der INSM findet sich wider erwarten nicht auf der organisationseigenen Homepage, sondern auf den Seiten der Lead-Agentur Scholz&Friends: dort steht kurz und knapp, dass es die Leitidee der von S&F begleiteten Kampagne sei, dass marktwirtschaftliche Reformen allen Gesellschaftsmitgliedern in Deutschland zugute kommen (vgl. S&F1). Um die etwas profan wirkende Leitidee mit Inhalt zu füllen, soll die „Aspektstruktur“ (Mannheim 1969) – synonym für Problemstruktur – zu verstehen geben, wie die INSM *die Sache sieht* (vgl. ebd., 234). Mit „Sache“ sollen hier im Weiteren die Umwälzungen gemeint sein, die mit den durch Diskurse geprägten Begriffen von der Globalisierung, der Wissens-, Informations- und Risikogesellschaft (für das Verständnis der WDA diesbezüglich, vgl. Keller 2008, 15ff.) angezeigt sind. Es soll also herausgestellt werden, wie die INSM bestimmte Aspekte in Stellung bringt, sie miteinander verknüpft und so zu einer spezifischen Problemkonstellation gelangt. Es wird gezeigt werden, wie sie die *issues* konzipiert (Ursachen),

welche Implikationen sie daraus ableitet (Kausalattribution, Verantwortung, Handlungsbedarf/Problemlösung, Wertung), wo sie sich selbst und andere Organisationen und Subjekte verortet (Selbst-/Fremdpositionierung) und damit ein Angebot liefert, wie die auftretenden Probleme der Modernisierung „gemanagt“ werden können. Neben dem Datenmaterial der Schlüsseltexte wird auch, gemäß des offenen Zugangs der WDA bzw. der Grounded Theory, auch auf die kompakte Eigendarstellung in Form von plakativen Werbekampagnen und Frequently Asked Questions (FAQ) rekurriert, in der die wesentliche Aspektstruktur oft in gedrungener Art und Weise zum Ausdruck kommt. Im Anhang wird dargestellt, wie die spezifische Problemstruktur durch die kontrollierte Interpretation des Datenkorpus in Form von abstrakten Kategorien und zugeordneten inhaltlichen Kodes (zusammengefasst zu *Kodierfamilien*) erarbeitet wurde.

b) *Zeitgeist-Produktion: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ und Reformpolitik als Chance*

Der wohl populärste und einflussreichste Diskurspartikel, der auf die INSM zurückgeht, ist "Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft" (Rodenstock 2001, 54ff.). Diese "Kampfformel" (DIE ZEIT 11.02.2010, Nr. 07, 7) wurde 2000 durch die Initiative geprägt und trat fortan einen Siegeszug an, der bis in die Parteiprogramme von CDU und FDP des Wahlkampfes 2002 und 2005 führte. Seine sloganartige Erscheinung steht aber nicht allein, hinter ihr formierte sich ein "Zeitgeist" (ebd.), dessen Strahlkraft auch heute noch in vielen Debatten als argumentative Figur zu finden ist. Er liefert eine griffige Rhetorik für die Auseinandersetzung um die politische Ausgestaltung der im Reformdiskurs aufgeworfenen Kontroversen. Daraufhin wird die distinkte Sprechweise - die zugrunde liegende Deutungsarbeit der INSM - einer Deutungsmusteranalyse unterzogen. Dazu werden die wesentlichen, in dieser Formel chiffrierte, Aussagen darüber, worum es sich beim Phänomen der Reform (respektive des "Reformstaus") handelt, herausgearbeitet. Hinzu kommt die komplementäre Analyse des Klassifikationsschemas, das durch die geflügelte Sprechweise ebenfalls von Interesse für die phänomenale Erfahrung der Objekte (Reform, Staat, Markt, Bürger, politische Öffentlichkeit) im diskursiven Feld, dem strategischen Topos der INSM, ist.

Der Einfluss der Initiative – ihr *institutionelles Unternehmertum* mit und durch diese Formel – wird anschließend erneut aufgegriffen, wenn es um die materiale Diskursanalyse geht. Die sequenzanalytische Selektion derjenigen Textbausteine, die zuvor in der Problemstruktur zur Herausarbeitung wesentlicher Kodierfamilien gedient hatten, und ihre konfigurative Überführung in das Deutungsmuster „Sozial ist, was Arbeit schafft“ wird im Anhang dargelegt. Dabei wird auf methodische Anleitungen der objektiven Hermeneutik (vgl. Oevermann 2001a; Oevermann et al. 1979) rekurriert, um die gesammelten Interpretationen systematisch zu objektivieren. Darüber hinaus wird in heuristischer Manier – zwecks inhaltlicher Komplettierung – das Klassifikationsschema „*Reformpolitik als Chance*“ kurz dargelegt, welches in der Problemstruktur ebenfalls vorstrukturiert und im Deutungsmuster ständig mitgeführt wird. Aufgrund des Umfangs der Fragestellung muss es für diesen individuell-performativen Aspekt der strategischen Interessenpolitik der INSM allerdings bei einer kurzen Darstellung bleiben. Die spezifische Subjektivierungsform, die sich mit jenem Klassifikationsschema verbindet, konstituiert einen eigenen Forschungszweig liberaler Gouvernamentalität.

c) *Mythos und gesellschaftspolitischer Impetus: „Soziale Marktwirtschaft“*

Zu guter Letzt wird eine inhaltliche Auseinandersetzung und Kontrastierung mit dem Leitbild der "Sozialen Marktwirtschaft" erfolgen.

Was unterscheidet die alte soziale Marktwirtschaft von der neuen sozialen Marktwirtschaft der INSM und welche Erzählung schält sich gepaart mit Symbolen und Ritualen unter der Ägide ihrer Deutungsarbeit dadurch heraus?

Diese Fragen werden zu beantworten gesucht, wenn auf das Konzept der narrativen Struktur rekurriert wird. Der *plot* der neuen sozialen Marktwirtschaft wird in wesentlichen Zügen rekonstruiert, in dem die zuvor identifizierten Bausteine (Problemstruktur, Deutungsmuster, Klassifikationen) der inhaltlichen Strukturierung zusammengeführt werden. Die korrespondierende Hypothese des Philips et al.'schen Modells ist

Hypothese 7, in der die spezifischen diskursiven Verknüpfungen untersucht und als legitimatorische Kraft gefasst werden, gilt insbesondere für den dynamischen Zusammenhang zwischen Diskursen und Institutionen.

Die Analyse der inhaltlichen Strukturierung der diskursiven Arbeit der INSM wird gefolgt von der Analyse der Materialität, die der Aussagestruktur der INSM unterliegt.

5.2.2 Fassade und Krisis: Die Legitimität der diskursiven Praktiken und das „neue“ Reform-Dispositiv der INSM

Nach der Ausleuchtung wesentlicher Semantiken im Diskursprogramm der INSM, scheint es notwendig eine Brücke zu den Methoden bzw. diskursiven Praktiken zu schlagen, die ihren semantischen Konvoluten unterliegen und sie in Diskurse festschreiben helfen. Diese Implementation erfolgt selbstverständlich nicht im luftleeren Raum, sondern vielmehr im organisationalen Feld der "politischen Öffentlichkeit", wie ich es unter 5.1 beschrieben habe. Die dort konstatierte tiefe Einbettung in jenes Feld steht nun Pate bei der Betrachtung, inwiefern die INSM ihre wissenspolitische Agenda vorantreiben kann und welche Schwierigkeiten sich dabei ergeben. Es geht hier gemäß der basalen Referenz der Wissenssoziologie, sowie im Anschluss an jene auch im SNI und in der WDA, um die Frage nach einer organisierten Rechtfertigungspraxis, es geht um die Legitimität und im Weiteren um die Infrastruktur des institutionellen Unternehmertums der INSM. Die dazu in Anschlag gebrachte materiale Diskursanalyse differenziert sich in eine Analyse der diskursiven Praktiken anhand der Medienkooperation mit der ARD-Sendung „Marienhof“, der anteilig darauf bezogenen Verortung von (legitimen) Sprecher-/Subjektpositionen und weiterführenden Diskurskoalitionen und in eine Analyse des Reform-Dispositivs.

a) *Legitimität der diskursiven Praktiken: Die Causa „Marienhof“*

Neben der Assoziierung der INSM mit diversen prominenten Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Unterhaltungsindustrie in Botschafterfunktion, verfolgt die Initiative weitere

kooperative Praktiken, die die Diskursproduktion und die darin enthaltenen Wertsetzungen und politischen Programme vorantreiben sollen. Besonders hervorstechend ist dabei die erst 2005 aufgedeckte „Affäre“ um eine bezahlte Themensetzung (ein sog. „Themen-Placement“) in der ARD-Sendung „Marienhof“, die aus dem Jahr 2002 datiert. Sie soll hier bei der Analyse der diskursiven Praktiken, durch die sich die INSM auszeichnet, aufgrund ihrer Grenzfallcharakteristik herangezogen werden. Ausgehend von einer tiefen Einbettung in das organisationale Feld der „politischen Öffentlichkeit“ (vgl. Kapitel 5.1) und einer überaus erfolgreichen Themeninduktionsstrategie samt inhaltlicher Schwerpunktsetzung gemäß INSM-Programmatik (vgl. Nuernbergk 2005), ist der Organisation eine hohe Legitimität in Bezug auf ihre Arbeit als kommunikativer Think-Tank beizumessen. Diese hat spätestens mit der Causa Marienhof eine nachhaltig kritisch-reflexive, von journalistischer Sensibilisierung geprägte Phase erfahren. Es sollen zunächst einige inhaltliche Aspekte der bezahlten Themensetzung erläutert, ihrer Logik nachgegangen werden, um daran anschließend vorgebrachte Anschuldigungen, diesbezügliche Rechtfertigungen der INSM und veranschlagte Sanktionen anderer, relevanter Akteure des organisationalen Feldes rekonstruieren zu können. Es wird abschließend dargestellt, worauf die „Aktions- und Interaktionsbedingungen“ (Nuernbergk 2005, 134) letztlich beruhen und im Lichte des rekonstruierten Falls konkludiert, inwiefern die diskursive Praxis zur Legitimitätskrise der INSM führen konnte.

b) Diskursive Formation: Akteurskonstellationen im Reformdiskurs

Das Analyseraster der diskursiven Formation ist die „Bezeichnung für einen abgrenzbaren Zusammenhang von Diskurs(en), Akteuren, Praktiken und Dispositiven“ (Keller 2008, 234). Nach der Analyse der diskursiven Praxis der Medienkooperationen erscheint es im Hinblick auf die dargestellte Legitimitätsproblematik sinnvoll, anschließend nach dem Einfluss der INSM auf andere Akteure und damit verbunden: deren Praktiken zu fragen. Wichtig hierbei wird sein, nach den gemeinsamen Regelmäßigkeiten in Bezug auf Gesagtes und Organisiertes/Praktiziertes zu suchen und diese in vorbereitender Art und Weise für eine dispositive Rahmung auszurichten.

Gefragt werden muss nach den regelmäßigen diskursiven Praktiken jener Akteure in Bezug auf Objekte, Begriffe, Sprecherpositionen und thematisch-strategischen Entscheidungen im Rahmen des politischen Reformdiskurses. Diese daraus ableitbaren Formationsregeln konstituieren ein Abhängigkeitssystem (vgl. Foucault 1973), welches für den abgrenzbaren Zusammenhang zwischen INSM, politischen Parteien (respektive CDU/CSU) und den entwickelten inhärenten diskursiven Praktiken dazu führt, dass sich bestimmte Begriffe und formulierte Gegenstände formieren, welche wiederum dazugehörige Strategien einschließen und andere ausschließen. Diese Regeln bilden so ein komplexes Bündel von Beziehungen, welches vorschreibt, „[...] was in einer diskursiven Praxis in Beziehung gesetzt werden mußte, damit diese sich auf dieses oder jenes Objekt bezieht, damit sie diese oder jene Äußerung zum Zuge bringt, damit sie diesen oder jenen Begriff benutzt, damit sie diese oder jene Strategie organisiert. Ein Formationssystem in seiner besonderen Individualität zu definieren, heißt also, einen Diskurs oder eine Gruppe von Aussagen durch die Regelmäßigkeit einer Praxis zu charakterisieren“ (Foucault 1973, 108). Diesem System wird also nachgestellt, um es als wirksames Element einer Infrastruktur der diskursiven „Reformproduktion“ zu verstehen, dem sie in Form der anschließenden Dispositivanalyse den Weg ebnet.

c) *Reform-Dispositiv: Die Infrastruktur des institutionellen Unternehmertums der INSM*

Die abschließende Analyse des Reform-Dispositivs (zur erneuten Definition und Verwendung des Analyseinstruments siehe auch 5.2.2) macht es sich zur Aufgabe, die Evidenzen der organisationalen Feldanalyse (Zustandsbeschreibung institutionalisierter Regelstrukturen) mit jenen Erkenntnissen aus der prozessualen Diskursanalyse (Inhalt und Materialität) zusammenzuführen und als opportune Infrastruktur des institutionellen Unternehmertums der INSM zu begreifen. Diese Infrastruktur stellt jenes Ensemble diskursiv erzeugter Inhalte und Praktiken bereit, das bei voller Entfaltung in Form *institutionalisierter* Regeln einen spezifischen Macht-Wissen-Komplex *konstituieren könnte*. Die konjunktive Wortwahl ist bewusst gewählt, denn es soll nicht behauptet werden, dass dieser Prozess

bereits abgeschlossen sei. Weder sind die hier untersuchten Umbrüche im Feld der politischen Öffentlichkeit abgeschlossen, noch ist ein Ende des Richtungstreits absehbar. Es handelt sich schlicht und ergreifend um infinite symbolische Deutungskämpfe (Keller), die konkrete Machteffekte erwirken können, diese aber in Zeiten eines dauerhaften Reformdrucks qua *beschleunigter* gesellschaftlicher Modernisierung (Rosa) oft nur temporäre Erscheinungen bleiben. Es soll eine „typisierende Deskription“ (Keller 2008, 272) dargelegt werden, wie sich das institutionelle Unternehmertum der INSM als *anteilige Katalyse* eines Reform-Dispositivs verstehen lässt. Um dies zu bewerkstelligen, wird – insbesondere im Anschluss an die Analyse der Diskursformation – dem relativen Erfolg des unternehmerischen Projekts der INSM nachgestellt, genauer: nach den *Machteffekten* gefragt, die die nachgezeichnete Institutionalisierung der spezifischen INSM-Wissenspolitik in Bezug auf das organisationale Feld „politische Öffentlichkeit“ und deren Akteure hinterlassen hat und immer noch entfaltet.

Welche Machteffekte dies konkret sind, nach welcher Logik sie prozessieren und wie sie verankert wurden und sich nach wie vor behaupten können, wird in diesem Kapitel erläutert.

5.3 Zusammenfassung

Die Operationalisierung der Prozessanalyse wäre damit vorgestellt. Zusammenfassend können zwei erkenntnisleitende Annahmen identifiziert werden, deren Beantwortung sodann in der inhaltlichen und materialen Diskursanalyse verfolgt wird:

(a) Es wird die Annahme vertreten, dass der Komplex aus spezifischem Rekurs auf gewisse popularisierte Elemente des Ordoliberalismus (das wissenschaftliche Fundament der „alten“ sozialen Marktwirtschaft) in Verbindung mit dem (hochselektiven) Anschluss an zeitgenössische (ökonomische Spezial-) Diskurse, kommunikationsstrategischer Ratio und erwirkten institutionellen Vermittlungsstrukturen für die enorme diskursive Entfaltungskraft verantwortlich zu machen sind. Dazu wird der dynamische Prozess der sozialen Konstruktion und Vermittlung *von* Deutungs- und

Handlungsweisen *im* organisationalen Feld „politische Öffentlichkeit“ *durch* die Organisation „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ für typisierbare Aussagestrukturen herausgearbeitet werden. Es werden unter der analytischen Maßgabe „textübergreifender Verweisungszusammenhänge“ (Keller 2004, 74) inhaltliche Strukturierungsausformungen im marktwirtschaftlichen „Plädoyer“ der INSM rekonstruiert und in Zusammenhang mit den materialen Gehalten der INSM-Diskursarbeit gestellt.

(b) Durch eine Fokussierung auf die institutionellen Logiken der viel beachteten Medienkooperationen als Form einer speziellen diskursiven Praxis, soll an einem Exempel untersucht werden, worauf die erfolgreichen „Aktions- und Interaktionsbedingungen“ (Nuernbergk 2005, 134) der INSM beruhen und inwiefern dieser Vermittlungsprozess die inhärente Gefahr birgt, sich in sein Gegenteil zu verkehren.

Es wird sodann die Annahme vertreten, dass es die spezifische Materialität der INSM-Diskursarbeit ist, welche sowohl – zumindest teilweise – für die erfolgreiche Implementierung der INSM-Inhalte ursächlich ist, vor allen Dingen aber für die zunehmende *Infragestellung* der Legitimität der gewählten Mittel und der sich manifestierenden Akteurs-Konstellationen verantwortlich zu machen ist. Das *Wie* dieses Prozesses wird erarbeitet und unter Rekurs auf weitere materiale Analysen – namentlich eine Analyse der diskursiven Formation und des Reform-Dispositivs – vertiefend behandelt. Dabei sollen die weiteren materialen Analysen – mit Rückgriff auf die Erkenntnisse der inhaltlichen Diskursanalyse – die konstatierte Legitimitätsproblematik dahingehend konterkarieren, dass die Dimension der Verbindung politischer Entscheidungsträger mit verbandlichen Kommunikations- und praxeologischen Leistungen als funktionale Elemente einer gewissen Regelmäßigkeit verstanden müssen. Dieser Umstand soll sodann durch die abschließende, rekonstruktive Deskription des spezifischen Reform-Dispositivs und dem Anteil der INSM an selbigem in ein stringentes Erklärungsmuster überführt werden.

6. Diskursanalyse

Die nun folgende Diskursanalyse gliedert sich, wie soeben durch die Operationalisierung dargelegt, in eine Analyse der inhaltlichen Strukturierung (6.1) und eine Analyse der Materialität (6.2) in Bezug auf die Diskursstrategie, das spezifische Interessenpolitikmanagement der INSM.

6.1 Inhaltliche Strukturierung: Die Wissenspolitik der INSM

Die Wissenspolitik der INSM wird nach drei typisierbaren, diskursanalytischen Gesichtspunkten differenziert:

- welche Problemstruktur unterliegt der INSM-Diskursstrategie
- welche Deutungsmuster sind wesentlich für die politischen Anliegen der Initiative und
- wie sieht das Narrativ aus, dass die einzelnen Diskursbausteine zu einer öffentlichkeitswirksamen Rahmung zusammenfügt?

Zunächst bedarf es, gemäß den Ausführungen von Keller (2004, 95ff.), einer kurzen Kontextualisierung in Bezug auf die vorherrschenden

gesellschaftlichen Konjunkturen (ökonomische, soziokulturelle), die den „Bedingungsraum“ der inhaltlich-materialen Diskursanalyse ausmachen. Die in den 1990er Jahren losgetretene öffentliche⁴⁷ Debatte über Risiken und Chancen der Globalisierung und den daraus abgeleiteten Implikationen für eine von rasanter gesellschaftlicher Modernisierung umgebene Politik, ebnet den Weg für die Entstehung der INSM. Als diskursiver Kulminationspunkt des hiesigen Diskurses kann die bereits erwähnte Berliner Rede des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, bekannt geworden als „Ruck-Rede“⁴⁸, vom 26.4.1997 gelten. In jener beschreibt er mit eindringlichen Worten die politischen Aufgaben für das 21. Jahrhundert, die er mit den gesellschaftlichen Wandlungsprozessen der Globalisierung, Überalterung, Bevölkerungswachstum und Bildungsexpansion verbindet und vornehmlich in den Ressorts Bildung, Arbeitsmarkt und Soziales verortet. Sein mentalistisches Krisenfazit zur „Lage der Nation“ lautet folgendermaßen:

"Was ist los mit unserem Land? Im Klartext: Der Verlust wirtschaftlicher Dynamik, die Erstarrung der Gesellschaft, eine unglaubliche mentale Depression das sind die Stichworte der Krise. Sie bilden einen allgegenwärtigen Dreiklang, aber einen Dreiklang in Moll" (Herzog 1997, 1).

Herzog zeichnet ein Bild von Deutschland, dass „kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem“ (Herzog 1997, 2) hat, in dem Opportunismus, Verantwortungslosigkeit und damit Blockadeverhalten herrschen.

In den öffentlichen Debatten macht das Wort „Reformstau“ die Runde und wird im gleichen Jahr von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres gewählt. Doch Herzog beschwört nicht nur den Niedergang, er sieht eine ebenso mächtige Vision am Horizont aufscheinen, eine, die die Menschen einst „aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges emporführte:

⁴⁷ Der wissenschaftliche Diskurs war da schon länger im Vollzug, siehe exemplarisch Meadows 1994, sowie Beck 1986.

⁴⁸ Im Folgenden zitiert nach: epd-Dokumentation 26a/97; zur näheren Analyse dieser Rede, vgl. Huhnke 1998.

die Vision der Sozialen Marktwirtschaft“ (Herzog 1997, 4). Die Politik⁴⁹ sollte bald darauf reagieren.

6.1.1 Problemstruktur: Der Reformdiskurs der INSM

Ausgehend von diesem zeitdiagnostischen Kontext muss nun die Problemstruktur der Aussageereignisse der INSM zu Beginn des neuen Jahrtausends analysiert werden. Dazu wird in erster Linie der programmatische Schlüsseltext „Chancen für alle – Die neue soziale Marktwirtschaft“ von Randolph Rodenstock (2001) herangezogen. Weitere Schriften und Artikel aus den Anfangsjahren der Initiative, vor allem dokumentierte Reden des langjährigen Bundesbank-Chefs und Vorsitzenden des INSM-Kuratoriums Prof. Dr. Hans Tietmeyer, werden ebenfalls analysiert. Die zuvor skizzierte analytische Distinktion einer dimensional und inhaltlichen Erschließung in Bezug auf die zu untersuchende Problemstruktur wird in einem Schaubild aufgegriffen, welches sich am Ende der Erläuterungen findet.

Die Bedürftigkeit des Nationalstaats Deutschland nach marktwirtschaftlichen Reformen – wie sie von Seiten der Initiative stetig propagiert wird – geht zunächst einmal auf drei gesamtgesellschaftliche Entwicklungen (Ursachen) zurück: die Globalisierung, den demographischen Wandel und die Bedeutung des Wissens und der Information und deren Organisation für das kommunikative und wirtschaftliche Zusammenleben in hochentwickelten Gesellschaften (Stichwort: Wissensgesellschaft). Diese Entwicklungen bilden den unhinterfragten („taken-for-granted“) Problemhorizont, vor dem sich der INSM-Diskurs abspielt.

Das Telos der kommunikativen Arbeit der INSM wiederum richtet sich immerfort auf zwei Adressaten, die im Zentrum der phänomenalen Problemkonstruktion stehen. *Erstens* sind es die staatlichen (bzw. Regierungs-) Aktivitäten und *zweitens* die diesbezüglichen, affirmativen

⁴⁹ Die „reformierte“ Sozialdemokratie unter New Labour in England und Rot-Grün in Deutschland sind nur ein Beispiel für die politische Sogkraft, die jene Diskurse der vorangegangenen Jahrzehnte gehabt haben. Vgl. auch: Giddens 1999 sowie Streeck 1999; 2000. Zur Rezeption und Reaktion der konservativen und liberalen Kreise später mehr.

Einstellungen der breiten Bevölkerung (Verantwortung/Zuständigkeit). Der Reformdiskurs der INSM konstruiert Reformpolitik dahingehend als *Problem mangelnder Freiheit*. Freiheit bezeichnet hier in erster Linie ökonomische (Wahl-)Freiheit (vgl. Rodenstock, 2001, 33ff.; Tietmeyer 2001, 3; 11ff.). Beide Protagonisten (Regierung + Bürger) erscheinen in ihrem thematischen Bezug als mit zu wenig Freiheit ausgestattete Teile der gleichen Problematik. Auf der einen Seite steht der bürokratische Staat, der sich „wie ein Leviathan [...] über Wirtschaft und Gesellschaft“ (Tietmeyer 2001, 3f.) legt und den gemeinen Bürger allzu sehr alimentiert und dadurch zunehmend in eine freiheits-, d.h. reformlähmende Schuldenspirale gerät. Auf der anderen Seite stehen die „Ansprüche der Bürger, geschürt durch politische Verheißungen“, die durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates schlussendlich in einen „Orientierungsmangel“ (Rodenstock 2001, 34) geraten seien und sich ihrer Freiheiten ebenfalls nicht mehr bedienen könnten. Die Freiheit soll durch die beiden Akteure wiederhergestellt werden: der Staat soll es ermöglichen, indem er zu einem ‚Management von Freiheit‘ (Tietmeyer 2001, 12) übergeht, d.h. bürokratische Hürden (etwa bei Firmengründungen, Zulassungen etc.) abbaut und für eine gesamtgesellschaftliche Verbreitung marktwirtschaftlicher Prinzipien in einem klaren ordnungspolitischen Rahmen eintritt. Die Bürgergesellschaft soll, wenn nicht eine Affinität zu, sodann wenigstens seine Scheue vor (nicht näher benannten) Risiken ablegen und mit Mut und Eigenverantwortung handeln, eine „Kultur der Selbstständigkeit“ (Tietmeyer 2001, 20) entwickeln.

Die Organisation präsentiert sich dabei selbst als Stimme der ökonomischen Vernunft, der es um die Erringung eines überparteilichen, dem Gemeinwohl verpflichteten Konsenses zum Zwecke der Erhöhung wirtschaftlicher Dynamik geht. Sie will Innovationspotenziale freilegen, welche wiederum dem zivilisatorischen Fortschritt und gesellschaftlichen Wohlstand vorantreiben (Selbstpositionierung). Die offenen und latent vorhandenen Wertbezüge⁵⁰ sind die des ökonomischen Rationalismus⁵¹. Sie stellen das Fundament der (Neuen) Sozialen Marktwirtschaft dar, wie sie die INSM

⁵⁰ Für eine Analyse des der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegenden Wertegefüges (Freiheit, Verantwortung, Gleichheit, Gerechtigkeit) und ihrer speziellen Ausprägungen, vgl. Föste/Janßen 1999.

⁵¹ Die Begrifflichkeit wird bei der Dispositivanalyse erneut aufgegriffen und vertiefend behandelt.

propagiert. Allen voran wird der Idee der (ökonomischen) *Freiheit* oberste Priorität eingeräumt, zu der sich als Pendant die Verantwortung gesellt: „Wer die Freiheit nutzt, muss auch die Folgen seiner Wahl tragen“ (Rodenstock 2001, 34). Verantwortung kann jeder Einzelne aber nur wahrnehmen, wenn er auch die Möglichkeit dazu hat. Daher genießt das Prinzip der Subsidiarität in den INSM-Schriften einen hohen Stellenwert; es wird gleichsam auf die Ökonomie übertragen, womit erneut der Rückzug des Staates angezeigt ist: er soll sein Streben von einer Verteilungs- auf eine *Chancengleichheit* richten. Hinzu kommt die Rückbesinnung auf den Wert der *Leistung*, der analog zum Wettbewerbsmodus hohe, egoistisch motivierte Leistung honorieren (vgl. Rodenstock, 23f., 41) und gemäß ihrer Vorrangstellung gegenüber solidarischen Leistungen zu mehr *Leistungsgerechtigkeit* führen soll. Abschließend findet sich in tabellarischer Form ein zusammenfassender Überblick über die Problemstruktur des INSM-Diskurses. Die Problemstruktur, samt ihrer dimensional und inhaltlichen Erschließung stellt sich in Gänze wie folgt dar (Kategorienentwicklung und inhaltliche Ausführung der Problemstruktur siehe Anhang):

Problemstruktur	Reformpolitik: wirtschafts-, gesellschafts- und sozialpolitische Modernisierung
Ursachen der Reformbedürftigkeit (kausal)	Reformpolitik als Problem mangelnder Freiheit, Disparität zu: <ul style="list-style-type: none"> • Globalisierung: gestiegene Wettbewerbsintensität • Demographischer Wandel: sich verschiebende Alterspyramide gefährdet Finanzierung der Sozialsysteme • Wissensgesellschaft: Rohstoff „Wissen“ wird nicht effizient und schnell genug gefördert
Verantwortung (Zuständigkeit)	<ul style="list-style-type: none"> • Politik (soll sich auf Kernkompetenzen zurückziehen: Ordnungspolitik) • Bürger (mehr Eigenverantwortung und Risikobereitschaft)

Handlungsbedarf/ Problemlösung	<ul style="list-style-type: none"> • Regierung: Bürokratie und Verordnungen abbauen, Öffnung für marktwirtschaftliche Steuerung (ordnungspolitische Rahmensetzung) • Bürger: mehr Akzeptanz und Verständnis für wettbewerbliche (Markt-) Logik, eigenverantwortliches Handeln aktivieren
Selbstpositionierung	<ul style="list-style-type: none"> • Vertreter der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen Vernunft und des zivilisatorischen Fortschritts • Dem Gemeinwohl verpflichtet: „Anwalt der Bürger“
Wertbezug	<ul style="list-style-type: none"> • Deutschland muss international wettbewerbsfähig bleiben (ökonomischer Rationalismus) • Mehr Eigenverantwortung und Freiheit für die Wirtschaftsakteure (politischer Liberalismus/Wirtschaftsliberalismus) • Weniger Staatsintervention hin zu mehr Subsidiarität (von Verteilungs- zu Chancengleichheit) • Leistungsorientierung hin zu mehr Leistungsgerechtigkeit (Solidarität als subsidiäres Nebenprodukt utilitaristischen Leistungsstrebens)

Tabelle 1: Problemstruktur des INSM-Reformdiskurses

6.1.2 Deutungsmuster „Sozial ist, was Arbeit schafft“ und Klassifikation „Reformpolitik als Chance“

Die diskursive Strategie der INSM wird in typischer Art und Weise von einem Deutungsmuster beherrscht. Es lautet: „Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft“ (Rodenstock 2001, 55). Um seine Absichten in die hart umkämpfte Arena der „politischen Öffentlichkeit“ zu tragen und sich dafür auch noch mediale Aufmerksamkeit zu verschaffen, bedarf es neben der skizzierten positiven Einbettung, d.h. der offensichtlichen Übernahme und Akquieszenz institutionalisierter Erwartungen im Feld der politischen Öffentlichkeit,

schlagkräftiger Rhetoriken und semantischer Clous.

Das Credo dieses Deutungsmusters ist sein Kreuzungs- oder „Cross-Over“-Charakter. Es zielt auf den semantischen Brückenschlag von der zivilen in die polit-ökonomische Sphäre. Das Wort „sozial“, welches vom Lateinischen „socius“ für „gemeinsam“, „teilnehmend, in Verbindung stehend, zugesellt“ (Kluge 2002) herrührt, wird hier bewusst mit seiner umgangssprachlichen Konnotation⁵² von der altruistischen, fürsorglichen Orientierung gegenüber Anderen ins Spiel gebracht und mit dem Begriff der Arbeit in eine Gleichung überführt. Diese formelhafte Deutung ist kurz, schlagkräftig und enthält eine einprägsame Gleichung: jene Politik, die das Entstehen von neuer Arbeit verhindere oder erschwere, sei das, was das „Soziale“, das Gemeinsame, den Zusammenhalt einer Gesellschaft gefährde. So lässt sich der Tenor im Umkehrschluss beschreiben. Rodenstock behauptet: „Allen (den Unternehmern, Anmerkung K.M.) ist aber gemeinsam, dass sie – gewollt oder ungewollt – durch ihr Tun der Gesellschaft nutzen. Und das – der Gesellschaft nützlich sein – ist eigentlich sozial [...]“ (Rodenstock 2001, 23). Dieses utilitaristische Deutungsmuster stellt die tradierte, typisierte gesellschaftliche Deutung des Verhältnisses von Wirtschaft und Politik auf den Kopf. Die Sozialpolitik⁵³ – eines der ältesten Politikressorts überhaupt – war es von Beginn der Industrialisierung an daran gelegen, die finanzielle Ausstattung – und damit auch: die soziale Sicherung – benachteiligter Gruppierungen in der Gesellschaft zu verbessern. Und dies primär zum Zwecke einer Stabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung und der Einbettung in den von Lohnarbeit geprägten kapitalistischen Wirtschaftskreislauf. Sie war nie nur gut gemeinte, altruistische Politik („Stütze und Stachel im Fleisch der kapitalistischen Produktionsweise“ Lessenich 2008, 10), aber sie lockerte die Stellschrauben des Ungleichheit produzierenden Wirtschaftssystems ein wenig zu Gunsten der exklusionsbedrohten Bürger und ließ ihnen Einkommens- und Mobilitäts-, d.h. Aufstiegschancen in Form von *Umverteilungsmaßnahmen* zukommen. In dieser tradierten, Bismarckschen Diktion, die man in Anlehnung an den linguistischen Terminus auch eine

⁵² Vgl. etwa Duden 2007, 805 für das Wort „sozial“: „a) gesellschaftlich b) gemeinnützig, hilfsbereit, karitativ, Nächstenliebe ühend, selbstlos, uneigennützig [...]“.

⁵³ Vgl. dazu überblickend: Achinger 1958; Hentschel 1983; Kaufmann 2003.

spezifische *Diskurstradition* nennen könnte, erscheinen die beiden Begriffe Sozial und Arbeit als gegensätzliche Begrifflichkeiten.

Dies Verhältnis löst das INSM-Deutungsmuster „Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft“ *qua* einer *metonymischen* Sprachfigur auf. Es wird eine Kontiguität der beiden Begriffe, also eine Verbindung oder Nachbarschaft sachlicher Art konstruiert. Dies macht Sinn, betrachtet man die neueren sprachwissenschaftlichen Definitionen von Metonymien, wie sie bspw. John R. Taylor geliefert hat, wenn er zusammenfassend festhält, dass „the essence of metonymy resides in the possibility of establishing connections between entities which cooccur within a given conceptual structure“ (Taylor 2003, 325). Doch auch rein sozialpolitisch macht dies Sinn, denn: die rhetorische Stilfigur verfolgt im Rahmen des Konzeptes „Neue Soziale Marktwirtschaft“ das Ziel, einen *Bedeutungswandel*, mithin eine *Bedeutungsverengung* des Begriffs „Sozial“ auf die über ihr zu stehen scheinende Kategorie „Arbeit“ herbeizuführen. Rodenstock hält dazu fest: „In der Sozialpolitik muss der Beschäftigung Vorfahrt eingeräumt werden, Geringqualifizierten und anderen Problemgruppen durch einen Mix von Anreizen und Sanktionen der Weg in einen Job gebahnt werden“, denn: „Schlecht entlohnte Arbeitsplätze sind besser als gar keine Arbeitsplätze“ (Rodenstock 2001, 54f.). Um die wachstumsorientierte Vorfahrtsstraße noch zu vergrößern, bemerkt er in unumwundenem Ton: „Arbeit ist Leben, die Grenzen zwischen beiden Bereichen verwischen immer mehr“ (ebd., 67).

Der Bedeutungswandel besteht also darin, zunächst einmal die Ansicht zu manifestieren, dass es im Reformdiskurs zuvorderst um die Frage nach dem Primat der Gesellschaft geht. Die Antwort des INSM-Deutungsmusters liegt auf der Hand: die Wirtschaft und ihre Leistungskraft gemessen am Bruttosozialprodukt sind es, die in der Hierarchie vor Politik und Bürgerschaft und ihren egalitären Bedürfnissen zu rangieren hat. Darüber hinaus impliziert es eine Transformation der Beziehung zwischen Individuum und Gesellschaft bzw. der als Gemeinschaft empfundenen Gruppe von Akteuren, die mit gleichen, transformierten Rechten und Pflichten ausgestattet zu sein scheinen. Mehr dazu aber später bei den folgenden Analyseschritten.

Der etwaige Bedeutungswandel lässt jedenfalls konstatieren, dass das

Deutungsmuster eine *wachstums- und wettbewerbslogische* Deutungskomponente enthält. Dies hat wiederum eine zweifache Bedeutung im Gang der diskursanalytischen Argumentation: es ist einerseits der Rekurs auf neuere Expertendiskurse in der Wirtschaftswissenschaft, insbesondere auf die Humankapitaltheorie von Gary S. Becker, als auch die historische *Reminiszenz* an und der damit verknüpfte Versuch einer *Wiederbelebung* vom (wenig homogenen) Spezialdiskurs, der für gewöhnlich unter dem Titel „Ordoliberalismus“ firmiert und der bekanntermaßen die Ausbuchstabierung des Leitbildes „Soziale Marktwirtschaft“ unter Ludwig Erhard maßgeblich anleitete. Beide Spezialdiskurse werden bei den Ausführungen zur narrativen Struktur und der Dispositivanalyse Erwähnung finden.

Doch zunächst komme ich zurück zu ersterem Argumentationsstrang. Es liegt dem Deutungsmuster also die Annahme zugrunde, dass gesteigerte Wachstums- und Innovationspotenziale, hervorgegangen aus politischer Deregulierung, und damit assoziierte Wohlstandszuwächse die *conditio sine qua non* jeder wohlfahrtsstaatlichen Sozialpolitik überhaupt darstellen. Aus dieser Deutung heraus wird die „unbedingte Notwendigkeit zum Wandel“ (Institut der Deutschen Wirtschaft 2005, 13) vertiefend deutlich, wie es in einer der größten Studien der INSM zuspitzend heißt. Die unbedingte Notwendigkeit, der Zwang zur Assimilation an den, die Arbeitsmarktverhältnisse diktierenden, Wettbewerb einer globalisierten Wirtschaft wird als alternativlos konstruiert (frei nach dem „There is no alternative“ (TINA)-Prinzip, welches auf den Thatcherismus in Großbritannien zurückgeht). Das Deutungsmuster des „Sozial ist, was Arbeit schafft“ löst den Dualismus von Staat und Markt in einer rhetorischen Weise auf, in der die gesamtgesellschaftliche Adaption marktwirtschaftlicher Prinzipien als eine gemeinschaftliche (soziale) Losung erscheint, die sich nur an den „echten“ Abläufen des Lebens zu orientieren habe: „die Marktwirtschaft ist das perfekte Spiegelbild des richtigen Lebens“ (Wodok 2007, 18). Politische Interventionen werden als „Versuch“ bezeichnet, der „wahrlich einer Sisyphus-Aufgabe“ (ebd.) gleiche, denn: wirtschaftliche Zyklen und konjunkturelle Schwankungen gehörten in der Wirtschaft eben dazu, seien unhinterfragt hinzunehmen und entzögen sich

des Interventionsraumes, wie im normalen Leben es gleichermaßen dazugehöre, wechselnden Wetterlagen ausgesetzt zu sein und dies als *conditio humana* zu akzeptieren. Diese und andere Analogien firmieren dann in einem naturalistischen Postulat, das in der Broschüre exemplarisch wie folgt lautet:

„Wettbewerb ist nichts verwerfliches, sondern geradezu natürlich: Kleinkinder messen ihre Kräfte im Spiel, Hunde laufen um die Wette, Pflanzen wetteifern ums Sonnenlicht. Wettbewerb ist die Suche nach dem Besseren, nach Fortschritt und Erkenntnis – ohne dieses Streben säße der Mensch noch heute auf den Bäumen und würde die Erde noch immer für eine Scheibe halten.“ (ebd., 19f.).

Unter der natürlichen Wettbewerbs- und Fortschrittsägide scheinen sämtliche Verordnungen, Mechanismen und Regelstrukturen einer nach Egalität strebenden Gesellschaft, die diesem naturalisierten Prinzip zuwider zu laufen, kritik- und revisionswürdig. Und so wird – zusammenfassend aus jener Warte: „Die Marktwirtschaft ist an sich sozial und basiert grundsätzlich auf Leistungs- und Chancengerechtigkeit“ (Rodenstock 2001, 25) – der Blick frei, auf und für eine neue Ära (sozial)politischer Staatsräson. Eine Räson, die sich in Sätzen wie jenem ankündigt: „Ich bin in der Tat der Meinung, dass Beschäftigungspolitik viel weiter geht und sich nicht nur auf den Arbeitsmarkt beschränkt (Tietmeyer 2001, 32). Es ist die (sozial)politische Räson des entgrenzenden marktwirtschaftlichen Wettbewerbs in einer Wettbewerbsgesellschaft, unter dem sozialpolitische Umverteilung zum Wettbewerbsnachteil, also zum Kostenfaktor und Entwicklungshemmnis wird (vgl. auch Evers/Leggewie 1999, 332), wenn nicht sogar zum eigentlichen sozialen Problem der Gesellschaft, jedenfalls aber zum Problem *mangelnder Freiheit*.

Es zeigt sich ein kollektives Deutungsmuster, in dem das Soziale, der beziehungsstiftende Kitt zu einem kontingenten Erzeugnis der freien Marktkräfte unter Wettbewerbsbedingungen marginalisiert, als abhängige Variable aus der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft deduziert, d.h. *diskursiv rationalisiert*, wird und jedem politischen

Einflussgesuch somit vorgelagert und zwingend instruktiv erscheinen muss. Welche organisationstheoretischen Gründe und feldspezifischen Konsequenzen für diese Deutungsmusteranalyse konstatiert werden können, wird an späterer Stelle, bei der konkludierenden Dispositivanalyse, ausführlich dargelegt.

Das Deutungsmuster liefert insofern eine „gesellschaftlich vorübergehend konventionalisierte Deutungsfigur“ (Keller 2004, 104), als dass historisch gewachsene Begriffsbezüge hier miteinander verquickt werden, um so zu einer Neu-Verknüpfung von intentional hergestellten Bedeutungsgehalten einer „Wissens-Gemeinschaft“ (ebd.) – in diesem Fall der Organisation INSM und ihrer Fürsprecher – zu gelangen. Warum es sich bei diesem Muster zum Teil um ein altes Muster in neuem Gewand handelt und was an ihm neu ist, wird im Unterkapitel der Analyse der narrativen Struktur erläutert.

Komplementär zum untersuchten Deutungsmuster verhält sich die Klassifikation, die die als notwendig erachteten Reformschritte und die damit kausal attribuierten globalen Transformationen *positiv* konnotiert und als „Chance für alle“ *kognitiv neu einteilt*.

Es stellt sich als ein mit expliziten Handlungsaufforderungen versehenes Klassifikationsskript dar, dass sich dabei dem einzelnen Bürger, soziologisch gesprochen: der Rolle des staatsbürgerlichen Subjekts, in exponierter Art und Weise widmet. Die soeben skizzierte, transformierte Staatsräson⁵⁴ – mit Lessenich ließe sich von einer „aktivierenden‘ Wende der Sozialpolitik“ (Lessenich 2008, 77) gepaart mit und hervorgebracht durch den „neuen Geist des Kapitalismus“ (Boltanski/Chiapello 2003), die Kultur des Kapitalismus „flexibler Akkumulation“ (Harvey 1990, siehe auch: Sennett 2006) – sprechen – zeichnet sich, abgeleitet aus der Verschiebung im Verhältnis von Staat und Markt, nämlich durch eine Verschiebung im Verhältnis von Gesellschaft und Subjekt aus. Der marktwirtschaftlich „geläuterte“ Staat wird demzufolge mit der Aufgabe betraut, Freiräume zu schaffen. Freiräume, die es ihm ermöglichen „wirklich soziale Politik zu betreiben (...), also eine „Politik, die zur Eigeninitiative anregt“ (Tietmeyer 2001, 8). Von nun an bemesse sich die „Qualität von

⁵⁴ Dazu später im Rahmen der Analyse des Reform-Dispositivs mehr.

Politik (...) nicht an Verheißungen, die nicht haltbar sind. Sondern an der Fähigkeit der Regierenden, Freiheit zu sichern“ (ebd., 11). Eine „Regierung der Freiheit⁵⁵“ entlässt den Bürger in die Freiheit, das bedeutet weniger Bevormundung, artikuliert dafür aber den Zwang (oder: die Chance) zu mehr *Selbstverantwortung*, welche ferner mehr „Leistungs- und Risikobereitschaft, mit Wagemut und Unternehmergeist“ (ebd., 5) bedingt. Dieser politisch auferlegte „Zwang zur Freiheit“ ruft nichts weniger aus, als eine „Renaissance des Pioniergeistes“ (Rodenstock 2001, 50), der geleitet von „Neugier, (...) Beweglichkeit und einem Schuss Phantasie“ (ebd., 53) sich seiner selbst und der „Lust an der Leistung“ (ebd., 59) befähigt. Dies „unternehmerische Selbst“ (Bröckling 2007) entspringt eben jener kategorialen Unterscheidung, die in der spezifischen Problemstruktur vorstrukturiert, durch das Deutungsmuster in ein verknüpftes Interpretationsschema gebracht wird und abschließend in Folge des Narratives zu einer inneren Kohärenz gerinnt. Der INSM-Diskurs teilt die drei großen Transformationsmechanismen⁵⁶ des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts (Globalisierung, Demographie, Wissen/Kommunikation) in Gut und Böse bzw. Chance und Risiko ein und optiert für die Seite der Chance, wie der Schlüsseltext von Rodenstock „Chancen für alle“ symptomatisch und systematisch klarmacht. Das Problem *mangelnder Freiheit* wird überführt in die *Chance* zur *unternehmerischen Selbst-Gestaltung* des Lebens im sich stets wandelnden Rahmen übervoller, ökonomischer Wahl-Möglichkeiten, dem kulturellen „role model“ der Start-Up Unternehmen der damals so gefeierten *New Economy* folgend, im Anschluss an den dynamischen Pionierunternehmer nach Schumpeter⁵⁷ (1911). Wie die drei Diskurselemente Problemstruktur, Deutungsmuster und Klassifikation nun aber zu einer konsistenten Erzählung konfiguriert werden, wird umgehend im nachfolgenden Unterkapitel zur narrativen Struktur dargelegt.

⁵⁵ Vgl. Fach 2003 sowie Bröckling 2007. Näheres dazu siehe unter 6.1.3 und 6.2.2.

⁵⁶ Die ökologische Dimension (und ferner: ob nun Risiko oder Chance) wird übrigens symptomatisch wie systematisch ausgeblendet bzw. im Rahmen der paradigmatischen Wachstumsperspektive behandelt.

⁵⁷ Der Anschluss an den ökonomischen Diskurs der subjektivistischen Nationalökonomie der Wiener Schule ist damit angezeigt, parallel wird sogleich der dazu komplementär zu verstehende Humankapitalansatz von Becker diskursiv erschlossen.

6.1.3 Narrative Struktur: „Neue“ Soziale Marktwirtschaft

„Die Blindheit und *intellektuelle Fahrlässigkeit*, mit der wir dem Versorgungs- und Wohlfahrtsstaat zusteuern, kann nur zu unserem Unheil ausschlagen. Dieser Drang und Hang ist mehr als alles andere geeignet, die echten menschlichen Tugenden: Verantwortungsfreudigkeit, Nächsten- und Menschenliebe, das Verlangen nach Bewährung, die Bereitschaft zur Selbstvorsorge und noch vieles Gute mehr allmählich aber sicher absterben zu lassen – und am Ende steht vielleicht nicht die klassenlose, wohl aber die *seelenlos mechanisierte Gesellschaft*“
(Erhard 1964, 249)

Das narrative Muster der INSM-Reformkommunikation setzt sich aus zwei wesentlichen, typisierbaren und komplementär zu verstehenden Haupt-Narrationen zusammen. Auf der einen Seite ist es die historische Reminiszenz an das von Ludwig Erhard und der Freiburger Schule (der sog. „Ordoliberalismus“) entwickelte und zu konkreter politischer Programmatik gebrachte Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“. Daran schließen sich, wie nachfolgend beschrieben, weitere Neben- bzw. Subnarrationen mit besonderer, für die BRD spezifischer Symbolkraft an. Auf der anderen Seite inkorporiert die Initiative, allen voran auch der Vorsitzende des Kuratoriums Prof. Dr. Hans Tietmeyer sowie andere Mitglieder des Kuratoriums, unterschiedliche ökonomische Spezialdiskurse, wie sie mit den Namen Gary S. Becker (Humankapitaltheorie: „mikroökonomischer Imperialismus“), und Milton Friedman (Monetarismus, Mikroökonomik) als Diskurs der neoliberalen „Chicago School“ verbunden sind, und überführt sie in die Narration des „Neuen“ der Sozialen Marktwirtschaft.

Dass weder „der“ ordoliberalen, noch die mannigfaltigen ökonomischen Spezialdiskurse späterer Jahrzehnte in ihrer Eigenheit und Komplexität hier nachgezeichnet werden können, ist angesichts des zur Verfügung stehenden

Rahmens dieser Arbeit offensichtlich. Eine inhaltliche Kritik wäre überdies ohnehin im Rahmen einer Diskursanalyse nicht zielführend. Es soll also vielmehr darum gehen, die bis hier her geleistete Diskursanalyse (Problemstruktur, Deutungsmuster, Klassifikation) in den Rahmen der übergreifenden Narration der „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ einzubetten.

Das daraus konstruierte Narrativ, die *story line* der INSM-Wissenspolitik lässt sich im Vorgriff folgendermaßen zusammenfassen:

„In Anbetracht globaler Risiko- und Strukturverschiebungen ergeben sich neue politische Herausforderungen. Die diesbezügliche Misere Deutschlands in Form hoher Arbeitslosigkeit, stagnierenden Wirtschaftswachstums und andauernder Reformunfähigkeit ist das Problem mangelnder Freiheit und beruht auf einer Abweichung vom Weg des einstigen Erfolgsmodells Soziale Marktwirtschaft (Ursache). Nur unter Rückbesinnung auf die dynamischen Qualitäten dieses Konzepts und der zeitgemäßen Weiterentwicklung unter Bezug auf die ihr innewohnenden Tugenden der Freiheit, Verantwortung und Leistungsbereitschaft wird es möglich sein, das „Soziale“ in Deutschland zu modernisieren. Dazu ist es notwendig, die konsequente wettbewerblich-unternehmerische Ausrichtung aller Teile der Gesellschaft, d.h. ihrer Akteure und Themenfelder, insbesondere des Arbeitsmarktes („Sozial ist, was Arbeit schafft“) und des Bildungssystems („mehr Wettbewerb, mehr Effizienz und mehr Tempo“), sowie die weitestgehende Selbst-Kapitalisierung aller Bevölkerungsschichten als Chance zu verstehen und voranzutreiben. Sie spiegeln den Impetus der Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ wider, nur er verspricht Dynamik und „Chancen für alle“ und wird zu weiteren Wachstums- und Wohlstandszuwächsen führen (Wirkung). Ein zweites deutsches Wirtschaftswunder ist damit möglich“.

a) Soziale Marktwirtschaft

Die Reminiszenz an das Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ und der wiederkehrende Rekurs auf „ordnungspolitische Prinzipien“ stellen die

politische „backbone“ der INSM-Diskursproduktion zur Verfügung. Mit ihr verwandt und durch sie reflektiert sind die Säulen rarer nationalstaatlicher BRD-Symbolik: das „Wirtschaftswunder“, die Einführung der „D-Mark“ und die beispiellos rasche Rehabilitation Deutschlands in der Staatengemeinschaft nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, kurzum: die INSM-Narration haftet am Gründungsmythos der Bundesrepublik Deutschland.

Ludwig Erhard als zentrale politische Figur der Nachkriegsjahre, wird zur Ikone des Wiederaufbaus, des Widerstandes gegen planwirtschaftliche Absichten und der kühnen, mutigen und zielsicheren Gestaltung einer Zukunft in Prosperität. In Annoncen mit dem Motto „Weck den Ludwig in Dir! – Mehr Erhard wagen“ wird Angela Merkel, damalige Chefin einer Großen Koalition, mit der charismatischen Erhard-Zigarre plakativ karikiert, um anzuzeigen, welche charismatische Persönlichkeit hier die entscheidenden, „nötigen“ Schritte mit scharfem Verstand und der nötigen Portion Esprit vorangetrieben hätte. Ludwig Erhard wird, wie auch an der Kampagne „Be Erhard!“ (vgl. Narrativ1) exemplarisch zu sehen ist, zur zentralen Marke der Initiative aufgebaut, er ist der *Markenkern* des Projektes INSM. Er soll dem staatsbürgerlichen Subjekt Identifikationsfigur und gutmütige, väterliche Führerfigur im idealtypischen Sinne zugleich sein: visionär, mutig, geschickt und stets um sozialen Ausgleich und Verantwortungsbewusstsein bemüht. Daran arbeitet die INSM hartnäckig, auch weil sie weiß, dass Erhard einen ausgezeichneten Ruf genießt und mit ihm weitere, äußerst positiv konnotierte Werte, Ereignisse und Diskurstraditionen der „politischen Öffentlichkeit“ einhergehen. Die daran anknüpfenden „Erhard-Lectures“ sind nur ein weiteres Beispiel der strategischen Diskursproduktion. Tietmeyer: „Wir Deutsche können bei dieser Erneuerung auf ein Konzept zurückgreifen, dass diesem Land schon einmal zu einem fulminanten Aufschwung verholfen hat“ (Tietmeyer 2001, 13). Es liegt auf der Hand: die INSM-Diskursstrategie fußt auf dem verkärten Geschichtsbild einer demoralisierten Nachkriegsgesellschaft, die von einem visionären, tatkräftigen und überaus integeren Mann⁵⁸ geleitet

⁵⁸ Die Leistungen der Wissenschaftler des Ordoliberalismus (Böhm, Eucken, Müller-Armack, Röpke, Rüstow u.v.m) und ihre divergierenden Ansichten bezüglich der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ausgestaltung des Ordoliberalismus und des damit assoziierten Begriffs „Soziale Marktwirtschaft“ werden bspw. nahezu ausgeblendet. Es gibt Stimmen, die soweit gehen und behaupten, dass Ludwig Erhard an der konzeptionellen

wurde und durch seine Ideen zu neuer tugendhafter Selbstvergewisserung fand. Er erscheint als moralischer und intellektueller Führer in Zeiten, in denen nicht nur Güter des täglichen Bedarfs knapp waren.

Es wird eine Analogie zur heutigen Lage angestrengt: in kollektiver Orientierungslosigkeit und Uneinsichtigkeit gegenüber dem „Notwendigen“ verfangen (Erhard spricht in seinem bekanntesten Werk „Wohlstand für alle“ vom damals schon abzusehenden „modernen Wahn“ des Versorgungsstaates und später von „*unwahrhaftiger Politik*“, Erhard 1964, 245; 249), gleicht das damals vorherrschende Meinungsklima dem heutigen scheinbar in frappierender Art und Weise. Die Vernunft ist abhanden gekommen und so wie damals, braucht es heute ebenfalls die führende Stimme des visionären und doch realitätsverwurzelten, verantwortungsbewussten (ordoliberalen) Freigeistes. Die Orchestrierung aller Themenfelder auf die Leitidee der INSM „Marktwirtschaftliche Reformen nützen allen“ und die Selbsttitulierung als „Stimme der ökonomischen Vernunft“ wendet diesen aufklärerisch-normativen Grundton zum organisationalen Strukturprinzip.

Die wohl akzentuierte Erinnerung samt imagegetriebener PR-Offensive im Namen Ludwig Erhards und „seinem“ Konzept der Sozialen Marktwirtschaft schielt auf die *legitimatorische Kraft* (Hypothese 7 des Philipps et. al'schen Modells, siehe 4.1) der rationalisierten Vorstellung von der wunder- und heilsamen *Befreiung und Auferstehung* einer geschundenen Nation unter der Ägide eines visionären Individuums durch sich und seine eigene Wirtschaftsleistung, gleich dem mythischen Vogel Phönix aus der (Kriegs-)Asche emporkommend. Die nationalstaatliche Symbolik und die hohe Bekanntheitsqualität, die diesen Texten innewohnt, erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Einbettung in diesbezügliche Diskurse der „politischen Öffentlichkeit“. Es soll das Versprechen Erhards' („Wohlstand für alle“) kognitiv reaktualisieren und daran geknüpft die Einsicht manifestieren, dass dies erstrebenswerte Ziel nur über die erneute Aktivierung der *eigenen* Wirtschaftskräfte zu erreichen ist. Die Ideen eines alles überstrahlenden Individuums bzw. in heutiger Analogie: einer kleinen Expertengruppe von „Söhnen im Geiste“ Ludwig Erhards, führen in der

Arbeit zur „Sozialen Marktwirtschaft“ gar keinen Anteil gehabt habe. Vgl. Görtemaker 1999, 141-146; Koerfer 1999, 153f.

Erzählung „das Volk“ (das staatsbürgerliche Subjekt) zu seiner *wahren* Bestimmung (wirtschaftliche Aktivität) und *Ordnung* seiner Selbst (in freiheitlich-verantwortungsbewusster Konkurrenz zu anderen Wirtschaftssubjekten). Foucault spricht im Zuge dieser neu gewonnenen, spezifisch nachkriegsdeutschen, neo- bzw. ordoliberalen Konfiguration historisierend von einer „informierenden Kraft der Gesellschaft“ (Foucault 2006, 210), an deren Ende eine „Unternehmensgesellschaft“ (ebd., 208) stünde. Der Staat wurde als starker Verteidiger des Rechtsstaates (allen voran: Eigentum-, Kartell- und Wettbewerbsrecht) und damit Garant einer Rahmenpolitik, die einen möglichst fairen Wettbewerb befördert, gedacht. Dem Mensch wurde durch sein rechtsstaatlich abgesichertes Eigentum Autonomie, ja individuelle Freiheit zuteil. Er sollte in den gesellschaftspolitischen Absichten der Ordoliberalen⁵⁹ zum „Mensch des Unternehmens und der Produktion“ (ebd.) werden, was aber damals schon aufgrund historischer „Altlasten“ (Bismarksche Sozialpolitik) sowie keynesianischer Strömungen⁶⁰ in der Politik nicht zur vollen Applikation gelangen konnte. So besehen lässt sich die Veridiktion⁶¹ der spezifisch ordoliberalen Informations-, die vor allem also eine wettbewerbliche Ordnungskraft sein wollte und ihre Legitimation über den erbrachten Wohlstand zu erzielen vermochte, rückblickend mit Foucault als unvollendetes liberales Regierungsprogramm bezeichnen (vgl. ebd.). Der soziologische Interventionsimpetus einiger ordoliberaler Ansätze erscheint indes nur eingeschränkt auf heutige gesellschaftliche Wissens- und Praxisordnungen anwendbar, seine diskursive Resonanzkraft wäre als nur mäßig einzuschätzen. Der Markt als mittlerweile *globalisierter* Ort der Veridiktion, samt veränderter Produktions-, Konsumtions- und Wettbewerbsbedingungen (Stichwort: Flexibler Kapitalismus), kennzeichnet heute ein anderes Muster der Unterscheidung von richtigem und falschem Regierungshandeln, eine transformierte Gesellschaft und damit auch ein

⁵⁹ Vor allem Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Alfred Müller-Armack entwickelten Konzepte einer Vitalpolitik einer soziologischen Regierung. Vgl. Röpke 1950; Rüstow 1951 sowie in Hunold 1953; Müller-Armack 1960.

⁶⁰ Spätestens mit Karl Schiller (SPD) als Wirtschaftsminister ab 1966 hielten keynesiansische Modelle Einzug in die deutsche Politik, mit denen ein interventionistischer Ausbau der sozialen Sicherungssysteme kontinuierlich verbunden war.

⁶¹ Den Begriff versteht Foucault als „die Gesamtheit der Regeln, die in Bezug auf einen gegebenen Diskurs die Bestimmung dessen gestatten, welches die Aussagen sind, die darin als wahr oder falsch charakterisiert werden können“ (Foucault 2006, 60).

transformiertes Feld der „politischen Öffentlichkeit“, als es noch zu Zeiten des Ordoliberalismus Gültigkeit besaß. Die Erzählung von einer Wettbewerb sichernden Rahmenpolitik der Sozialen Marktwirtschaft mit ihrem wirtschaftsethischen Diktum vom „ehrbaren Kaufmann“ (Rodenstock 2001, 38, im Anschluss an Hayek) muss sodann für das ausgehende 20. und beginnende 21. Jahrhundert anschlussfähig gemacht werden. Mit Bezug auf Hypothese 5 des Modells von Institutionalisierungsprozessen nach Philips et al. lässt sich ferner nachdrücklich untermauern, weshalb die Erzählung erweitert werden muss: neben der Rekursivität zu anderen produzierten Texten (Aussageereignissen) der INSM, welche ja *qua* dem kommunikativen Modell der Orchestrierten Kommunikation gegeben sein sollte, ist vor allem der Bezug auf bereits wohl etablierte Diskurse von hoher Relevanz für die strategische Einbettung von Texten in Diskurse. Aus diesem Kontext heraus scheint es angezeigt, maßgebliche Narrationen des weltumspannenden neoklassischen Theoriediskurses sowie der Managementliteratur der 1990er Jahre (der „New Economy“) dem tradierten Erhardschen Modell einzuverleiben. Davon erzählt der zweite Teil der Hauptnarration, der das „Neue“ der Sozialen Marktwirtschaft konstituiert.

b) Chicago School

Die „Chicago School“ als Primus des amerikanischen Neoliberalismus geht als einflussreiches ökonomisches Programm zurück bis in die 1920er Jahre. Über die wissenschaftlichen Diskursgrenzen hinweg Bekanntheit und politischen Einfluss erlangte die Schule allen voran durch Milton Friedman (zweite Chicagoer Schule) und Gary S. Becker (dritte Chicagoer Schule). Friedman wurde vor allem mit seinem Verkaufsschlager „Kapitalismus und Freiheit“ (1962) – einer Bibel des Marktliberalismus – populär, während Gary S. Becker (1964; 1976) mit der entscheidend von ihm mitentwickelten Humankapitaltheorie⁶² für Furore sorgte. Hervorzuheben für die hiesige Narrativanalyse ist Becker, dessen Theorie in wesentlichen Zügen für die Erzählung des zweiten INSM-Hauptnarrativs Pate steht.

⁶² Siehe Becker, Gary S.: „Human Capital: A Theoretical and Empirical Analysis, with Special Reference to Education (1964) sowie Beckers programmatische Aufsatzsammlung „Economic Approach to Human Behaviour“ (1976). Weiterer prominenter Vertreter ist Schultz 1986.

Becker ist es mit seiner Theorie im Grunde genommen daran gelegen, die Perspektive der inneren Rationalität menschlichen Verhaltens auf bislang von der ökonomischen Theorie nicht beachtete Gegenstandsbereiche auszuweiten und methodisch zu fundieren. Becker insistiert bei seinem Ansatz immer wieder hierauf: „It is a *method* of analysis, not an assumption about particular motivations” (Becker 1992, 38). Damit postuliert er die universelle Validität des utilitaristischen Erklärungsmodells der Ökonomie für jede Art von menschlichem Verhalten, nach dem ein Individuum nicht nur im ökonomischen Handeln, sondern im gesamten Handlungsspektrum, für alle sozialen Probleme (respektive soziologische Fragestellungen) gleichermaßen als *homo oeconomicus* auftritt und *vice versa* sämtliche ehemals nicht-ökonomischen Gegenstandsbereiche einer ökonomischen Analyse zugänglich gemacht werden. Dieser *homo oeconomicus* ist aber nicht mehr derselbe auf *Tauschnutzen* abzielende Rationalist, der er bei Adam Smith und der klassischen Nationalökonomie war. In der neoklassischen Variante von Gary S. Becker wird er, wie Foucault konstatiert, zum „Unternehmer seiner Selbst [...], der für sich selbst sein eigenes Kapital ist, sein eigener Produzent, seine eigene Einkommensquelle“ (Foucault 2006, 314). Diese Einkommensquelle akkumuliert sich in seinem eigenen *Humankapital*, in welches er folglich zu investieren hat. Dabei verhalten sich alle Entscheidungen, die er in seinem Leben fällt, als „Wahlentscheidungen zwischen konkurrierenden Präferenzen“ (Bröckling 2007, 94), aus denen er zum Zwecke einer nutzenmaximierenden Ressourcenallokation die beste Alternative auswählt. Das zu höherer Kapitalisierung führende Gut, über das entschieden wird, kann gemäß der Methodik des „ökonomischen Imperialismus“ bzw. „Ökonomismus“ alles sein: das Individuum wird schlicht als *Produzent von knappen Ressourcen* modelliert. Ressourcen wie etwa „Wissen und Fertigkeiten, der Gesundheitszustand, aber auch äußeres Erscheinungsbild, Sozialprestige, Arbeitsethos und persönliche Gewohnheiten“ (ebd., 90) und dessen investive Entwicklung obliegen ganz allein ihm. Das Ausschöpfen dieser Individualressourcen erscheint im Lichte des INSM-Narrativs als komplementäre Strategie: zur individuellen Kapitalisierung und damit kognitiven Instantiierung der Wahrnehmung als

„unternehmerisches Selbst“ sowie zur „Bildung von Humankapital, das die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft erhalten soll“ (Institut der Deutschen Wirtschaft 2005, 97). Ersteres Element fußt – so ist etwa in einem Artikel der INSM-Publikationsreihe „Chancen des Wachstums“ zu lesen – auf der „schöpferischen Verwertung von Ideen“ (Audretsch 2008, 102) durch einen *Entrepreneur*, der den *Rohstoff* „Idee“ bzw. Wissen als Basis seiner eigenen Unternehmung in den Marktkreislauf einbringt. Dieser schöpferische Unternehmer-Typ ist dabei „weniger als Bedrohung der bereits vorhandenen Organisationen zu sehen, sondern vielmehr als zusätzliche Kraft, die für Innovationen und Dynamik sorgt“ (Audretsch 2008, 102). Er befördert den Wettbewerb und trägt damit systematisch zu neuem Wirtschaftswachstum in einer *alternden Wissensgesellschaft* bei. Dazu bedarf es der konsequenten Stärkung des Humankapitals, der größtmöglichen *Bildungsrendite*, auf jeder Stufe des Bildungssystems – von der Wiege bis zur Bahre: „Dies [die Politik des lebenslangen Lernens, Anmerkung K.M.] sollte mit einer frühkindlichen spielerischen Heranführung an das Lernen beginnen, vorschulisch verbreitert („starting strong“), pflichtschulisch bestbetreut fortgeführt werden und berufserstausbildend und –weiterbildend so weit als möglich durch Wettbewerbs- und Nachfragesteuerung zur lebenslangen Beschäftigungsfähigkeit von Erwerbspersonen führen“ (Institut der Deutschen Wirtschaft 2005, 98). In der „Entrepreneurial Society“ (Audretsch 2008, 100) der Neuen Sozialen Marktwirtschaft wird der von Becker proklamierte Homo oeconomicus und damit der Bürger zum flexiblen Wissens- bzw. Ideen-Entrepreneur stilisiert, dessen lebenslange *Pflicht* es ist, in sein eigenes Humankapital zu investieren, um so seine neu verbürgten Freiheiten, die der „schlanke Staat“⁶³ durch sein (bildungs)politisches „Management von Freiheit“ (Tietmeyer 2001, 12) gewährleistet, derart zu kapitalisieren, dass er selbst und die Wirtschaft sie bestmöglich (d.h. flexibel und rational) und ein Leben lang Sinne steigenden Wirtschaftswachstums und Prosperität auszuschöpfen vermögen. Tietmeyer hält paradigmatisch fest: „New Economy“, die neue Wirtschaft, muss

⁶³ So auch der Titel einer mehrstufigen Reihe von Unterrichtsmaterialien, die die INSM im Rahmen ihres Kooperationsprojekts „Wirtschaft und Schule“ für interessierte LehrerInnen zur Verfügung stellt. Vgl. Narrativ2

einhergehen mit einem neuen Verständnis vom Menschen, der sich vom Mit-Arbeiter zum Mit-Unternehmer entwickelt“ (Tietmeyer 2001, 11).

Der INSM-*plot* lässt sich nun nach Rekonstruktion seines roten Fadens – erneut mit Rekurs auf die Definition von Thunert (2003) – abschließend als organisationales Wissenskonstrukt des Think-Tanks „INSM“ spezifizieren, der weitaus weniger an akademischer Reputation interessiert ist, als sein kommunikatives Wirken vielmehr auf der Diffusion und Durchsetzung einer *gewandelten* Erzählung der Sozialen Marktwirtschaft beruht. Ihren Kern bildet die rationalisierte Vorstellung der Beherrsch- und Steuerbarkeit von Welt im Paradigma des wirtschaftlich-technologischen Fortschritts, das „Glaubenskalkül“ (vgl. Meyer/Rowan 1983) von der planvollen *Chancen-Gestaltung* im Angesicht hochkomplexer, interdependenter, ökologisch-gesellschaftlicher Wandlungsprozesse, wie sie in der (diskursiv erzeugten) Risiko- und Flexibilitätswahrnehmung des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts verankert sind. Mit diesem Rationalitätsmythos einher, dessen narrative Rahmung wiederum mit Keller als kontestierbarer Weltzustand (vgl. Keller 2008, 252) verstanden werden kann, geht eine prinzipielle Verschiebung des Verhältnisses von Staat und Markt (mehr Markt, weniger bzw. rationalisierter Staat) und die dazu passende staatsbürgerliche Subjektivierungsform des dynamischen Pionier- und Humankapitalisten⁶⁴. Der erste Teil der Analyse des strategischen Interessenpolitikmanagements – die inhaltliche Struktur der INSM-Diskursproduktion – samt inhärentem *Bedeutungswandel* wäre somit geleistet. Es fügt sich nun die Materialitätsanalyse an, die u.a. auch klären soll, ob daraufhin mit Meyer/Rowan von einer Entkopplung von diskursiver Praxis und typisiertem Diskursinhalt gesprochen werden kann (oder nicht) und inwiefern eine Proklamationsstrategie seitens der INSM vorliegt.

6.2 Materialität des INSM- Diskurses

Auf die inhaltliche Analyse der INSM-Diskursproduktion folgt nun eine Materialitätsanalyse, die sich aus den Teilen: Legitimität der diskursiven

⁶⁴ In der soziologischen Literatur wird diese Art von Arbeitskraft auch unter dem Begriff „Arbeitskraftunternehmer“ diskutiert. Vgl. Pongratz/Voß 2003.

Praktiken (6.2.1), Akteurskonstellationen und Diskurskoalitionen (6.2.2) und Dispositivanalyse (6.2.3) zusammensetzt.

6.2.1 Legitimität der diskursiven Praktiken: Die Causa „Marienhof“

Die ARD-Sendung Marienhof wird produziert von der Bavaria Film GmbH, die zu Deutschlands größten Filmproduktionsstätten gezählt wird. Aus einer im Jahr 2005 veröffentlichten Liste der ARD-Clearingstelle wurde offenbar, dass der Unternehmensberater Andreas Schnoor mit seiner Münchner Firma Kultur + Werbung (K+W) GmbH und H.+S. Unternehmensberatung GmbH als Vertragspartner mit der Bavaria Film GmbH für Auftraggeber Themen-Placements bzw. die Schaltung von Schleichwerbung organisiert hat. Darunter befand sich neben L'Tur, World Vision und dem Apothekenverband auch die INSM. Sie bezahlte für 8 Themenplatzierungen⁶⁵ insgesamt 58.670,14€ (vgl. INSM-Marienhof-1). Dabei wurden also Szenen und Dialoge dergestalt konstruiert, dass sie die INSM-Themen „Zeitarbeit“, „Schule“ und „Steuern und Abgaben runter“ (vgl. epd-medien 2005, 27-30) zum zentralen Fokus hatten und den Kundenwünschen inhaltlich entsprachen. Zum Thema „Schwarzarbeit“ wird bspw. die Geschichte einer gerade arbeitslos gewordenen, alleinerziehenden Mutter erzählt, die sodann auf der Suche nach einem neuen Job begleitet wird. Dabei wird sie mit als selbstverständlich dargestellten Erwartungen konfrontiert, die sich im Schnittprotokoll über das fiktive telefonische Bewerbungsgespräch wie folgt lesen: „Der Ansprechpartner macht Jenny klar, dass sie ein sehr junges Unternehmen sind, bei dem Flexibilität, Engagement und eine 50-Stundenwoche an oberster Stelle steht“ (epd Medien 2005, 27), in der nächsten Szene berichtet die Mutter ihrem Arzt davon und stellt nach dieser enttäuschenden Telefonbewerbung hoffnungsfroh fest: „Mit ein bisschen Eigeninitiative werde ich schon irgendetwas finden! Wenn man was wirklich will, dann klappt das schon, früher oder später.“(ebd.) Einige Szenen später erzählt sie einem Freund

⁶⁵ Die in der Ausgabe der epd-medien veröffentlichten Schnittprotokolle werden hier samt Rechtschreibfehler, so wie sie die Schnittprotokolle enthielten, als Datenmaterial für die diskutierten Themenplatzierungen zitiert.

ganz freudig erregt von einem weiteren, diesmal erfolgreichen Vorstellungsgespräch bei einer Zeitarbeitsfirma: „Nicht nur einen Job! Eine richtig feste Anstellung [...]. Und das beste ist, völlig flexible Arbeitszeiten und wenn ich mal nicht kann, wegen der Kinder oder so, dann schicken die einfach einen Kollegen und die Zeit kann ich auch selbst bestimmen! Ich bin sozialversichert, kriege Urlaubsgeld und ein 13. Monatsgehalt. Und durch die unterschiedlichen Einsätze ist Abwechslung garantiert!“ (ebd., 27f.). Die Szene im Protokoll endet mit: „Matthias begeistert: ‚Das ist es doch! Geradezu auf Leute wie dich zugeschnitten!‘“ (ebd.). Die positive Konnotation von Zeitarbeit, flexibilisierten Arbeitsbeziehungen und der fiktionalen „Beweis“, dass Leistung und Eigeninitiative sich auszahlen geben hier augenscheinlich die Intention des gekauften Dialogs wider.

Zum Thema „Schule“ wird ausgehend von den Ergebnissen der Pisa-Studie eine Schule im Umbruch konstruiert. Die engagierte Referendarin Valerie Kniebe diskutiert mit einer Schülerin, das Protokoll skizziert: „Schule soll euch schließlich auf das spätere Leben vorbereiten, also warum docken wir ans spätere Leben nicht einfach ein bisschen früher an?!‘ Eine Schülerin fragt interessiert: Wie meinen Sie das?’ Valerie: ‚Na der Informatikkurs z.B. könnte den Internetauftritt für eine Firma vorbereiten. Da könnt ihr hautnah die Bedürfnisse einer Firma kennenlernen!‘“ (ebd., 29). Später entwirft das Protokoll ein Zwiegespräch von Kniebe und dem Schulleiter: „Beide sind der Meinung, dass ich auch bei den Lehrern etwas ändern muss: ‚Leistungsorientiertes Arbeiten und leistungsorientierte Bezahlung!‘“ (ebd.). Zu guter Letzt schlägt die Referendarin dem Schulleiter vor: „Vielleicht könnten Sie ja schon mal anfangen, bei den Firmen im Marienhof Werbung für unseren ‚Arbeitskreis Schule und Wirtschaft‘ zu machen!“ (ebd.). Auch hier werden Eigeninitiative, Leistungswillen sowie die angezeigte Dringlichkeit einer engeren Verzahnung von Wirtschaft und Schule (nicht gerade zufällig im gleichnamigen, real existierenden INSM-Programm „Wirtschaft und Schule“ angestrebt und umgesetzt, vgl. INSM3) positiv konnotiert und als alternativloser Sachzwang (der fiktive Schulleiter dazu: „[...]unsere Selbstkritik muss viel schärfer werden. Wir entlassen junge

Menschen in eine Welt, die nun mittlerweile einfach anders aussieht! (Dettmer: ‚Hört,hört‘) Wir hören eben nicht genug, das ist ja das Problem! Schule braucht Theorie und Praxis! Computer,Internet ..““, ebd., 28) dargestellt, dem man sich bislang einfach verweigert, nicht richtig zugehört habe.

Die offensichtlich enge Verzahnung der hier nur exemplarisch dargestellten Dialoge und szenischen Abläufe mit den von der INSM propagierten Themen und Wertsetzungen begründet der damalige INSM-Geschäftsführer Dieter Rath zunächst folgendermaßen: „Der inhaltliche Schwerpunkt der Zusammenarbeit lag auf der Vermittlung von Grundkenntnissen über unsere Wirtschaftsordnung, etwa beim Thema Schwarzarbeit sowie der Bedeutung eigenen Engagements bei der Suche nach einer Ausbildungs- oder Arbeitsstelle. Die Themenauswahl vermittelte aktuelle Informationen, die zur damaligen Zeit sowohl von der Bundesregierung als auch von der Opposition allgemein propagiert wurden.“ (INSM-Marienhof-2). Man versuchte den Fall im gleichen Statement noch herunterzuspielen, in dem man verlautbarte: „Die ‚Marienhof‘-Kooperation war somit eine sehr kurze Episode in der mittlerweile rund fünfjährigen Geschichte der Initiative.“ (ebd.) In einer anderen Stellungnahme, die die INSM der zivilgesellschaftlichen Organisation Lobbycontrol zuvor (22.9.2005) vorgelegt hatte, führte man von Seiten der INSM diesbezüglich noch weiter aus, dass die „Themenauswahl [...] selbst bei kritischer Betrachtung ideologiefrei“ (INSM-Marienhof-3, 1) gewesen sei und schlussfolgerte: „„Insofern entsprach dies auch dem Bildungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks““ (ebd.). Neben Lobbycontrol widmete sich auch ver.di der „Causa Marienhof“ und warf der INSM Medienmanipulation vor (vgl. INSM-Marienhof-4).

Die Eigendarstellung der INSM als intermediäre Instanz zur neutralen Vermittlung von sachlichen Inhalten und dem Allgemeinwohl zugetanen Bildungsangeboten, aus denen sowohl eine „compliance“ in Bezug auf den Rundfunkstaatsvertrag, sowie den öffentlich-rechtlichen Bildungsauftrag – und damit verbunden: ein nicht-kommerzieller Anstrich – abgeleitet wurden, konnte sich nicht lange halten. Im darauf folgenden Jahr sprach der Deutsche Rat für Public Relation (DRPR) eine öffentliche Rüge aus, sowohl

an die INSM wie auch an den assoziierten Vertragspartner in Körperschaft der beiden Unternehmungen von Andreas Schnoor. Im Urteil heißt es:

„Schleichwerbung stellt eine unzulässige Form der Zuschauerbeeinflussung dar. Sie ist nicht nur durch die Rundfunkstaatsverträge verboten. Auch der PR-Code de Lisbonne (Art. 4) und eine Verhaltensrichtlinie des DRPR zu Schleichwerbung und Product Placement gebieten offene und leicht als solche erkennbare Werbemaßnahmen. Diese Offenheit wurde bei den Themenplacements der INSM vermieden“ (INSM-Marienhof-5).

Die INSM akzeptierte die Rüge umgehend mit den Worten:

„Wir bedauern diesen Fehler und haben dies in einer öffentlichen Erklärung am 23.9.2005 bereits deutlich gemacht. Der Initiative wurde von der Produktionsgesellschaft H.+S. mehrfach versichert, dass die Form der Zusammenarbeit in Einklang mit dem Rundfunkstaatsvertrag stehe und die zuständige ARD-Redaktion die Stücke abnehme. Diese Information hat sich im Nachhinein als falsch herausgestellt. Die Zusammenarbeit mit H.+S. wurde 2002 nach wenigen Monaten beendet.“ (INSM-Marienhof-6).

Die Erwiderung des ebenfalls gerügten INSM-Vertragspartners, Herr Schnoor und seine beiden Unternehmen, liefern darüber hinaus einige interessante Aspekte. In dieser heißt es laut DRPR-Presseerklärung zur Urteilsbegründung:

„1. Der Rat ist nicht zuständig, 2. Schleichwerbung ist im Rundfunkstaatsvertrag definiert und kann daher als Vorwurf nur gegenüber Sendeunternehmen als Programmveranstalter erhoben werden, 3. Die Auffassung des Rats zur Schleichwerbung und Product Placement steht im Widerspruch zur Auffassung der EU-Kommission und lässt sich nach Verabschiedung der neuen Fernsehrichtlinie nicht mehr ernsthaft vertreten.“ (INSM-Marienhof-7).

Während sich die INSM reumütig zeigt, zweifelt die Unternehmung von Herrn Schnoor die Kompetenz des DRPR an, macht juristische Ungereimtheiten geltend und beruft sich auf die EU-Kommission als supranationale Politikinstanz. All diese Punkte macht die INSM *nicht* geltend, obwohl (nein: gerade weil) sie als privatwirtschaftlicher Akteur dieselben Gründe hätte anführen können. Doch in der ohnehin schon heiklen Situation sieht sie reputations- (unabhängige Organisation mit Gemeinwohlorientierung!) bzw. legitimitätsbedingt von einer weiteren Anfechtung ab, gesteht ihre Fehler (mit fortschreitender Dauer auch ohne Einschränkungen) ein und kooperiert sogar, z.B. durch die Bereitstellung der Schnittprotokolle an epd-medien, mit denjenigen Organisationen, mit denen sie in einem legitimitätsrelevanten Zusammenhang steht. Dies steht auch in Einklang mit Hypothese 2 des Modells von Institutionalisierungsprozessen von Philipps et. al, nach dem vor allem solche Handlungen mit höherer Wahrscheinlichkeit zur Textproduktion in einer Organisation führen, die die Legitimität einer Organisation potenziell bedrohen, erhalten oder verstärken könnten, als Handlungen, die keinen Bezug zur Legitimität einer Organisation aufweisen (vgl. Philips et al. 2004, 642). Das bereitwillige und offenkundige Anbieten von relevanten Informationen (Texten) schlägt sich *eo ipso* in einer positiven Sanktion (allerdings im Rahmen einer insgesamt negativen Sanktion, der Rüge) durch den DRPR nieder, der der lückenlosen Aufklärung, sofortigen Distanzierung und Kooperationsbereitschaft der INSM Lob und Anerkennung ausspricht (vgl. INSM-Marienhof-3). Dies nachträgliche textgenerative Verhalten der INSM dürfte noch größere Legitimitätseinbußen verhindert haben.

Aber nicht nur die INSM, auch die ARD reagierte. Als weitere Maßnahme – neben der Veröffentlichung durch die Clearingstelle – gegen Schleichwerbung, beschloss sie u.a. eine Anpassung der Produktionsverträge, die Einführung einer Programmebeobachtung sowie konkretisierende juristische Klauseln zur besseren Trennung von Werbung und Programm (vgl. ARD-Clearingstelle 2005). Darüber hinaus erließ auch der Europäische Rat ein Jahr später eine neue Richtlinie für die Trennung von Werbung und Programm im Rahmen der „Koordinierung

bestimmter Vorschriften für audiovisuelle Mediendienste“, in der Product Placement ausdrücklich, bis auf wenige Ausnahmen (so z.B. bei Sportgroßereignissen) verboten wird (vgl. INSM-Marienhof-EU).

Die bilanzierten Reaktionen des organisationalen Feldes „politische Öffentlichkeit“ auf die wenig transparente Grauzone von interessen geleiteter PR/PA und Journalismus stellen für die inhärenten institutionellen Regelstrukturen mit Rekurs auf das Scottsche Drei-Säulen Modell folgenden Wandel dar:

- eine *kognitive Sensibilisierung* (Wahrnehmung von PR/PA-Aktivitäten politischer Organisationen als Grauzonenproblem des Qualitätsjournalismus und der politischen Bildung sowie der demokratischen Verfasstheit insgesamt)
- eine *normative Amplifizierung* (Sanktionspotenzial durch medienwirksame Präzedenzfälle erhöht sich)
- und eine *regulative Spezifizierung* (genauere Beschreibung und Bezeichnung der juristischen Tatbestände durch politische Gesetze bzw. Richtlinien der EU und neuer Maßnahmenkatalog der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten).

Im Rahmen der angestrebten prozessualen Analyse institutionellen Wandels – bezogen auf Wandlungsprozesse im organisationalen Feld der politischen Öffentlichkeit – wäre damit ein erster Schritt getan. Auf die zunehmende Infragestellung von und Sensibilisierung für Themensetzungspolitiken⁶⁶ als eine der entscheidenden diskursiven Praktiken des strategischen Interessenpolitikmanagements interessen geleiteter Organisationen wie der INSM folgt allerdings nicht zwangsläufig – trotz aller Beschwichtigungen – eine veränderte Organisationspraxis. In einer kürzlich, ebenfalls von Lobbycontrol beleuchteten INSM-Kampagne namens „Deutschland 24/30“ werden erneut erhebliche Zweifel an der Unbefangenheit der involvierten Kooperationsunternehmen sowie der angestrebten Diskursproduktion laut.

⁶⁶ Man könnte auch in einem rein politologischen Sinne von Agenda-Setting oder Agenda Building sprechen, allerdings verfehlen die Begriffe den hier adressierten Sachverhalt. Zu den Themensetzungspolitiken der INSM zählen auch – dies sei hier noch einmal extra hervorgehoben – vor allem das bildungspolitische Engagement (vgl. INSM3), die Kooperation mit staatlichen Bildungsträgern. Eine gesonderte darauf bezogene Diskursanalyse kann im Rahmen dieser Arbeit leider nicht geleistet werden.

In einem von der Castingagentur Weldy ausgeschriebenen Stellengesuch werden drei JournalistInnen gesucht, „die der sozialen Marktwirtschaft gegenüber positiv eingestellt und einem unternehmernahen Auftraggeber gegenüber aufgeschlossen sind“, zitiert Lobbycontrol aus der ihnen vorliegenden Stellenausschreibung und dem von der INSM stammenden Infoblatt. Brisant werde die Angelegenheit, so Lobbycontrol weiter, zudem dadurch, dass „zwei der drei von der INSM engagierten Reporter als Journalisten für den öffentlich-rechtlichen Sender rbb tätig sind“ (INSM-Marienhof-8, 2), sowie die Verbindung zur RTL Journalistenschule, die die Stellenausschreibung weitergeleitet und bereits in der Vergangenheit mit der INSM kooperativ Schulungen bzw. Seminare für angehende Journalisten organisiert hatte (vgl. ebd.). Auch wenn die Vorwürfe von Lobbycontrol von Seiten des rbb korrigiert wurden, dahingehend, dass nur einer der Journalisten als freie Mitarbeiter angestellt sei und Nebenanstellungen freier Mitarbeiter rechtlich ohnehin nicht zu beanstanden wären (vgl. INSM-Marienhof-9), so bleibt doch zu konstatieren, dass die INSM weiterhin an ihren diskursiven Praktiken und der Vernetzung mit relevanten Medienorganisationen festhält und diese auch weiterhin etablieren kann.

Eine dahingehende *Entkopplung* nach Meyer/Rowan (1983) von „veröffentlichter Meinung“ (Avenarius 2000, 140ff.) und *organisierter Praxis* erscheint angesichts der andauernden Grauzonen-Problematik plausibilisierbar. Fasst man die INSM, wie hier geschehen, mit DiMaggio (1988) als institutionellen Unternehmer mit einer mehr als ausreichenden (personal-netzwerkhaften, finanziellen und kommunikativen) Ressourcenausstattung, so verwundert die Beharrlichkeit, mit der die soeben skizzierte Strategie einer systematischen Kreuzung bzw. Mobilisierung differenter *institutioneller Logiken* in Form interessengeleiteter Handlungs- bzw. privatökonomischer Kontraktratio (Inhalt gegen Bezahlung) in die Sphäre öffentlichen Rechts (bzw. mit Organisationen der öffentlich-rechtlichen Sphäre) und der damit verzahnten symbolischen Allgemeinwohlrepräsentation und Non-Profit Orientierung verfolgt wird, nicht. Diese *Transgression*⁶⁷ spiegelt den von Friedland/Alford (1991) (siehe

⁶⁷ Ein weiterer, sehr ähnlich gelagerter Fall wie die Marienhof-Koproduktion, ist die aus dem Jahr 2003 datierende Zusammenarbeit des Wirtschaftsjournalisten (u.a. ausgezeichnet mit dem Ludwig-Erhard Preis 2003 und der Hayek Medaille 2006) und Filmproduzenten Günter Ederer mit der INSM für eine gemeinsame dreiteilige ARD-Dokumentation über die „Märchen“ der Sozialpolitik und über Reformstau. Die INSM trug ein

oben, 3.3.1) postulierten Mechanismus institutionellen Wandels wider, nach dem selbiger immer „with the creation of both new social relationships and new symbolic orders“ (ebd., 250) einhergeht. Die hier untersuchte diskursive Praxis und die darin zum Ausdruck kommende Legitimitätsordnung sprechen dafür, dass die Akteure der INSM zumindest über weite Strecken – trotz erheblicher Gefährdung und auch Abnahme von Legitimität in Form von öffentlicher Kritik –, „artful in the mobilization of *different* institutional logics to serve their purposes“ (ebd., 254) waren. Wie sich relevante Akteurskonstellationen bzw. Diskurskoalitionen im öffentlichen Reformdiskurs ausnehmen und weshalb die INSM wider erwarten eine mithin äußerst positiv distinguierte Position im Reformdiskurs nach wie vor ihr Eigen nennen kann, wird nachfolgend und abschließend in der Dispositivanalyse eruiert.

6.2.2 Diskursive Formation: Akteurskonstellationen und Sprecherpositionen im öffentlichen Reformdiskurs

„Von der Westbindung über die Soziale Marktwirtschaft bis zur Einführung des Euro hat die Führungsspitze der Christdemokraten an den Wendemarken der Bundesrepublik immer schon von Geschichte oder Leitkultur gesprochen, wenn eigentlich etwas absolut Neues zu bewerkstelligen war“

(Lau 2009, 7)

Zunächst ist von den Akteurskonstellationen zu sprechen, die sich zwischen der Organisation INSM und anderen politischen Organisationen (insbesondere zur Volkspartei CDU/CSU) aufgetan haben oder hatten. Wie bereits erwähnt, wurde das von der INSM kreierte Deutungsmuster „Sozial ist, was Arbeit schafft“ zum geflügelten Wahlslogan weiter Teile des konservativ-liberalen⁶⁸ Spektrums im Wahljahr 2005 (auch schon im Wahljahr 2002). Sowohl CDU (vgl. INSM-Diskurskoalition-1; 2; 3), wie auch FDP beriefen sich immer wieder auf den Leitsatz der INSM und

Drittel der Produktionskosten, am Ende der Dokumentation erschien eine Bestellinformation für VHS-Videokassetten, samt der INSM-Anschrift als Bezugsquelle. Vgl. Lilienthal 2003.

⁶⁸ Das auch Politiker und Persönlichkeiten (wie der ehemalige SPD-Politiker Wolfgang Clement, sowie Peter Glotz, Klaus von Dohnanyi, Florian Gerster oder der ehemalige Grünen-Politiker Oswald Metzger) aus dem „linken“ bzw. sozialdemokratischen Spektrum zumindest temporär zum Stab der INSM-Assoziierten gehörten, soll nicht unerwähnt und auch nicht folgenlos für die hier angestrebte Analyse bleiben. Dazu später mehr.

machten mit daran anknüpfenden Slogans wie „Vorfahrt für Arbeit“ oder „Arbeit für alle“ Wahlkampf und überführten die enthaltenen Lehren in ihre Wahlprogramme. Es formierte sich schon zu Beginn eine hohe personelle Nähe wie auch ein inhaltlicher Austausch zwischen der INSM und insbesondere der CDU als „Mutter“ der Sozialen Marktwirtschaft. Dies belegt am eindringlichsten das 148 Seiten starke Diskussionspapier „Neue Soziale Marktwirtschaft“ (vgl. INSM-Diskurskoalition-5) der CDU vom August 2001, was sich in allen wesentlichen inhaltlichen Punkten mit der Programmatik der INSM deckt und auch dort schon viele Diskurspartikel der INSM aufweist. Es wurde von der Präsidiumskommission „Neue Soziale Marktwirtschaft“ unter dem Vorsitz von Angela Merkel erarbeitet. Mitglieder waren neben vielen hochrangigen CDU-Politikern auch Martin Kannegiesser (Chef des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und damit Schirmherr der INSM) und Prof. Dr. Dr. Karl Homann (Kolumnist für die INSM) sowie andere INSM-Assoziierte. Paul Kirchhof, prominenter Verfassungs- und Steuerrechtler, war lange Zeit Botschafter der INSM und gleichzeitig auch Teil des Kompetenzteams der Merkel-CDU im Wahlkampf 2005. Er galt als designierter Bundesfinanzminister im Falle eines schwarz-gelben Wahlsieges. Erst kürzlich wieder – anlässlich des Umzugs der INSM in die Hauptstadt Berlin – konnte die Initiative ihre lebendigen Allianzen mit der Anwesenheit zahlreicher, hochrangiger Politiker in den Reihen der Eröffnungsveranstaltung demonstrieren. Der amtierende Bundeswirtschaftsminister Brüderle (FDP) rief der INSM in seiner Rede zu: „Es gibt zu viele, die sich eher in bequeme Denkstrukturen zurücklehnen. Bleiben Sie hart und kämpfen Sie weiter“ und konstatierte: „Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat sich in diesem Zusammenhang schon seit vielen Jahren als wichtiger Impulsgeber erwiesen“ (INSM-Diskurskoalition-3). Neben ihm waren auch Herrmann Otto Solms (FDP) sowie der amtierende Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) anwesend. Im Juni 2009 hatten selbiger und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) noch in einem INSM-Symposium zum Thema „Erfolg mit Verantwortung – made in Germany: die Soziale Marktwirtschaft“ gesprochen. Die Antrittsrede des (nur kurze Zeit amtierenden) Arbeitsministers Franz-Josef Jung (vom 11.11.2009) enthielt

den Slogan sowie das damit verknüpfte Deutungsmuster „Sozial ist, was Arbeit schafft“ nahezu in Reinform (vgl. INSM-Diskurskoalition-6). Dies lässt es sinnvoll und notwendig erscheinen, einmal nach der inhaltlich-organisationalen Entwicklung der CDU seit Gründung der INSM zu fragen und dies kurz nachzuzeichnen. Denn die Lage und Befindlichkeit der einstiegen, großen Volkspartei CDU war zum Jahrtausendwechsel – nach dem schweren Machtverlust und dem Ende der Ära Kohl – eine geradezu prekäre und von Orientierungslosigkeit bestimmte. Das eben erwähnte, in der Frühphase der Opposition veröffentlichte Diskussionspapier „Neue Soziale Marktwirtschaft“ (27.8.2001), sowie der vorangegangene Artikel „Die Wir-Gesellschaft“ (18.11.2000, vgl. INSM-Diskurskoalition-7) von Angela Merkel können dahingehend als *parteistrukturelle* und *imagepolitische* Wende bezeichnet werden. In ihnen und der stark daran anknüpfenden, Merkel auch in der Öffentlichkeit auf das Podest der „Modernisiererin“ hieventen, „Quo vadis Deutschland?“ Rede (1.10.2003, vgl. INSM-Diskurskoalition-8) sieht Michael Schlieben dann auch die Vorläufer des legendären „Reform-Herbst“⁶⁹, der seine Vollendung im Leipziger CDU-Parteitag (1-2.12.2003) fand und die ganze Partei in einen nachhaltigen Wandlungsprozess manövrieren sollte. Die Programmatik sei dabei vor allem für „die Einführung möglichst vieler kapitalgedeckter und subsidiärer Elemente, also für eine allgemeine Entstaatlichung zugunsten von Eigenverantwortlichkeit und administrativer Dezentralisierung“ gewesen und hätte „als Argumentationsstütze den schiefen demographischen Faktor und die veränderten Globalisierungsbedingungen“ (Schlieben 2007, 175) angestrengt. Delhees et al. sprechen in diesem Zusammenhang von einer fortwährenden „strategischen Unsicherheit“ (Delhees et al. 2008, 11), die sich als Konsequenz aus dem historischen Machtverlust und dem Richtungswechsel des Leipziger Programms bei der Stammwählerschaft und in den eigenen Reihen der CDU eingestellt habe. Entgegen allen Widersachern, manche CDU-Politiker des sozial-katholischen Flügels sprachen von „Sozialagitation“ (Otte 2003 zit. nach Schlieben 2007, 180) aber auch viele Akteure aus den Chefetagen der

⁶⁹ An dessen Entwicklung im Auftrag von Angela Merkel der bereits vorgestellte Roman Herzog sowie Friedrich Merz, späterer Botschafter und Fördermitglied der INSM sowie Paul Kirchhof in der sog. Herzog-Kommission entscheidend mitwirkten und das als Gegenstück zur Rürup-Kommission (dort u.a. vertretene INSM-Botschafter: Roland Berger und Bernd Raffelhüschen), verstanden werden kann.

führenden Wirtschaftsverbände seien über die „Sozialdemokratisierung“ der CDU sehr enttäuscht gewesen (vgl. Lau 2009, 14), und des von Merkel erkannten „wahlstrategischen Risikos“ (Schlieben 2007, 178), führte sie die inhaltliche (die personelle sollte Schritt für Schritt nachfolgen) Reformierung ihrer Partei sukzessiv voran. Siebing diagnostiziert der reformierten CDU „eintöniger, einschichtiger als noch vor ein bis zwei Generationen“ zu sein und führt dies u.a. auf Veränderungen in der Partei-Spitze zurück, die neben der Basis „ebenfalls an Industriellen und Unternehmerpersönlichkeiten“ verloren habe: „in dieser Hinsicht ist sie nur noch eine verkappte Wirtschaftspartei“ (Schlieben 2007, 184, vgl. auch Lau 2009, 40f.). Anlässlich dieser und andere degenerativer Obduktionen stellt Schlieben die Frage, „wo noch nach dem zusammenhaltenden Kitt der Partei zu suchen ist“ (ebd., 187).

Dies zeigt: Die CDU ging inhaltlich-personale *Bindungen* und eine gegenseitige *diskursive Verschränkung* bzw. gemeinsame *Diskursproduktion* mit der INSM in einer Phase der *oppositionellen Selbstfindung* ein. Diese Form wechselnden Austauschs zwischen Akteuren, Semantiken bzw. Deutungsmustern und eingespielten diskursiven Praktiken (gemeinsame Symposien, Buchveröffentlichungen, die gemeinsame Wahl und wertende Bezugnahme auf zahlreiche INSM-Aktionen wie etwa „Reformer/Blockierer des Jahres“ in Zusammenarbeit mit der FAZ) ist aber nach erfolgter Rekonstitution der CDU nicht gekappt worden, im Gegenteil: sie ist auch gut *10 Jahre nach Gründung* der INSM und etlichen, wie eben skizzierten, Legitimitätskrisen immer noch *sehr lebendig* und das obwohl damals tragende Säulen dieser Politik wie Friedrich Merz kurze Zeit später aus der aktiven Politik ausschieden. Es ist mit Hajer von einer Diskurskoalition zwischen INSM und weiten Teilen der CDU (vor allem der Führung) zu sprechen, da eine gemeinsam geäußerte story-line über einen längeren Zeitraum bestand (und immer noch fortbesteht) und dies wesentlich zu einer *Diskursstrukturierung* (Hajer 2008, 278ff.) im Bereich der Wirtschafts-/Sozial-/Bildungs- und Steuerpolitik – also wesentlicher Bereiche politischer Gestaltung - im Sinne einer prävalenten Deutungshoheit *durch* die Diskurskoalitionäre geführt hat. Im neuesten

CDU-Grundsatzprogramm⁷⁰ „Freiheit und Sicherheit“ von 2007 (vgl. INSM-Diskurskoalition-9) heißt es:

„In Zeiten, in denen Vieles in Bewegung gerät, müssen wir alle den Mut zur Freiheit aufbringen. Ohne Freiheit können Chancen nicht genutzt werden. Dazu müssen wir auf die Kraft der Freiheit und damit auf uns selbst vertrauen, um die Zukunft zu gewinnen. Wir müssen neugierig und kreativ in die veränderte Welt blicken und die großen Herausforderungen annehmen. [...] Der Staat soll Freiheit sichern. Dazu muss er sich oft mehr zurücknehmen, manchmal aber stärker hervortreten, etwa um die Chancen unserer Jugend zu fördern. [...] Unser Leitbild ist die Chancengesellschaft, die zusammenhält und den Bürgern vielfältige Möglichkeiten eröffnet, in einer veränderten Welt ihr Leben zu meistern“ (ebd., 17f.).

Die Diskursgemeinschaft (Wuthnow 1989) reflektiert neben dem intendierten *Bedeutungswandel* politischer Programmatik auch einen *Wandel der Organisation von politischer Öffentlichkeit*. Trotz der hohen personalen Verflechtungen zwischen INSM und CDU kann kaum die Rede von einer organisationalen Fusion⁷¹ oder funktionalen Hierarchisierung zwischen den beiden Organisationen sein. Die INSM ist zunächst dem Kontrollbeirat der Financiers (Arbeitgeberverband Gesamtmetall u.a.) unterstellt und als Exekutivkraft ihrer organisierten Interessenvertretung Rechenschaft schuldig, auch inhaltliche Differenzen – etwa der Eklat um Edmund Stoibers’ und Michael Glos’ Austritt aufgrund divergierender Interessenpolitik der CSU im Zuge der Anti-Subventionskampagne⁷² der INSM – bestehen und könnten prinzipiell jederzeit durch einen internen Kurswechsel oder Machtverschiebungen innerhalb der CDU/CSU ausgeweitet werden. Es gibt demgemäß kein inter-organisationales Statut, auf das eine *formal erwirkte Kongruenz* von inhaltlichen Diskurspartikeln

⁷⁰ Verkürzt, pointiert und daher noch näher am gemeinsamen plot: „Dringlich ist die Verbesserung der Chancen, an den Möglichkeiten der Globalisierung teilzuhaben. Für mehr solcher Chancen wollen wir die Soziale Marktwirtschaft erneuern“ (INSM-Diskurskoalition-10, 8).

⁷¹ Die INSM dazu auf ihrer eigenen Homepage in der Rubrik FAQ (vgl. INSM-FAQ): Frage: „Ist die Neue Soziale Marktwirtschaft ein Programm der CDU?“ Antwort: „Die INSM verfolgt parteiübergreifend rein ordnungspolitische Anliegen und unterscheidet sich damit grundlegend von den Programmen der Volksparteien“

⁷² Vgl. hier: INSM-Stoiber.

und diskursiven Praktiken im Sinne einer Diskursgemeinschaft zurück zu führen wäre. Das Deutungs- und medienkooperative Angebot der INSM ist als kommunikative *Dienstleistung* zu charakterisieren und damit von einer der Patronage oder Gefälligkeitslogik folgenden Erstellungskausalität zu sondern, die INSM als von politischen Parteien unabhängiger institutioneller Wissens-/PR-Unternehmer zu begreifen.

Und doch: Entgegen der formalen Unabhängigkeit stehen Angebot (des interessegeleiteten Think-Tanks INSM) und Nachfrage (durch politische sowie mediale Organisationen) gleichwohl in einem besonderen, marktförmigen Bedingungsverhältnis. Es beruht auf der erkämpften *Sprecherposition* der INSM und im Zuge dessen auf der Übernahme einer in wesentlichen Zügen übereinstimmenden *organisationalen Situations-*, d.h. *Problemdefinition*, was sich am Set aus semantischen Sprechakten und diskursiven Praktiken der konservativ-liberalen und in ganz ähnlicher Weise auch für die „reformierten“ sozialdemokratischen Parteien⁷³ festmachen lässt und daher als spezifische diskursive Formation des öffentlichen Diskurses über „Reformpolitik“ zu fassen ist. Es sei hier erneut auf die beiden zeitnah einberufenen und einflussreichen Kommissionen „Rürup-Kommission“ (SPD) und „Herzog-Kommission“ (CDU) und ihre Besetzung mit zahlreichen INSM-Botschaftern und wissenschaftlichen Beratern erinnert. Dies untermauert auch das Modell von Philips et al, wonach Hypothese 6 davon ausgeht, dass vor allem hochgradig strukturierte sowie kohärente Diskurse der Wahrscheinlichkeit nach am ehesten zur Modifikation oder Kreation von Institutionen führen. Die hohe Strukturierungsleistung der INSM-Diskursstrategie durch die Rückführung (Orchestrierung) auf wenige, komplementär in sich greifende Thematiken und Positionen erhöht die Kohärenz der politischen Agenda, erleichtert ihre öffentliche Kommunikation und trägt somit das Potenzial in sich in Form von Gesetzten und anderen materialen Erscheinungen zu konstruierter Realität umgesetzt zu werden. Doch zunächst lässt sich nur von kollektiv erzeugten Wissensverhältnissen diesbezüglich sprechen, die erzeugt bzw. beeinflusst worden sind (vgl. Keller 2008, 267). Hinzu kommt weiterhin die prädisponierte Rolle der CDU, für die Michael Schlieben resümiert, dass sie

⁷³ Markantestes Exempel, wie bereits erwähnt, ist das Schröder-Blair Papier von 1999.

an sich keine Programmpartei sei, ihr fehle es an theoretischen Vordenkern (vgl. Schlieben 2007, 160). Dies habe „zunächst seinen historisch bedingten, sozialstrukturellen Hintergrund: Bei den intellektuellen und kulturellen Eliten der Republik hatte die CDU spätestens seit den 1960er Jahren keinen guten Stand“ (ebd.). Es gäbe kaum jemand, „der philosophische Traktate verfasst, Modesprachen prägt oder Trendwörter kreiert“ (ebd.). Das fehlende oder nachlassende Leistungsvermögen politischer Groß-Organisationen wie der CDU trägt somit zur, den Interessen der INSM entgegenkommenden, diskursiven Formation bei. Sie ist auch – im Zuge der Einbettung in das organisationale Feld – Spiegelbild des enormen symbolischen Kapitals (Bourdieu) der Initiative, das neben dem augenscheinlich üppigen monetären Kapital der Financiers zum Tragen kommt und dazu beitrug, die Formation temporär zu etablieren. Dies scheint anhand der eben geschilderten jüngsten Kooperationen evidenter Weise noch vorzuwiegen. Auch wenn am Beispiel der CDU sichtbar wird, inwiefern die INSM zu temporär hierarchisierten Diskursproduktionsverhältnissen gelangen konnte und damit wesentlich zur Veränderung gesellschaftlicher Wissensverhältnisse beitrug, so wäre sie *allein* dazu nicht in der Lage gewesen. Die diskursive Formation wird durch das *gemeinsame* koalitionäre *Sprechen* und *Organisieren* verschiedener Akteure stabilisiert. Sie hat großen Anteil an der Konstitution einer *Infrastruktur* der Produktion des Reform-Diskurses und der dadurch hervorgebrachten Problemlösungen, in der institutionelle Unternehmer wie die INSM an „*opportunity to realize interest that they value highly*“ (DiMaggio 1988, 14, Hervorhebung, K.M.) sehen. Wie die Infrastruktur im organisationalen Feld der „politischen Öffentlichkeit“ aufgestellt oder im Begriff ist, sich aufzustellen, davon handelt die abschließende prozessuale Analyse des Reform-Dispositivs.

6.2.3 Reform-Dispositiv: Die Opportunitätsstrukturen der INSM

„Die Bindung an eine Partei ist im Sinne einer schwachen Affinität gleich einer Bindung an ein Unternehmen. Man wählt eine Partei, wie man sich immer eine bestimmte Automarke kauft“
(Delhees et al. 2008, 181)

Es ist nun im Folgenden daran, für die bis hierhin geleistete inhaltlich-materiale Diskursanalyse zusammenfassend vom Dispositiv der Reformpolitik⁷⁴ zu sprechen. Ausgangspunkt ist dabei die Diagnose à la Delhees et al., die über Bedingungen und Erfolgchancen wohlfahrtsstaatlicher Reformkommunikation für das „institutionell stärker *fragmentierte*“ (Delhees et al. 2008, 10) politische System der BRD wie folgt räsonieren:

„Die Kommunikation von Reformpolitik bildet den entscheidenden Faktor, um Mehrheiten zu gewinnen und Macht zu erhalten. Die kommunikative Dimension bildet zwar nur *eine* Facette bei der Politikgestaltung und -umsetzung, aber ohne sie muss jede noch so gelungene Reform scheitern“ (ebd.).

Die Autoren gehen bei der stärkeren institutionellen Fragmentierung davon aus, dass sie die alleinige Kommunikation von Reformpolitik durch politische Parteien wesentlich erschwere (vgl. ebd.). Diese rückt die Leistungen anderer Akteure und die Bedeutung des organisationalen Feldes „politische Öffentlichkeit“ für das Zustandekommen von politischer Willensbildung und politischen Entscheidungen *qua überzeugender Reformkommunikation* erneut deutlich und führt geradewegs zur abschließenden Analyse der Beziehung von diskursiven Praktiken, Diskurs und Institutionen.

Gemäß der hier eingenommenen Perspektive *organisierter Interessenvertretung*, wird beim Dispositiv in erster Linie auf Fragen rekuriert, die sich im Zuge des Wandels ebenjener Interessenvertretungsmuster ergeben und in Zusammenhang mit dem Feld

⁷⁴ Dabei sollte vorab klar sein, dass der Einfluss der INSM auf die Entwicklung des Reformdiskurses nicht überzeichnet werden darf. Auch soll nicht der Eindruck erweckt werden, es gebe einen homogenen Reformdiskurs, als öffentlicher Diskurs besteht er im Wesentlichen aus vielen unterschiedlichen Subdiskursen. Im hier interessierenden Bezug zum globalen Mainstream der Rechtfertigungsordnung des flexiblen Kapitalismus (vgl. Boltanski/Chiapello 2003; Sennett 2009) bzw. der neo-liberalen Gouvernamentalität (vgl. Foucault 2006; Bröckling 2007) zeigt sich allerdings der emergente Charakter des dispositiven Phänomens, der sich als Referenzdiskurs herausdestillieren lässt. Daran anknüpfend muss der adaptiven, sowie pfadsensiblen Neu-Konstruktion des alten Leitbildes „Soziale Marktwirtschaft“ durch die INSM Rechnung getragen werden, wenn es darum geht, die Infrastruktur der (Re-)Produktion des hiesigen Diskurses und den damit verknüpften Praxiseffekten auf den Grund zu gehen.

„politische Öffentlichkeit“ und dem institutionellen Unternehmertum der INSM gesehen werden können und wie argumentiert wird: auch müssen. Die Rolle der ebenfalls inspizierten spezifischen Subjektivierungsform des Reform-Diskurses kann daher nicht weitergehend in Betracht gezogen werden, allerdings lassen Marktforschungsstudien wie das „Moralbarometer“ (vgl. Dispositiv-Subjekt-1) darauf schließen, dass – neben dem offenkundigen Einsickern der Programmatik in politische Gesetzestexte – auch dieser Adressat von der INSM auf kognitiver Ebene erfolgreich bearbeitet wurde.

Die diskursiv-organisationale Leistung der INSM besteht, um die bisherigen Erkenntnisse zusammen zu fassen, zum Einen in der pfadsensitiven, zukunftsbezogenen Erzählung *deutscher Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte* in Form einer szenarienhaften Wissenspolitik (*Neue Soziale Marktwirtschaft*) und zum Anderen in der *organisierten Transgression* vermittelt hoch professionalisierter Kommunikationstechniken und -formen (Orchestrierte Kommunikation, PR, Medienkooperationen, Astroturfing).

Ein Dispositiv, was als *Scharnier* zwischen Diskursen und dort enthaltenen Problemlösungsdefinitionen und -anweisungen für Praxisfelder fungiert, basiert wie weiter oben zitiert auf der *Institutionalisierung* eines Diskurses durch einen sozialen Akteur (vgl. Keller 2008, 259). Das heißt mit anderen Worten: Das institutionelle Unternehmertum der INSM beruht auf der Fähigkeit einen Diskurs zu initiieren oder wesentlich zu gestalten (gemäß *interest*) und die zu transformierenden Praxisfelder dabei derart zu bearbeiten (*political struggle*), dass daran beteiligte (organisationale) Akteure in einem möglichst flüssigen Übergang von ihren eigenen Gewohnheiten, Regeln, Deutungen, Schemata, Handlungsvollzügen und Beziehungen daran mehr oder wenig bewusst anknüpfen (kognitives ‚taken-for-granted‘), dies sogar aktiv favorisieren (normativer Konsens), oder aber angehalten sind, es zu tun (regulativer/kompetitiver Zwang).

Nun wird, im Anschluss an die Analyse der diskursiven Formation, vertiefend auf die organisationale Praxis politischer Parteien fokussiert. Dort wird seit längerer Zeit beobachtet – dies sei hier als Referenzpunkt gewählt –, dass sich die „catch-all-party“, wie Otto Kirchheimer (1965) die nach

Stimmenmaximierung trachtenden Volksparteien als neuen Parteitypus einst klassifizierte, als evolutionäres Destillat der Nachkriegsjahrzehnte zunehmend überholt und nun - angesichts der gestiegenen Ansprüche an ihre kommunikative Leistungsfähigkeit – im Prozess ihrer *Reformierung* kontingente Entwicklungspfade⁷⁵ aufweist (vgl. Delhees et al. 2008, 169-197). Merkels Politik der politischen Mitte („Hier ist die Mitte“) trägt – trotz der reformistischen Programmatik – immer noch den kommunikativen und strategischen Zug dieses sich erschöpfenden Parteientypus.

Interessant in Bezug auf die feldstrukturierende (dispositive) Wirkung des INSM-Diskurses erscheint nun die Frage, in welche Richtung die sich reformierenden Volksparteien tendieren. Ich möchte nun anhand der entwickelten Szenarien von Delhees et. al (ebd.) aufzeigen, dass die Transformation der Volkspartei(en) – respektive der CDU – auf das Engste mit dem Aufkommen institutioneller Unternehmer wie der INSM verbunden ist oder zumindest sein kann.

Die diskursive Bezugnahme, d.h. textgenerative Verbindung (vgl. Philips et. al Hypothese 4: Zurechenbar-, Interpretier- und Verwendbarkeit von organisationalen Texten für andere Organisationen) zur INSM in der Umbruchphase der CDU kann dahingehend analysiert werden, dass sie durch die narrativ-kommunikativen Leistungen der INSM im Stande war, einen Richtungsstreit oder zumindest eine programmatische Orientierung zwischen konkurrierenden Strömungen bzw. Flügeln innerhalb der Post-Kohl-Partei (natürlich stets nur temporär) zu entscheiden. Es entwickelte sich die marktreformistische Idee zu einer Partei, die sich selbst „effizienter“ und „dienstleistungsorientierter“ (Schröder 2003, siehe auch: Radunski 1991) organisieren sollte, die die Soziale Marktwirtschaft Erhardsscher Prägung als *Markenkern* definiert und neu entwirft und dabei „moderner“ denn je erscheint. Allmählich formiert sich das im Wandel befindliche Bild der Organisation „Volkspartei CDU“ hin zu einer „vote-seeking“ (vgl. Delhees et al. 2008, 177-183) Partei, deren vorrangiges Ziel die Stimmenmaximierung ist. In ihr werden inhaltliche Positionen zugunsten eben jener Maximierungsstrategie *pragmatisiert*. Die

⁷⁵ Sie unterscheiden in folgende Zukunftsmodelle: die Volkspartei als „office-seeking“ (Kaderpartei), „vote-seeking“ (professionalisierte Partei im freien Wettbewerb auf dem Wählermarkt), „policy-seeking“ (Netzwerkpartei) und „intraparty democracy“ (innerparteiliche Demokratie und plebiszitäre Beteiligung der Wähler).

organisationalen Strukturen und Praktiken der professionalisierten Wählerpartei (vgl. Panebianco 1988) gestalten sich zunehmend elitär: professionelle BerufspolitikerInnen lassen Wählerpotenziale von externen Dienstleistern der Demoskopie und Marktforschung vermessen und fragen die Expertise von Kommunikations- und Politikberatern nach (vgl. Delhees et al 2008, 178), auf deren Beratungen hin sie dann politstrategische Entscheidungen zulasten der internen politischen Willensbildung fällen. Die hohe Medienfixierung und kommunikative Ausrichtung eines kleinen Stabs von führenden, zumeist telegenen, Persönlichkeiten (Stichwort: Personalisierung) in der nunmehr *zentralisierten Parteiorganisation* führt zur engeren Verzahnung mit externen Dienstleistern ebenjener Branchen und intern zu weiterem Mitgliederschwund, der wiederum die weitere Elitenfixierung fester verankert. Den Zusammenhang von pragmatischer Positionierung und interner Führung erzählen Fischer et al. in ihrem Artikel „Die große Konfusion“ sinngemäß so:

„Im Zeitalter von Internet und Globalisierung gehe es, so bekennt ein ehemaliges Kabinettsmitglied der Union, nicht um den Wettstreit der wirtschaftspolitischen Konzepte – der sei im Sinne eines pragmatischen Reformkurses entschieden. Entscheidend sei, welche Partei die überzeugenderen Polit-Manager präsentiere“ (Fischer et al. 2000, 31, zit. nach Delhees et al. 2008, 181).

Der Weg zum ökonomisierten Politikanbieter und -darsteller auf dem politischen Meinungsmarkt ist bereitet: Wo einst wirtschaftspolitische Konzepte parteiintern diskutiert und verabschiedet wurden, wird heute nicht zuletzt aufgrund steigender Informationslast und daher auch -kosten der „alternativlose“ Weg des pragmatisch Gebotenen gegangen und das daraus erwachsende *Legitimationsdefizit* über externen Zuspruch bspw. durch die INSM zu kompensieren versucht. Der Ideenmarkt dient als Einkaufsmeile strategischen Konsums adäquater Politikgestaltungs- und Vermarktungskonzepte, die sogleich auf dem politischen Wählermarkt (der Wähler als Konsument politischer Ideen und Konzepte⁷⁶) feilgeboten

⁷⁶ Diese Sicht rührt von der Neuen Politische Ökonomie eines Anthony Downs und Joseph Schumpeter her.

werden. Die Entfremdung oder weniger drastisch formuliert: die zunehmend loseren Partei- und Wählerbindungen, die damit einhergehen, sind das verbindende Element der Analyse, das personelle Scharnier zwischen Diskurs und Praxis.

Es handelt sich bei dem Wort „Markt“ nicht einfach nur um eine plakative Metapher, vielmehr kennzeichnet das Prinzip „Markt“ jene kontingente Wegmarke, die die politischen Volksparteien durch den Umbruch ihrer (sich restrukturierenden und verkleinernden) Mitgliedschaften und (sich auflösenden bzw. verflüssigenden) Wählermilieus eingeschlagen haben.

Sie wird in Person von Martin Kannegiesser in ihrer Konsequenz deutlich. Der bereits erwähnte Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall und Hauptinitiator der INSM ist zugleich auch seit über 35 Jahren Mitglied im Bundesvorstand der CDU-Mittelstandsvereinigung⁷⁷ (MIT) und war bis 1992 stellvertretender Landesvorsitzender der NRW CDU (vgl. Dispositiv-1). Er kann also dem wirtschafts- bzw. Arbeitgeberflügel der CDU zugerechnet werden. Die in seiner Person exemplarisch zum Ausdruck kommende *Personalunion* von Verbandsfunktionär und politischem Mandatsträger⁷⁸ gehört in der professionalisierten Wählerstimmenpartei der Vergangenheit an. Jüngstes Beispiel ist der amtierende Bundesumweltminister Norbert Röttgen, der vormals als parlamentarischer Geschäftsführer der CDU schon in zweiter Funktion zum Funktionär des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) benannt worden war, dieses zweite Mandat nach öffentlicher Kritik aus Rücksicht auf Wählerpotenziale jedoch umgehend wieder niederlegte (vgl. Lau 2009, 42). Eine reziproke organisationale Rückbindung der CDU an Unternehmer, Industrielle und organisierte Interessenvertreter aus der Wirtschaft im Sinne parteipolitischen Engagements lässt in ihr immer weiter nach. Dieser Prozess hat die CDU – um Schlieben (2007, 184) erneut zu zitieren – zu einer „verkappten Wirtschaftspartei“ verkümmern lassen. Man kann im Zuge dessen mit einiger Berechtigung davon sprechen, dass sich die organisational-diskursiven Leistungen der INSM als erneuernde, strukturierende und ins-szenatorische Kraft, als funktionales Äquivalent

⁷⁷ Wie Kannegiesser ist auch Oswald Metzger (CDU), Berater und Botschafter der INSM und Ex-Grünen Politiker, mittlerweile im MIT engagiert, er ist Beisitzer im Bundesvorstand.

⁷⁸ Ob nun ehrenamtlich oder entgeltlich spielt für diese Betrachtung keine Rolle.

(Luhmann) im Sinne dieser verlorenen gegangenen Rückkopplung für die CDU erwiesen hat. Nicht, dass dies *zwingend*⁷⁹ notwendig so kommen musste, die innere Logik scheint indes als Erklärung für diesen spezifischen Wandlungsprozess hinreichend. Sie geht folglich so:

Zum Einen lässt sich erkennen, dass eine programmatisch blutleere Partei wie die CDU (vgl. Schlieben 2007, 184f.) einer *pfadsensitiven* Aktualisierung ihrer eigenen Geschichte bedarf, um die historische Einschränkung (*constraint*) der eigenen tradierten Erzählung im Hinblick auf ihre *Textgenerierung* in eine neue *projizierende* Diskurs-Kraft (vgl. Philips et al. Hypothese 2: organisationales „sense-making“ sowie Legitimitätsrelevanz, Kap. 4.1) transformieren zu können. Der *befreiende* Wandel von der ausgezehnten CDU (die Ära Kohl *und* die legitimitätserschütternde Spendenaffäre) zur neuen Merkel-CDU stand unter der Prämisse, dass die Partei an eine ihrer glorreichen Zeiten⁸⁰ würde erinnern können (müssen). Dazu wurden die inhärenten emotionalen Wurzeln in einen rationalisierenden *plot* ihrer Selbst sowie in ein der Gesellschaft darzubietendes, erzählerisches *Szenario* einer – den reichlich transformierten gesellschaftlichen Gegebenheiten angepassten – *Neuen Sozialen Marktwirtschaft* überführt. Diesem narrativen „framing“ (vgl. Rao 1998; Rao/Giorgi 2006) nahm und nimmt sich die INSM unter der Feder ihres Hauptinitiators und CDU-Mittelstandsvertreter Kannegiesser und dem Kuratoriumsvorsitzenden und Ex-Ministerialbürokraten (unter Ludwig Erhard) Tietmeyer an. In dieser Beziehung lässt sich die Leistung des strategischen Interessenpolitikmanagements der INSM für die Infrastruktur des Reformdiskurses als eine sinn- und bedeutungstiftende *kognitiv-normative Konversion* tradierter (nachkriegsdeutscher sowie christsozialer) Deutungen und Werthaltungen in ein gesamtgesellschaftliches Szenario einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“ zusammenfassen.

⁷⁹ Es kann gemäß der hier gewählten rekonstruktiven Methode kein Kausalitätsschluss behauptet werden.

⁸⁰ Die große Kohlsche Erzählung von den blühenden Landschaften und der Wiedervereinigung Deutschlands war für die CDU nach dessen Abwahl und der anschließenden Spendenaffäre gänzlich unbrauchbar geworden. Aber auch er zeigte immer wieder, und dies verstärkt seit Anfang der neunziger Jahre, eine reformistische Haltung wie sie denn später in der Rede Roman Herzogs und den Schriften der INSM kulminierten.

Zum Anderen verkörpert die organisationale Extrahierung der INSM aus bzw. Entkopplung von den internen Parteistrukturen der CDU eine Trendwende der organisierten Interessenvertretung. Auch wenn partikulare Beziehungen mit der Union in Form von etwaigen persönlichen Bindungen, Kommunikationen und bekleideten Positionen weiterhin bestehen (Kannegiesser bspw. ist weiterhin Mitglied im MIT CDU/CSU und damit auch im Parlamentskreis Mittelstand der Bundestagsfraktion CDU/CSU vertreten), inhaltliche Positionen lassen sich aufgrund der informationellen Polarität (klare politisch-ideologische Verortung) sowie der ebenfalls im höchsten Maße *zentralisierten* Organisation der INSM leichter und als von der Union (sowie dem Verband, in diesem Fall: Gesamtmetall) losgelöste *universalistische* Programmatik *darstellen*. Der schleichenden Entideologisierung (vgl. Kirchheimer 1965) der Volksparteien – deren pragmatische Wende –, stellt sich der „Anwalt des Pragmatismus“, seine ideelle Herausgehobenheit und organisationale Eigenständigkeit begleitend zur Seite: die eigene öffentliche *Makler*-Identität (kognitive Differenz) der INSM. Das institutionelle Unternehmertum der INSM verkörpert den Wandel der organisierten Interessenvertretungsmuster in einer komplexeren, mehr denn je auf politische Lern- und Steuerungsfähigkeit angewiesenen, Gesellschaft: weg von „verkrusteten“, privilegierten Entscheidungsnetzwerken⁸¹ nach dem Vorbild neokorporatistischer Arrangements hin zum Modus des öffentlich-virtuellen Interessenwettbewerbs im *organisierten Pluralismus* (vgl. erneut Sebaldt/Straßner 2004, 306ff., sowie Kapitel 2) mittels massenmedialer Kommunikation.

Es ist der unternehmerische Wettbewerbs-Impetus, der internen parteipolitischen Systemratio (Koalitions- und Konsensbildung, Fraktionszwang, Wahltaktiken, uvm.) zu entgehen, indem durch marktförmige strategische Öffentlichkeitsarbeit (Themensetzungs- und Kooperationspolitiken) nach wechselnden (bei politischen Parteien) bzw. konsistenten (in der Bevölkerung und/oder in den Parteien vermittelt sich angleichendem Deutungsmuster) Mehrheiten Ausschau gehalten wird, um so den Druck auf politische Parteien – die nun selbst als Akteure auf diesem

⁸¹ Sieht man einmal vom nicht unerheblichen informellen Lobbying ab, welches aber ebenso wenig als neokorporatistisches Arrangement zu begreifen ist.

universalistischen Markt der Mediendemokratie (Sarcinelli 1998) auftreten müssen – zu erhöhen und dem eigenen verbandlichen Anpassungsdruck entgegenzuwirken. Dies erklärt warum im Diskurs der Fokus klar auf marketinghafter *Persuasion* sowie trivialisierter und damit im Kern reproduzierender Wissenschaft und weniger auf Grundlagenforschung sowie einer Diskursethik des stärkeren Arguments (Habermas) und der politischen Bildung liegt und in einem komplementären Prozess informalisierte Lobbyingaktivitäten zunehmen. So wie der Wettbewerb sich vermittels symbolischem Kampf im Diskurs über Reformen des Sozialstaates, der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Gesundheitspolitik verschärfen – der Etatismus marktwirtschaftlichen Kräften weichen – soll, so hält die marktwirtschaftliche Wettbewerbslogik *vice versa* auch im pluralistischen Modus der Interessenvertretung als Wettkampf um nachhaltige Aufmerksamkeit und kurzfristigen Einfluss (vgl. Burgmer 2003, 34ff.) intensivierend Einzug: der Marktplatz der öffentlichen Ideen eines rasonnierenden Publikums (Habermas) zum Zwecke der Diskussion politischer Themen wird zunehmend seiner integrativ-konsensualen Bestimmung beraubt und mit Hilfe von ausreichenden monetären Mitteln durch partikulare Interessen *politisiert* (vgl. Speth 2006).

Die von der INSM angestrebte, „kompetitive ‚Best-practice‘-Rhetorik“ (Delhees et al. 94), welche eine „entpolitisierte, faktenbezogene Diskussion“ (ebd.) suggeriert, geht einher mit eben jenem Markt von volatilen (zunehmend politikverdrossenen und/oder illoyalen) Wählern und (pragmatischen) „Machern“, in dem der „*politisch-ideologisch festgelegte private*“ (Speth 2004, 16, Hervorhebung K.M.) Think Tank INSM sein eigenes organisationales „Best-practice“-Modell (vgl. Scott 2001; Donges 2008) zu etablieren sucht. Die hohe Unsicherheit in Bezug auf Orientierungen und Präferenzen einer Wähler- bzw. Mitgliederschaft der „flüchtigen Moderne“ (Baumann) verschafft dem diskursiven Modell der Rationalisierung und seiner organisierten ökonomischen Einflusslogik einen Sichtbarkeits- und Deutungs-vorteil (und wie gezeigt werden konnte: auch einen wenig zu erschütternden Legitimitäts-vorteil) gegenüber anderen advokatorischen Think-Tanks, sofern überhaupt eine echte Konkurrenz für die INSM bislang bestanden hat.

Der Zusammenhang zwischen sozialstrukturellem Wandel und programmatischer Schwäche der Volkspartei(en) ist die *opportune* Stärke öffentlichkeitsorientierter, ideologisch festgelegter Think Tanks wie der INSM und ihrer sie finanzierenden Interessenverbände. Die dahingehende Leistung, bzw. der Anteil am Zustandekommen des Reform-Dispositivs, seitens der INSM liegt hier in den:

- materiellen (vertiefende und neue soziale Kooperationsmechanismen mit Politikern, Journalisten und anderen netzwerkrelevanten Organisationen)
- ideellen (Übersetzung typischer Deutungs- und Werthaltungen tradierter deutscher Nachkriegsgeschichte in ökonomisch-paradigmatische Diskurse des ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts)
- personellen (Professionalisierung organisierter Interessenvertretung sowie organisationale Auslagerung bzw. politisches Unternehmertum: Kannegiesser, Tietmeyer)
- und handlungspraktischen (Disziplinierungseffekte in Bezug auf Sprech- sowie symbolische Inszenierungspraktiken von Politikern sowie Staatsbürgern durch aktivierende Sozialpolitik samt Subjektivierungsform⁸²) Dimensionen der Infrastruktur (vgl. zum Dispositiv-Ensemble: Keller 2008, 258).

Demnach war und ist die INSM am entscheidenden Faktor „Kommunikation“ – dem *orchestrierten Meinungswandel* im Hinblick auf Einstellungen und Sprechweisen gegenüber wohlfahrtsstaatlicher Reformpolitik – wie Eingangs bei Delhees et al. (2008, 10) zitiert – sowie an der Entwicklung und Implementation der dargelegten praxisorientierten Mechanismen maßgeblich zu ihrem eigenen Vorteil beteiligt.

Ein Beleg für die Vorreiterrolle der INSM ist nicht zu letzt die Anerkennung der Methoden durch diejenigen aufkommenden Organisationen, die Wissenspolitik mit einer diametral gegenläufigen inhaltlichen Zielrichtung betreiben wollen, im Kern aber die gleiche organisationale Strategie

⁸² Hier wie bereits erwähnt nicht ausführlich diskutiert. Ausreichende Verweise auf diesbezügliche Forschungen sind allerdings geleistet worden.

verfolgen. Prominenteste organisationale Neugründung, die die INSM explizit ein „Vorbild“ (DIE ZEIT 11.02.2010, Nr. 07, 7) nennt, ist der linksgerichtete Think-Tank „Institut für Solidarische Moderne“ (ISM), der u.a. von prominenten SPD-Politikerinnen wie Andrea Ypsilanti, Franziska Drohsel und Grünen-Politiker und Attac-Mitglied Sven Giegold gegründet wurde. Man wolle sich mit den Methoden der INSM auseinandersetzen und von ihr lernen, so Gründungsmitglied und Juso-Vorsitzende Franziska Drohsel (vgl. ebd.). Das institutionelle Unternehmertum der INSM diffundiert die als „gesellschaftlich regulierte Verhaltensmuster“ (Keller 2008, 234) verstandenen, sozialen bzw. organisationalen Praktiken in das Feld der „politischen Öffentlichkeit“ und löst, bspw. in Bezug auf das neue linksorientierte Forschungsinstitut, *mimetische Prozesse* aus.

Im abschließenden Kapitel 7 soll nun zusammenfassend das institutionelle Unternehmertum anhand des Zusammenhangs von diskursiven Praktiken, Diskursen und Institutionen erläutert werden. Es folgt ein kurzer Ausblick für weiterführende Forschungsaufgaben und zeitdiagnostische Perspektiven.

7. Konklusion und Ausblick

Wie lässt sich nun der Zusammenhang von diskursiven Praktiken (oder akteursbasierten Handlungen), Diskursen und Institutionen anhand des hier gewählten Forschungsgegenstandes – dem institutionellen Projekt der INSM – begreifen? Im Laufe der Argumentation und Analyseschritte sollte offenbar geworden sein: der Zusammenhang ist höchst voraussetzungs- und rekursiv organisiert. Die Einbettung in das organisationale Feld der „politischen Öffentlichkeit“ gemäß der destillierten Struktur- und Inszenierungsmerkmale stellt Organisationen vor große Herausforderungen, wenn sie im hoch entwickelten Informationszeitalter den Wettkampf um Aufmerksamkeit mit eigenen Informationen und Ideen beeinflussen oder gar bestimmen möchten. Institutionalisierte Erwartungen geben dabei „scripts“ an die Hand, wie dies in groben, typischen Zügen zu leisten ist. Doch darüber hinaus ist es ein ständiger rekursiver Prozess, in dem individuelle wie organisationale Akteure, ob ihrer genauen, legitimitätsstiftenden Kenntnis dieser Regeln und Erwartungen, nach Opportunitätsstrukturen, Nischen und in antizipierender Art und Weise nach zukünftigen Entwicklungen Ausschau halten, um diese womöglich selbst zu erschaffen.

Im Fall der INSM beruht diese organisationale Fähigkeit vor allem auf:

- der erkaufte medialen Präsenz (große finanzielle *Ressourcen* angesichts unterfinanzierter Medienunternehmen: *exploitation*)
- der deutungssensitiven, d.h. anschlussfähigen Text- & Diskursproduktion für andere organisationale Akteure (vor allem der nachhaltig geschwächten Volkspartei CDU)
- der exzellenten Positionierung im organisationalen Feld, repräsentiert durch ein enges personales Netzwerk und hoch professionalisierte PR-Strategeme wie das spruchreife Deutungsmuster „Sozial ist, was Arbeit schafft“ sowie
- durch den konsensualen Rekurs auf zu dieser speziellen Zeit überaus prominente, d.h. wirtschaftliche Praktiken (einer zunächst innovativen Minorität, später eine ganz neue Branche, die „New Economy“, erschaffende) und Diskurse global beeinflussende,

institutionalisierten Erwartungen und Modelle aus den Federn der Managementliteraten und Ökonomen.

Die Diskrepanz zwischen diskursivem Narrativ (vgl. Kap. 6.1) und diskursiver Praxis, respektive katalysatorischer Anteil an einer spezifischen Dispositiv-Konfiguration, ist dahingehend mit Meyer/Rowan (1983) als *Proklamationsstrategie*, als wirksame *Legitimationsfassade* (vgl. Walgenbach 2006, 377) zu *dekonstruieren*. Kellers wissenssoziologische Analyse der „Rede von Interessen“ (Keller 2008, 273) geriert im hiesigen Kontext zur machtsensitiven Diskursanalyse der „Rede vom Interesse des Allgemeinwohls“, die PR-Arbeit der INSM als „engineering of consent“ (Bernays 1955) kennzeichnend. In dem Maße nämlich, in dem die organisierte Interessenvertretung sich „medialisiert“ (vgl. Hackenbroch 1998, 484f.), d.h. in den Bereich der nunmehr privatwirtschaftlichen (unter starkem Kosten- und Effizienzdruck leidenden und daher oft unkritischen, vgl. Weischenberg 2007; Weischenberg et al. 2006) Medienorganisationen und ihr Topos in die öffentliche Meinung verlagert, in dem Maße werden sich verschließende institutionelle Zugangsmöglichkeiten zur politischen Sphäre *kompensiert* (vgl. Steiner/Jarren 2009, 253). Die von der INSM konstruierten diskursiven Elemente, Objekte und Praktiken stellen jene „self-regulating, socially constructed mechanisms that enforce their application“ (Philips et al 2004, 638) dar. Sie könnten im Feld der organisierten Interessenvertretung jene sich deinstitutionalisierenden Vertretungsmuster als funktionale Äquivalente, als neue institutionelle Regelstrukturen ablösen.

Für die Parteien bedeutet dies: das vormals parteiinterne Rennen um das beste sachpolitische Konzept (oft entwickelt und unterfüttert durch institutionell vermitteltes Wissen verbandlicher Experten, vgl. Winter/Willems 2009, 21) wird nun zu einer marktförmigen Nachfrage um das Wissen nach der *organisierten Produktion* von öffentlicher Wahrnehmung und Gefolgschaft zum doppelten Zweck der parteiinternen *Sondierung* sowie externer *Mobilisierung kurzfristiger Zustimmung*. Die vermeintlich entpolitisierte Debattenkultur sowie die zunehmend

ideologisch entkernten Parteien unterliegen den konstruierten Trends und Modeerscheinungen des wissensnahen Ideen- und des aufmerksamkeitsorientierten Informationsmarktes, auf dem sich die INSM als interessen geleiteter institutioneller Unternehmer prominent und erfolgreich aufhält. Die Parteien als auch die verbandlichen Akteure (vgl. Burgmer 2003, 36) werden in ihrem Agenda-Setting so, gleich den dynamisch-flexiblen Unternehmen der New Economy, auf kurzfristigen *Return on Investment* gepolt, der vor allem für die Parteien folgende strukturelle Gefahr mit sich bringt: „Ein zu oft vorgebrachter Argumentationstypus „There is no alternative“ [...] schwächt langfristig die Stellung der Parteien: Mit dem Rekurs auf den Vollzug von Notwendigkeiten relativiert die professionalisierte Wählerpartei ihre eigene Relevanz“ (Delhees et al. 2008, 181). Die INSM „kassiert“ im Umkehrschluss die Reputation als Ideenmakler, Themensetzer und Deutungsverstärker und ebnet bzw. festigt dadurch ihre zentrale materielle sowie ideelle Sprecherposition im Feld der „politischen Öffentlichkeit“ (gemäß Philips et al. Hypothese 3, Kap. 4.1) dahingehend, dass sie als reziproke Typifikationen von Akt und Akteur (Berger/Luckmann 1966) kategoriale Grenzen festlegt: wer von und über „Reformen“ sprechen darf, was in Bezug auf Reformen als sagbar und damit inhaltlich zumutbar gilt und was nicht und welche soziale Rolle (Erwartungen) der legitime Sprecher sowie die Rezipienten (Staat, Bürger, politische, verbandliche Organisationen) dabei einnehmen.

Mit Boltanski/Chiapello (2003) ließe sich von einer „Rechtfertigungsordnung“ des neuen flexiblen Kapitalismus (samt neuer Regierungstätigkeit und Subjektivierungsform, vgl. Foucault 2006; Antonio 2007; Bröckling 2007; Delmestri 2009; Sennett 2006; 2009) sprechen, dem sich das institutionelle Projekt „INSM“ als organisierter Interessenvertreter von Gesamtmetall, respektive der deutschen Wirtschaft, gemäß den Interessen derselben modifizierend annimmt. Das institutionelle Unternehmertum lässt sich so als erfolgreich realisiertes *dirigistisches Potenzial* zusammenfassen. Denn: die INSM war in der Lage ihre eigene gefährdete Sprecher- und Expertiseposition, ausgelöst durch den Wandel der organisierten Interessenvertretungsmuster, dahingehend zu entschärfen, dass

sie sich ob ihrer hervorstechenden Medienpraxis und diskursiven Anschlussfähigkeit für macht- und legitimitätsrelevante Organisationen (insbesondere CDU, FDP und große überregionale Tageszeitungen wie die FAZ), eine exponierte, zunächst nischenhafte Stellung im verlagerten symbolischen Kampf um Einfluss und Interessenwahrung in *deutungs- und praxisrelevanter* Hinsicht für das Feld der „politischen Öffentlichkeit“ sichern konnte. Sie ist aus Sicht der betreffenden Organisationen zu einem *eigenen* legitimitätsrelevanten Referenzpunkt geworden und damit zu einem feldstrukturierenden Unternehmer herangewachsen, der nun Kraft dieser (stets nur temporär, bei fortdauernder *Arbeit* zu besetzenden) Position befähigt ist, die zukünftige institutionelle Entwicklung wesentlich zu beeinflussen. Wie weit diese Kraft des „frühen Vogels“ trägt, bleibt abzuwarten: die organisationale und diskursive Konkurrenz formiert sich bereits.

Ausblickend möchte ich zu guter Letzt nach dem (vermeintlichen) Nutzen dieser Arbeit fragen. Neben dem angestrebten Beitrag zur theoretischen Fortentwicklung bzw. Reflexion neoinstitutionalistischer Organisationstheorie, beschäftigt mich dabei die Frage, welchen Stellenwert das Phänomen INSM für die demokratischen Kräfte in der BRD hat: Zeitigt der Think Tank INSM einen enormen Schaden für das öffentliche Raisonement, eine fortschreitende Entpolitisierung (vgl. Rudzio 2003, 530-534) angesichts der zunehmenden Intransparenz und professionellen Konstruktion von Weltzuständen und der diesbezüglichen Koalitionierung wesentlicher Teile der gesellschaftlichen Eliten? Oder stellt „Junk Science“⁸³ amerikanischer Provenienz womöglich ein erhellendes Moment für die deliberative Demokratie (Bessett) dar? Ich meine: von der alarmierenden Feststellung ersterer, zu bejahender Frage, sollte gleichauf die Auseinandersetzung mit letzterer Frage folgen. Die so stark wie nie zuvor kommunikativ vernetzte Gesellschaft kann von den Methoden und dem Einfluss der INSM lernen. Dabei ist es von besonderer Ironie, wenn jenes institutionelle Feld des Nachdenkens über die Welt - die Wissenschaft -, in ihrer organisationalen Morphologie soweit evoluiert, bis sie den eigenen Anspruch, mit dem sie einst auf den Plan trat, genau besehen nur

⁸³ Siehe dazu exemplarisch Jacques et al. 2008.

noch als Menetekel mit sich trägt.

Es sollten Rückschlüsse für eine (Welt-)Gesellschaft im Umbruch gezogen werden, die davon erzählen, wie fragil politische Parteien, politischer Zuspruch und Orientierung, wie diffizil politische Willensbildung in Zeiten flexibler Ökonomisierung und risikohafter Modernisierung ist, wie kontingent und paradox, wie unentscheidbar viele zu treffende Entscheidungen (Luhmann) wirken, wie undurchschaubar sich das individualisierte Leben im Zeitalter der „Interdependenz“ ausnimmt. Die Paradoxien nehmen zu. Doch dies sollte nicht davon abhalten, über Ökonomie, Politik, Ökologie und menschliches Zusammenleben immer wieder neu nachzudenken. Der den INSM-Schriften eingehauchte, kühle Geist des sachlich-entsolidarisierenden Zwangs ökonomischer Ratio ist ebenso kontingente Ideologie, wie das Trachten nach der proletarischen Revolution. Der geebnete Weg, der sich im Vollzug der Diskursanalyse herauschält, wähnt die institutionellen Vorteile klar auf Seiten des Unternehmers. Dennoch dürfte dies beileibe nicht die letzte öffentliche Auseinandersetzung um Deutungsmacht und Reformpolitik gewesen sein. So starr und wirkmächtig Institutionen scheinen: „Regeln sind nicht göttlich“ – wie Luc Boltanski (2010) kürzlich feststellte.

Literaturverzeichnis

Achinger, H. 1958: Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik. Von der Arbeiterfrage zum Wohlfahrtsstaat. Hamburg.

Antonio, R. J. 2007: The cultural construction of neoliberal globalization, in: Ritzer, G. (Hg.): The Blackwell companion to globalization. Malden: 67-83.

Audretsch, D. B. 2008: Die Entrepreneurial Society im Zeitalter der Globalisierung, in: Weder Di Mauro, Beatrice (Hg.): Chancen des Wachstums. Globale Perspektiven für den Wohlstand von Morgen. Frankfurt/New York: 91-111.

Avenarius, H. 2000: Public Relations. Die Grundform der gesellschaftlichen Kommunikation. 2. überarb. Aufl. Darmstadt.

Battilana, J./ D'Aunno, T. 2008: Institutional Work and the Paradox of Embedded Agency, in: Lawrence, Thomas B./ Suddaby, Roy/ Leca, Bernard (Hg.): Institutional work. Actors and agency in institutional studies of organization. Cambridge: 31-58.

Barley, S. R./ Tolbert, P. S. 1997: Institutionalization and Structuration: Studying the Links between Action and Institution, in: Organization Studies, 18(1): 91-117.

Beck, U. 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main.

Becker, G. S. 1964: Human Capital. A theoretical and empirical analysis, with special reference to education. New York.

Becker, G. S. 1976: The Economic Approach to Human Behaviour. Chicago/London.

Becker, G. S. 1992: The Economic Way of Looking at Life. Nobel Lecture. URL: <http://home.uchicago.edu/~gbecker/Nobel/nobellecture.pdf>, Stand: 20.08.2010

Beckert, J. 1999: Agency, Entrepreneurs and Institutional Change: The Role of Strategic Choice and Institutionalized Practices in Organizations, in: Organization Studies, 20(5): 777-799.

Berens, H. 2001: Prozesse der Thematisierung in publizistischen Konflikten. Ereignismanagement, Medienresonanz und Mobilisierung der Öffentlichkeit am Beispiel von Castor und Brent Spar. Wiesbaden.

Berger, P. L./ Luckmann, T. [1966] 2004: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. 20. Aufl. Frankfurt am Main.

- Bernays, E. L. 1955: *The Engineering of Consent*. Norman.
- Boltanski, L. 2010: Regeln sind nicht göttlich, Interview in: *DIE ZEIT* 6.5.2010, 19:52.
- Boltanski, L./ Chiapello, È. 2003: *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz.
- Bourdieu, P. 1976: *Entwurf einer Theorie der Praxis*. Frankfurt am Main.
- Bourdieu, P. 1993: *Soziologische Fragen*. Frankfurt am Main.
- Bourdieu, P. 2000: *Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft*. Konstanz.
- Braml, J. 2004: Think tanks versus "Denkfabriken"? U.S. and German policy research institutes' coping with and influencing their environments. Baden-Baden.
- Bröckling, U. 2007: *Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt am Main.
- Bruhn, M. 2000: *Integrierte Kommunikation in Theorie und Praxis. Betriebswirtschaftliche und kommunikationswissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden.
- Buechler, S. M. 2000: *Social Movements in Advanced Capitalism: The Political Economy and Cultural Construction of Social Activism*. New York.
- Burgmer, I. M. 2003: Lobbyverbände unter Anpassungsdruck, in: Leif, Thomas/ Speth, Rudolf (Hg.): *Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland*. Wiesbaden.
- Delhees, S./ Korte, K.-R./ Schartau, F./ Switek, N./ Weissenbach, K. 2008: *Wohlfahrtsstaatliche Reformkommunikation: Westeuropäische Parteien auf Mehrheitssuche*. Baden-Baden.
- Delmestri, G. 2009: Institutional Streams, Logics, and Fields, in: Meyer, R. E. (Hg.): *Institutions and ideology*. Bingley: 115–145.
- DiMaggio, P. 1988: Interest and agency in institutional theory, in: Zucker, L. G. (Hg.): *Institutional Patterns and Organizations*. Cambridge: 3-21.
- DiMaggio, P./ Powell, W. W. 1983: The iron cage revisited: Institutional isomorphism and collective rationality in organizational fields, in: *American Sociological Review*, 48: 147-160.

- Donaldson, L. 2001: The contingency theory of organizations. Thousand Oaks.
- Donges, P. 2008: Medialisierung politischer Organisationen: Parteien in der Mediengesellschaft. Wiesbaden.
- Dorado, S. 2005: Institutional Entrepreneurship, Partaking, and Convening, in: Organization Studies, 26(3): 385-414.
- Durkheim, É. [1895] 1995: Die Regeln der soziologischen Methode. 3. Aufl. Frankfurt am Main.
- Eisenstadt, S.N. 1980: Cultural orientations, institutional entrepreneurs and social change: Comparative analyses of traditional civilizations. American Journal of Sociology, 85: 840-869.
- Enzweiler, T./ Rath, D. 2004: Die INSM als Anwalt der Bürger, in: Initiative Aktuell, Reformzeitung 2/04: 1.
- epd medien, 73, 17.09.2005: 27-30.
- Erhard, L. 1964: Wohlstand für alle. 8. Aufl. Düsseldorf.
- Evers, A./ Leggewie, C. 1999: Der ermunternde Staat. Vom aktiven Staat zur aktivierenden Politik, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 6/99: 331-340.
- Fach, W. 2003: Die Regierung der Freiheit, Frankfurt am Main.
- Fischer, S. et al. 2000: Die große Konfusion, in: Der Spiegel, 28.02.2000: 24-36.
- Flick, U. 2002: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek.
- Fligstein, N. 1997: Social Skill and Institutional Theory, in: American Behavioral Scientist, 40(4): 397-405.
- Föste, W./ Janßen, P. 1999: Die Konsensfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft. Eine theoretische und empirische Analyse der Wirtschaftsordnung in Deutschland. Frankfurt/New York.
- Foucault, M. 1973: Wahnsinn und Gesellschaft. Frankfurt am Main.
- Foucault, M. 1977: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main.
- Foucault, M. 1988: Die Archäologie des Wissens. 3. Aufl. Frankfurt am Main.

Foucault, M. 2006: Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978-1979. Frankfurt am Main.

Friedland, R./ Alford, R. 1991: Bringing Society Back In: Symbols, Practices, and Institutional Contradictions, in: Powell, Walter W./ DiMaggio, Paul J. (Hg.): The New Institutionalism in Organizational Analysis. Chicago/London: 232-267.

Friedman, M. 1962: Capitalism and Freedom. Chicago.

Garfinkel, Harold 1967: Studies in Ethnomethodology. Englewood Cliffs/NJ.

Garud, R./ Hardy, C./ Maguire, S. 2007: Institutional Entrepreneurship as Embedded Agency: An Introduction to the Special Issue, in: Organization Studies, 28(7): 957-969.

Geertz, C. 1973: The Interpretation of Cultures: selected essays. New York.

Gehlen, A. 1940: Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt. Berlin.

Gehlen, A. 1956: Urmensch und Spätkultur. Bonn.

Gellner, W. 1995: Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think Tanks in den USA und in Deutschland. Opladen.

Giddens, A. 1984: Interpretative Soziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main.

Giddens, A.: 1988: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. Frankfurt am Main.

Giddens, A. 1999: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt am Main.

Glaser, Barney G. 1978: Theoretical Sensitivity. Mill Valley.

Goffman, E. 1963: Stigma: Notes on the Management of Spoiled Identity. Prentice-Hall.

Görtemaker, M. 1999: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart. München.

Greenwood, R./Hinnings, C.R. 1996: Understanding radical organizational change: Bringing together the old and the new institutionalism, in: Academy of Management Review, 21(4): 1022-1054.

Greenwood, R./ Suddaby, R./ Hinings, C.R. 2002: Theorizing change: The role of professional associations in the transformation of institutionalized fields. Academy of Management Journal, 45(1): 58-80.

Seo, M./ Douglas Creed, W.E. 2002: Institutional contradictions, praxis and institutional change: A dialectical perspective. *Academy of Management Review*, 27(2): 222-247.

Habermas, J. [1962] 1990: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. 1. Neuaufl. Frankfurt am Main.

Hackenbroch, R. 1998: *Verbände und Massenmedien. Öffentlichkeitsarbeit und ihre Resonanz in den Medien*. Wiesbaden.

Hajer, M. A. 1995: *The Politics of Enviromental Discourse – Ecological Modernization and the Policy Process*. Oxford.

Hajer, M. A. 2008: Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung, in: Keller, Reiner/ Hirsland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse Bd.2: Forschungspraxis*. 3. aktual. und erw. Aufl. Wiesbaden.

Hallahan, K./ Holtzhausen, D./ Van Ruler, B./ Vercic, D./ Sriramesh, K. 2007: Defining strategic communication, in: *International Journal of Strategic Communication*, 1(1), 3–35.

Hargrave, T.J./ Van de Ven, A. H. 2009: Institutional Work as the Creative Embrace of Contradiction, in: Lawrence, T./ Suddaby, R./ Leca, B. (Hg.): *Institutional Work. Actors and Agency in Institutional Studies of Organization*. New York: 120-140.

Harvey, D. 1990: *The condition of postmodernity: an enquiry into the origins of cultural change*. 2. Aufl. Oxford.

Hensmans, M. 2003: Social Movement Organizations: A Metaphor for Strategic Actors in Institutional Fields, in: *Organization Studies*, 24(3):355-381.

Hentschel, V. 1983: *Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880-1980*. Frankfurt am Main.

Herzog, R. 1997: Aufbruch ins 21. Jahrhundert: die „Berliner Rede“ des Bundespräsidenten aus dem Hotel Adlon, in: *epd-Dokumentation*, 26a, 16.06.1997:1-8.

Holm, P. 1995: The dynamics of institutionalization: Transformation processes in Norwegian fisheries, in: *Administrative Science Quarterly*, 40(3): 398-422.

Huhnke, B. 1998: *Der Meister des Tabubruchs. Roman Herzogs unverkrampfter Umgang mit deutscher Vergangenheit und Gegenwart*. In: Kellersohn, H./Buntenbach, A./Kretschmer, D. (Hg.): *Rückwärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus*. Duisburg. Institut der Deutschen Wirtschaft (Hg.) 2005: *Vision Deutschland*. Der

Wohlstand hat Zukunft. Köln.

Jacques, P. J./ Dunlap, R. E./ Freeman, M. 2008: The organisation of denial: Conservative think tanks and environmental scepticism, in: *Environmental politics*, 17(3): 349 – 385.

Jäger, S. 2006: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller, R./ Hirsland, Andreas/ S., Werner/ Viehöver, W. (Hg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse Bd.1: Theorien und Methoden*. 2. aktual. und erw. Aufl. Wiesbaden: 83-115.

Jepperson, R. 1991: Institutions, Institutional Effects, and Institutionalism, in: Powell, W. W./ DiMaggio, P. J. (Hg.): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*. Chicago/London: 143-164.

Kamps, K. 2007: *Politisches Kommunikationsmanagement: Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung*. Wiesbaden.

Kaufmann, F.-X. 2003: *Sozialpolitisches Denken: Die deutsche Tradition*. Frankfurt am Main.

Keller, R. 2004: *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Opladen.

Keller, R. 2005: *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden.

Keller, R. 2007: *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. 3. aktual. Aufl. Wiesbaden.

Keller, R. 2008: *Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms*. 2. Aufl. Wiesbaden.

Kern, T. 2008: *Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. Wiesbaden.

Kieser, A./ Walgenbach, P. 2007: *Organisation*. Stuttgart.

Kirchheimer, O. 1965: *Politische Justiz: Verwendung juristischer Verfahrensmöglichkeiten zu politischen Zwecken*. Neuwied.

Kleinfeld, R./ Willems, U./ Zimmer, A. (Hg.) 2007: *Lobbying. Strukturen. Akteure. Strategien*. Wiesbaden.

Kluge, F. 2002: *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*. 24., durchges. und erw. Aufl. Berlin.

Koerfer, D. 1999: Ludwig Erhard, in: Oppelland, Torsten (Hg.): *Deutsche Politiker 1949-1969. 17 biographische Skizzen aus Ost und West*. Darmstadt: S.152-162.

Lau, M. 2009: Die letzte Volkspartei. Angela Merkel und die Modernisierung der CDU. München.

Lawrence, T. B. /Suddaby, R. 2006: Institutions and institutional work, in: Clegg, S. R./ Hardy, C./ Lawrence, Thomas B./ Nord, W. R. (Hg.): Handbook of organization studies. 2. Aufl. London: 215-254.

Lawrence, T. B./ Suddaby, R./ Leca, B. (Hg.) 2009: Institutional work. Actors and agency in institutional studies of organization. Cambridge.

Leif, T./ Speth, R. (Hg.) 2006: Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bonn.

Lessenich, S. 2008: Die Neuerfindung des Sozialen: der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld.

Lianos, M./ Kahler, T. 2006: Die Rolle der Public-Affairs-Agenturen in Berlin, in: Leif, Thomas/ Speth, Rudolf (Hg.) 2006: Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bonn.

Lilienthal, V. 2003: Drittmittelfernsehen. Der HR, Günter Ederer und die deutsche Wirtschaft, in: epd-medien, 37, 14.05.2003: 3-7.

Link, J. 2006: Diskursanalyse unter besonderer Berücksichtigung von Interdiskurs und Kollektivsymbolik, in: Keller, R./ Hirsland, A./ Schneider, W./ Viehöver, W. (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse Bd.1: Theorien und Methoden. 2. aktual. und erw. Aufl. Wiesbaden: 407-430.

Lösche, P. 2007: Verbände und Lobbyismus in Deutschland. Stuttgart.

Luhmann, N. 1969: Legitimation durch Verfahren. Neuwied.

Luhmann, N. 2006: Organisation und Entscheidung. Wiesbaden.

Mannheim, K. 1969: Ideologie und Utopie. 5. Aufl. Frankfurt am Main.

Mayntz, R. / Scharpf, F. W. (Hg.) 1995: Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung. New York/ Frankfurt am Main.

Mead, G. H. [1934] 1968: Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus. Frankfurt am Main.

Meadows, D. L. 1994: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart.

Meyer, J. W./ Rowan, B. 1977: Institutional organizations: Formal structures as myth and ceremony, in: American Journal of Sociology, 83(2): 340-363.

Meyer, J. W./ Scott, R. (Hg.) 1992: Organizational Enviroments. Ritual and Rationality. 2. Aufl. Newbury Park.

Müller-Armack, A. 1960: Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik“, in: Müller-Armack, A./ Meyer, F. W. (Hrsg.): Studien zur Sozialen Marktwirtschaft. Köln: 267-292.

Neidhardt, F./Rucht, D. 1993: Auf dem Weg in die "Bewegungsgesellschaft"? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen. in: Soziale Welt, 44(3): 305-326.

Nuernbergk, C. 2005: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Magisterarbeit. Münster.

Oevermann, U. [1973] 2001: Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern, in: Sozialer Sinn, 1: 3-33.

Oevermann, U./ Allert, T./ Konau, E./ Krambeck, J. 1979: Die Methodologie einer „objektiven Hermeneutik“ und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften, in: Soeffner, Hans-Georg (Hg.): Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Stuttgart: 352-433.

Oliver, C. 1992: The antecedents of deinstitutionalization, in: Organization Studies, 13: 563-588.

Otte, R. 2003: Machtversessen und Sachvergessen. Union in Aufruhr, in: Financial Times Deutschland, 17.6.2003.

Panebianco, A. 1988: Political Parties: Organization and Power. Cambridge.

Philips, N./ Lawrence, T. B./ Hardy, C. 2004: Discourse and Institutions, in: Academy of Management Review, 29(4): 635-652.

Phillips, N./ Malhotra, N. 2008: Taking Social Construction Seriously: Extending the Discursive Approach in Institutional Theory, in: Greenwood, O./ Sahlin, K./ Suddaby, R. (Hg.): Handbook of Organizational Institutionalism. London: 702-720.

Plessner, H. 1928: Die Stufen des Organischen und der Mensch. Berlin.

Pongratz, H. J./ Voß, G. G. 2003: Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin.

Powell, W. W./ DiMaggio, P. J. (Hg.) 1991: The New Institutionalism in Organizational Analysis. Chicago/London.

Priddat, B. 2003: Die Lobby der Vernunft. Die Chancen wissenschaftlicher Politikberatung, in: Leif, T./ Speth, R. (Hg.): Die stille Macht. Lobbyismus in Deutschland. Wiesbaden.

Radunski, P. 1991: Fit für die Zukunft? Die Volksparteien vor dem Superwahljahr 1994, in: Die Sonde, 24: 3-8.

Rao, H. 1998: Caveat emptor: The construction of nonprofit consumer watchdog organizations, in: American Journal of Sociology, 103(4): 912-961.

Rao, H./ Giorgi, S. 2006: Code breaking: How cultural entrepreneurs exploit cultural logics to generate institutional change, in: Staw, B. M. (Hg.): Research in Organizational Behavior 27. New York: 279–314.

Rao, H./ Morrill, C./ Zald, M. N. 2000: Power plays: How social movements and collective action create new organizational forms, in: B. M. Staw, B. M./ Sutton, R. I. (Hg.): Research in Organizational Behavior 22. New York: 239–282.

Raupp, J. 2009: Wie professionell ist die PR-Beratung? Ein Beitrag zu Stand und Perspektiven der Professionalisierungsdebatte in der PR-Forschung, in: Röttger, U./ Zielmann, S. (Hg.): PR-Beratung. Theoretische Konzepte und empirische Befunde. Wiesbaden: 173-185.

Rodenstock, R. 2001: Chancen für alle: Die Neue Soziale Marktwirtschaft, Köln.

Röpke, W. 1950: Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik. Stuttgart.

Röttger, U./ Zielmann, S. (Hg.) 2009: PR-Beratung. Theoretische Konzepte und empirische Befunde. Wiesbaden.

Röttger, U. (Hg.) 2001: PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 2. erw. und überarb. Aufl. Wiesbaden.

Röttger, U. 2000: Public Relations – Organisation und Profession. Öffentlichkeitsarbeit als Organisationsfunktion. Eine Berufsfeldstudie. Wiesbaden.

Rudzio, W. 2003: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 6. überarb. Aufl. Opladen.

Rüstow, A. 1951: Sozialpolitik oder Vitalpolitik, in: Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Dortmund, 11: 453-459.

Rüstow, A. 1953: Soziale Marktwirtschaft als Gegenprogramm gegen Kommunismus und Bolschewismus, in: Hunold, A. (Hg.): Wirtschaft ohne Wunder. Erlenbach-Zürich: 97-108.

Sandhu, S. 2009a: Legitimitätsexperten in eigener Sache? Zur sozialen Konstruktion der PR-Beratung, in: Röttger, U./ Zielmann, S. (Hg.): PR-Beratung. Theoretische Konzepte und empirische Befunde. Wiesbaden: Wiesbaden: 151-171.

Sandhu, S. 2009b: Strategic Communication: An institutional perspective, in: International Journal of Strategic Communication 3(2): 72-92.

Sarcinelli, U. (Hg.) 1998: Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur. Opladen.

Schauerte, Isabel 2008: Sozio-politische Determinanten unternehmerischer Public Affairs-Strategien. Dissertation. Tübingen.

Scheler, M. 1926: Die Wissensformen und die Gesellschaft. Bern.

Schumpeter, J. 1911: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Berlin.

Schneiberg, M./ Clemens, E. S. 2006: The Typical Tools for the Job: Research Strategies in Institutional Analysis, in: Sociological Theory, 24(3): 195-227.

Schiller, T. 1997: Parteien und Interessenverbände, in: Gabriel, Oscar W./ Niedermayer, O./ Stöss, R. (Hg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn: 459-477.

Schultz, T. W. 1986: In Menschen investieren. Die Ökonomik der Bevölkerungsqualität. Tübingen.

Schütz, A. 1932: Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Wien.

Schütz, A. 1971-72: Gesammelte Aufsätze. Den Haag.

Scott, R. W. 2001: Institutions and Organizations. 2. Auflage. Thousand Oaks.

Schröder, W. 2003: Von der Kohlschen Kanzlerpartei zur lebendigen Bürgerpartei?, in: Civis mit Sonde, 3-4: 8-10.

Sebaldt, M./ Straßner, A. 2004: Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung. 1. Aufl. Wiesbaden.

Sennett, R. 2006: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin.

Sennett, R. 2009: Die Kultur des neuen Kapitalismus. 4. Aufl. Berlin.

Seo, M. / Douglas Creed, W.E. 2002: Institutional contradictions, praxis and institutional change: A dialectical perspective, in: Academy of Management Review, 27(2): 222-247.

Schlieben, M. 2007: Politische Führung in der Opposition: die CDU nach dem Machtverlust 1998. Wiesbaden.

Speth, R. 2004: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Arbeitspapier Nr. 96 der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.

Speth, R. 2006a: Die zweite Welle der Wirtschaftskampagnen. Von "Du bist Deutschland bis zur Stiftung Marktwirtschaft", Arbeitspapier der Hans Böckler Stiftung. Düsseldorf.

Speth, R. 2006b: Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen, Friedrich Ebert Stiftung, betrifft: Bürgergesellschaft 24, Berlin.

Stone, D. A. 1989: Causal Stories and the Formation of Policy Agenda, in: Political Science Quarterly, 2: 281-300.

Glaser, B. G./ Strauss, A. L. 2005: Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. 2. korr. Aufl. Bern.

Streeck, W. 2000: Competitive Solidarity: Rethinking the ‚European Social Model‘, in: Hinrichs, K./ Kitschelt, H./ Wiesenthal, H. (Hg.): Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und post-sozialistischen Gesellschaften. Frankfurt/New York: 245-262.

Streeck, W./ Heinze R. G. 1999: Runderneuerung des deutschen Modells. Aufbruch für mehr Jobs, in: Arlt, J./ Nehls, S. (Hg.): Bündnis für Arbeit. Konstruktion – Kritik – Karriere. Opladen: 147-166.

Suddaby, R. /Greenwood, R. 2005: Rhetorical strategies of legitimacy. Administrative Science Quarterly, 50(1): 35-67.

Taylor, C. 2003: Category extension by metonymy and metaphor, in: Dirven, R./ Pörings, R. (Hg.): Metaphor and Metonymy in Comparison and Contrast. Berlin.

Thunert, M. 2003: Think Tanks in Deutschland – Berater der Politik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 51: 30-38.

Tietmeyer, H. 2001: Die Soziale Marktwirtschaft erneuern. Prof. Dr. Hans Tietmeyer zum 70. Geburtstag. Reden und Beiträge für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. URL: http://archiv.insm.de/Downloads/PDF_-_Dateien/Publikationen_Kostenlose_Downloads/Themenuebergr_Redentietm.pdf, Stand: 20.08.2010.

Weaver, K. R. 1989: The Changing World of Think Tanks, in: PS: Political Science & Politics, 22: 563-578.

Weaver, K. R. 2000: Think Tanks in the U.S. Media, in: The Harvard International Journal of Press/Politics, 5(4): 81-103.

Wehmeier, S. 2006: Dancers in the dark: The myth of rationality in public relations, in: Public Relations Review, 32(3): 213–220.

Weischenberg, S./ Malik, M./ Scholl, A. 2006: Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz.

Weischenberg, S. 2007: Hegel hat verloren. Wie die Medien heute arbeiten und was sie uns damit antun, in:

Elitz, E. et al.: Macht und Verantwortung der Medien (Bamberger Hegelwoche 2007), Bamberg:15-42.

Weick, K. E. 1995: Sensemaking in Organizations, Foundations for Organizational Science. London.

Wermke, M./ Kunkel-Razum, K./ Scholze-Stubenrecht, W. (Hg.) 2007: Duden: Das Synonymwörterbuch. Ein Wörterbuch sinnverwandter Wörter. 4. Aufl. Mannheim.

Wieking, K. 2003: Mit viel PR durchs deutsche Jammertal, in: werben & verkaufen, 33: 32f.

Wienand, E. 2003: Public Relations als Beruf. Kritische Analyse eines aufstrebenden Kommunikationsberufes. Wiesbaden.

Wienand, E./ Westerbarkey, J./ Scholl, A. 2005: Kommunikation über Kommunikation. Theorien, Methoden und Praxis. Wiesbaden.

Winter, T. v. 2007: Asymmetrien der verbandlichen Interessenvermittlung. In: Kleinfeld, R./ Willems, U./ Zimmer, A. (Hg.): Lobbying. Strukturen. Akteure. Strategien. Wiesbaden.

Winter, T. v./ Willems, U. 2009: Zum Wandel der Interessenvertretung in Politikfeldern. Zentrale Befunde aus der Verbände- und Policy-Forschung. In: Rehder, B./ Willems, U./ Winter, T. v. (Hg.): Interessenvermittlung in Politikfeldern. Vergleichende Befunde der Policy- und Verbändeforschung. Wiesbaden.

Wodok, A. 2007: 1x1 der Sozialen Marktwirtschaft. Köln, URL: http://archiv.insm.de/Downloads/1x1_der_Sozialen_Marktwirtschaft.pdf, Stand: 20.08.2010.

Wuthnow, R. 1989: Communities of Discourses. Ideology and Social Structure in the Reformation, the Enlightenment, and European Socialism. Cambridge.

Zucker, L. G. 1977: The role of institutionalization in cultural persistence, in: American Sociological Review, 42: 726-743.

Online-Inhalte:

INSM1: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, URL: www.insm.de, Stand: 20.08.2010.

INSM2: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, URL: www.wirtschaftundschule.de, Stand: 20.08.2010.

INSM3: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, URL: www.wassollwerden.de, Stand: 20.08.2010.

INSM-FAQ: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, URL: <http://insm.de/insm/ueber-die-insm/FAQs.html#faq-list-1>, Stand: 20.08.2010.

INSM-Kampagne-1a: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Brain-Drain-Kampagne, URL: http://archiv.insm.de/Downloads/PDF_-_Dateien/Einladung_AaleDieter1.pdf, Stand: 20.08.2010.

INSM-Kampagne-1b: Politikaward 2004: Kategorie 4: Motiv. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: brain drain, URL: <http://www.politikaward.de/gewinner2004/index.php>; Stand: 20.08.2010.

INSM-Kampagne-2: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Kampagne „Höchste Zeit für Reformen“, URL: http://www.presseportal.de/pm/39474/572934/initiative_neue_soziale_marktwirtschaft_insm/, Stand: 20.08.2010.

IW1: Institut der Deutschen Wirtschaft, URL: <http://www.iwkoeln.de/DasInstitut.aspx>, Stand: 20.08.2010.

INSM-Botschafter1: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, URL: <http://insm.de/insm/ueber-die-insm/Kuratoren-und-Botschafter.html>, Stand: 20.08.2010.

INSM-Botschafter2: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, URL: <http://insm.de/insm/Aktionen/INSM-Kampagnen/Soziale-Marktwirtschaft->

machts-besser/Bildergalerie-SoMaWi-machts-besser.html,
20.08.2010.

Stand:

OK1: Scholz&Friends, URL: <http://www.s-f.com/EfficiencyCreators/Orchestration/tabid/140/Default.aspx>,
20.08.2010. Stand: